



Revierpolizei in Brandenburg



TITELTHEMA

**Begleitet:
Unterwegs mit zwei
Revierpolizisten**

SEITE 20

POLIZEIREFORM

**Befragt:
GdP-Chef Andreas
Schuster im Interview**

SEITE 59

**Beschlossen:
Polizeireform
im Landtag**

SEITE 40



Liebe Leserinnen und Leser,

ein umfangreiches Werk ist sie geworden, die neue Ausgabe der info110. Geplant war das nicht, aber es gab gute Gründe dafür. Gerade noch so vor dem Jahreswechsel konnten wir die Ausgabe 1/2010 im vergangenen Jahr herausgeben. Immer wieder waren wir 2010 mit der Erstellung fast fertig, als sich die Welt – politisch und polizeilich – plötzlich änderte und wir wieder von vorn beginnen konnten. Wir sind Ihnen also etwas schuldig – und legen Ihnen hiermit die dickste info110 seit 20 Jahren auf den Tisch.

Zukünftig wird natürlich nicht jede Ausgabe so umfangreich werden wie diese. Dennoch gibt es Elemente, die auch künftig zum festen Bestandteil der info110 gehören werden. Ein kompakter Magazinteil mit Kurzinfos, die ständige Rubrik des P-HPR, mehr zum Thema Polizei und Kultur. Neu ist auch die Rubrik Leserbriefe. Künftig werden wir hier die Reaktionen unserer Leserinnen und Leser abdrucken. Ob Lob oder Kritik, teilen Sie uns Ihre Meinung mit! Oder anders gesagt: Greif zur Feder, Kollege, die info110 braucht Dich!

Thematisch haben wir in der vorliegenden Ausgabe die Arbeit der Revierpolizisten in Brandenburg genauer beleuchtet. Im Zusammenhang mit der Reformdebatte beka-

men die Repos in den vergangenen Monaten manchmal beinahe die Rolle einer polizeilichen Allzweckwaffe zugesprochen. Trifft das zu oder sind sie in Wahrheit lediglich die Lückenfüller im Wach- und Wechseldienst? Wir wollten es genauer wissen und widmen Ihnen das Hauptthema.

Die Polizeireform geht – jetzt in deutlich ruhigerem Fahrwasser – ihren Gang. Auch dieses Mal finden daher Beiträge zur Polizeireform ihren Platz in der info110. Lesen Sie dazu u.a. die Interviews mit dem Landesvorsitzenden der GdP, Andreas Schuster, sowie dem Leiter des Aufbaustabes des Polizeipräsidiums, Arne Feuring.

Nach dem Redaktionsschluss ist vor dem Redaktionsschluss. Kennen Sie ein Thema, einen Kollegen oder einen Sachverhalt, der in die info110 aufgenommen werden sollte? Beitragsvorschläge und Anregungen nehme ich gerne von Ihnen an.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der folgenden Seiten!

Freundliche Grüße

Kathrin Ortlieb-Schern
info110-Chefredakteurin

Herausgeber Ministerium des
Innern des Landes Brandenburg

Redaktion Ingo Decker (verantwortl.),
Kathrin Ortlieb-Schern

Anschrift Henning-von-Tresckow-Straße 9–13
14467 Potsdam

Telefon: (0331) 866–2069

eMail: info110@mi.brandenburg.de

www.polizei.brandenburg.de/info110

ISSN 1430-7669

Layout Rosenfeld.MRDesign

Druck Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Fotos: Heike Schulze/MAZ (Titel); Rico Hansmann
(Seiten 4/5); MOZ (Seiten 6/7); Pixelio/Günter
Havlene (Seite 8); Pixelio/S. Hofschlaeger (Seite 8);
Pixelio/Paul Golla (Seite 11); Michael Richter
(Seiten 64/65); GdP Brandenburg (Seite 61);
Pixelio/Gerd Altmann (Seiten 60, 105); Pixelio/
Rainer Sturm (Seite 72, 113); Pixelio/Andreas stix
(Seite 107); Pixelio/Paul-Georg Meister (Seite
108); Pixelio/Marion Granel (Seite 111); Fotolia
(Seiten 10, 98, 102); Poilzei Brandenburg

21. Jahrgang, Nr. 1/2011
Auflage 6.000

Redaktionsschluss 10.02.2011

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern
für die in dieser Ausgabe veröffentlichten
Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge
geben nicht in jedem Fall die Meinung der
Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich
das Recht der Kürzung von Beiträgen vor.

Aktuell:

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Information, dass die Einstellungsjahrgänge 2011 und 2012 jeweils von 125 auf 150 Stellen aufgestockt werden.

Dadurch werden jeweils im Oktober 50 Anwärter des mittleren Dienstes und 100 Anwärter des gehobenen Dienstes ihre Ausbildung bzw. ihr Studium an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg beginnen können.



Aus dem Inhalt

TITELTHEMA

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Revierpolizisten in Brandenburg
Geschichte – Aufgaben – Perspektiven | 14 |
| Repos: Polizisten zum Anfassen
Unterwegs mit zwei Revierpolizisten | 20 |
| Revierpolizei im ländlichen Raum
Gespräch mit „Landrepo“ Ronald Hilsky | 24 |
| Polizei und Ordnungsamt: Gemeinsam präsent
Sicherheitszentrum als zentraler Anlaufpunkt | 28 |
| Im Härtesten: Mobile Repo-Büros | 31 |

POLIZEIREFORM

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Polizeireform: Entscheidung im Landtag | 40 |
| Neues Polizeipräsidium nimmt Arbeit auf | 51 |
| „Entscheidungen sollten schnell getroffen werden“
Gespräch mit Arne Feuring, Chef des Aufbaustabes PP | 56 |

AUS DER POLIZEI

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------|----|
| „Adieu, Beurteilungsunwesen“
Regelbeurteilung abgeschafft | 66 |
| Einsatz in Blau
Ausstattung mit neuer Uniform abgeschlossen | 78 |
| Polizei im Land der Tulpen
Deutsch-niederländische Hospitationen | 88 |

DIES & DAS

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------|----|
| Fenster auf, frischer Wind rein
Zum neuen Konzept der info110 | 98 |
|-------------------------------------------------------------------------|----|

POLIZEI & KULTUR

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Film ab!
info110 sucht die besten Polizeifilme aller Zeiten | 102 |
| Bücher-Ecke
Geschichte des Tatort: Mord am Sonntag
Polizei- und Ordnungsrecht in Brandenburg
Polizei-Liegenschaft in Potsdam-Eiche
Slaughterhouse Skandinavien | 106 |

Feuer...

Großer Schreck für alle Bediensteten am Polizeistandort Bonnaskenplatz in Cottbus. In den frühen Morgenstunden des 30.12.2010 stand das unter Denkmalschutz stehende historische Backsteingebäude der ehemaligen Webschule in Flammen. Untergebracht waren hier: Die Führungsstelle 2, das Zentrale Polizeigewahrsam, die Kriminaltechnik, Kommunikationstechnik, ein Computerkabinett und der Bereich Einsatztraining des Schutzbereiches Cottbus/Spree-Neiße.

Bis zu 70 Feuerwehrmänner waren den ganzen Tag im Einsatz, um unter schwierigsten Bedingungen den Brand zu löschen. Durch die Löscharbeiten wurde die gesamte Kommunikationstechnik außer Betrieb gesetzt. Einsatzkräfte der LESE bargen Bestände der Waffenkammer und versuchten, gemeinsam mit Kollegen des ZDPol und Beschäftigten des Standortes, Technik zu retten. Auch in den folgenden Tagen kam es immer wieder zum Aufflammen einzelner Brandherde.

Untersuchungen von Brandermittlern aus Frankfurt (Oder), Cottbus und dem LKA führten zu dem vorläufigen Ergebnis, das Dachdecker- und Auf-tauarbeiten am Dach des Gebäudes, als Brandursache anzusehen sind.

Der Alltag ist Dank des großen Einsatzes vieler Kollegen wieder eingezogen. Computer und Telefone funktionierten nach wenigen Tagen, Ersatzbüros sind gefunden und eingerichtet.

Mit dem möglichen Verlust dieses Geschichtsbau-denkmals – 1898 wurde die Webschule als „Königliche (später „Preußische“) Höhere Fachschule für Textilindustrie“ eröffnet – würde dem historischen Cottbus eine wichtige Facette fehlen.





... und Eis

Die ersten Tage dieses Jahres waren für die Beamten des Schutzbereiches Märkisch-Oderland vor allem vom Kampf mit dem Oder-Hochwasser und seinen Folgen bestimmt.

Über den Jahreswechsel hatte sich auf der Oder bei Hohensaaten eine meterdicke Eisbarriere gebildet. Diese verhinderte das ungehinderte Abfließen. Es war nicht auszuschließen, dass die Deiche dem Druck des Wassers und des sich an den Deichkronen auftürmenden Eises nicht standhalten und brechen. Das Oderbruch wäre aus Richtung Norden über Hohensaaten, Oderberg, Bralitz und Bad Freienwalde überschwemmt worden.

Die Lage war ernst. Der Landkreis Märkisch-Oderland bereitete sich auf umfangreiche Evakuierungsmaßnahmen für mehrere tausend Stück Vieh und rund 15.000 Bewohner des Oderbruchs vor. Die Polizei war von Anfang an bei den Planungen beteiligt. Vor allem in der ersten Januarwoche galt es Halteverbote und Befahrensverbote im Deichvorland gegenüber mehreren tausend Hochwassertouristen durchzusetzen. Hier waren Kolleginnen und Kollegen aus allen Wachen des Schutzbereiches im Einsatz. Im Ernstfall wären weiträumige Straßensperrungen erforderlich gewesen.

Am Dienstag, den 11. Januar 2011 gelang es mehreren Eisbrechern, die Eisbarriere bei Hohensaaten zu durchbrechen. Das Hochwasser ging schlagartig sichtbar zurück und die Alarmstufe IV konnte noch am gleichen Tag aufgehoben werden..



Vorbildlich: Einbrecher rufen Polizei zu Hilfe

Seinen Ohren kaum trauen mochte kürzlich ein Polizist in Köln. „Das hört sich jetzt dumm an, ist aber leider so: Wir wollten einbrechen und der Aufzug ist steckengeblieben“, meldete sich ein zerknirschter Anrufer.

Als die Beamten an der angegebenen Adresse eintrafen, entdeckten sie eine aufgebrochene Eingangstür am Gebäude einer Dienstleistungsfirma. Im Aufzug steckten die beiden Unglücksraben fest, die in die obere Etage wollten. Eigentlich wollten sie sich selbst befreien. Doch als sich einer der beiden dabei auch noch die Hand verletzte, riefen sie schließlich schweren Herzens den Freund und Helfer in der Not – und waren als Einbrecher beim Anblick der Polizei dieses Mal ausnahmsweise erleichtert.

Die **info110** sucht ähnlich kuriose Vorkommnisse aus dem Polizeialltag in Brandenburg. Zweckdienliche Hinweise bitte an die Redaktion unter Tel. (0331) 866 2069. Danke!



Vorsicht, Schusswaffengebrauch!



Fast 40.000 Kurzwaffen und über 77.000 Langwaffen lagerten Ende des vergangenen Jahres nach den Unterlagen der Waffenerlaubnisbehörden legal in den brandenburgischen Haushalten. Häufig sind die Besitzer Mitglieder in Schießsport-, Schützen- oder Jagdvereinen.

Spitzenreiter war mit 7.154 registrierten Langwaffen der Landkreis Märkisch-Oderland. Das waren fast genauso viele wie in der kreisfreien Stadt Brandenburg und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zusammen. Dort sind 7.234 Langwaffen gemeldet. Nur 730 Langwaffen gab es dagegen in Frankfurt (Oder).

Fast 43.000 Waffenbesitzkarten sind in Brandenburg insgesamt ausgegeben. Wer sich nicht an die geltenden Bestimmungen hält, ist seine Karte schnell los: Das kam im Jahr 2008 94 Mal vor. 96 Waffenbesitzkarten wurden 2009 eingezogen und 90 im vergangenen Jahr. Regelmäßig an der Spitze der entzogenen waffenrechtlichen Erlaubnisse: der Landkreis Oder-Spree.

Fahndung: Der Polizeipräsident

Eine „Fahndung“ in eigener Sache gab die Polizei Brandenburg gleich zu Beginn des neuen Jahres heraus: Gesucht wird der neue Polizeipräsident.

Er soll als zukünftiger Chef das am 1. Januar gebildete neue Polizeipräsidium mit Sitz in Potsdam leiten, das derzeit kommissarisch durch Polizeipräsident Rainer Kann geführt wird.

Die herausgehobene Leitungsposition wurde vom Innenministerium bundesweit öffentlich ausgeschrieben. Die Stellenanzeige wurde in regionalen und überregionalen Medien veröffentlicht: In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dem „Tagesspiegel“ und den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“.

Geboten werde, so die Ausschreibung, ein „hochinteressanter Dienstposten“ in einer „herausragenden Position“. Die Besoldung des Polizeipräsidenten richtet sich nach der Besoldungsgruppe B 5.

Die Bewerbungsfrist lief am 25. Januar ab. Zehn Bewerbungen gingen ein. Der neue Polizeipräsident soll noch im Frühjahr in sein Amt eingeführt werden.





PHK Carsten Eichmüller, DGL in Belzig

Dienstgruppenleiter in der Brandenburger Polizei

Bereiche	davon					
	Anzahl gesamt	EPHK A 13g	PHK A12	PHK A11	POK A10	PK A9
SB Uckermark	17	3	1	6	7	0
SB Barnim	10	2	3	3	2	0
SB Märkisch-Oderland	20	3	5	4	7	1
SB Oder-Spree/Frankfurt (O.)	20	3	6	7	3	1
SB Dahme-Spreewald	15	1	1	7	6	0
SB Cottbus/Spree-Neiße	20	3	6	7	4	0
SB Oberspreewald-Lausitz	15	1	2	5	6	1
SB Prignitz	15	1	2	4	6	2
SB Ostprignitz/Ruppin	18	1	2	7	6	2
SB Oberhavel	15	1	2	5	5	2
SB Havelland	14	0	4	5	4	1
SB Potsdam	15	0	2	6	7	0
SB Brandenburg	18	0	5	9	4	0
SB Teltow-Fläming	13	1	1	6	4	1
SB Elbe-Elster	14	0	0	7	7	0
Lagezentren	13	4	2	6	0	1
gesamt	252					

Polizei: Führung vor Ort

In der Brandenburger Polizei arbeiten Ende vergangenen Jahres 252 Kolleginnen und Kollegen als Dienstgruppenleiter (DGL).

Außerdem waren 298 Beamtinnen und Beamte als Wachdienstführer (WDF) eingesetzt.

Aber wie viele DGL und WDF sind wo genau im Einsatz – und wie werden sie bezahlt? Das Innenministerium hat alle Informationen dazu jetzt zusammengestellt.

Die Tabelle zeigt die DLG in Brandenburg auf einen Blick.



Dienstschluss für immer:

Prognose der Altersabgänge



Zu ruhig?

„Hallo liebe Kollegen, ich spiele mit dem Gedanken von Brandenburg nach Berlin zu wechseln. Vielleicht gibt es ja auch Kollegen, die vor einiger Zeit ebenfalls von Brandenburg nach Berlin gegangen sind. Ich bin Mitte 20 und voll motiviert. Hier in Brandenburg ist es mir einfach zu ruhig.“

Aus dem Internetforum
www.copzone.de

Rund 2.650 Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten 9 Jahren aus Altersgründen aus dem Polizeidienst in Brandenburg ausscheiden. Sie treten anschließend in den wohlverdienten Ruhestand.

Anfang 2011 verfügt die Polizei über gut 8.700 Stellen. Bis 2019 werden etwa 30 Prozent der heute aktiven Polizeibeschäftigten in Pension oder in Rente gehen.

Hinzu kommt die übliche Fluktuation aus persönlichen, beruflichen oder sonstigen Gründen. Diese wird vom Innenministerium mit jährlich 0,8 Prozent des Personalkörpers angegeben.

Das sind bis 2019 noch einmal schätzungsweise 570 brandenburgische Polizistinnen und Polizisten, die sich aus den verschiedensten Gründen anders orientieren werden.

Diese Prognosen belegen den Neueinstellungsbedarf bei der Polizei in Brandenburg. Ohne ausreichend Neueinstellungen von jungen Leuten könnte die von der Landesregierung beschlossene Personalstärke von 7.000 Stellen für die Polizei im Jahr 2020 gar nicht erreicht werden. Um guten Nachwuchs muss daher schon heute intensiv geworben werden!

Altersabgänge Polizei 2011–2019

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
249	255	244	248	316	305	323	334	374

Quelle: Innenministerium, Ref. IV/3

Der PVD: Im Schnitt 44

Ein wichtiges Thema in vielen Polizeidienststellen des Landes ist die Entwicklung des Altersdurchschnitts im Polizeivollzugsdienst (PVD). Die Sorgen: Werden wir zu alt? Sind wir noch fit genug für unseren oft anstrengenden Dienst?

Das Gespenst der „Überalterung“ geht vielerorts um. Ministerium, Gewerkschaften und Personalräte haben sich des Themas angenommen. Wie sind die Fakten?

Im Polizeivollzugsdienst betrug der Altersdurchschnitt im Jahr 2008 43,8 Jahre. 2009 stieg er auf 44,3 Jahre an, um dann im letzten Jahr leicht zu sinken auf 44,1 Jahre. Im Jahr 2011 liegt der Durchschnitt im PVD bei knapp 44,2 Jahren.

Die weitere Entwicklung ist von sehr verschiedenen Faktoren abhängig. Etwa von der künftigen Entwicklung der Zahl der Polizeianwärter oder der Frage, wie es mit der Altersgrenze für Beamte weitergeht.

Aufgespielt:
„Alle wollen alt werden,
aber keiner will es sein.“
GUSTAV KNUTH,
SCHAUSPIELER



Das Land und sein Geld

Haushalt auf einen Blick

Lehrer und Polizisten, Deiche und Straßen, Kitas und Streifenwagen – das alles muss bezahlt werden, wenn das Land funktionieren soll. Vom „finanziell Machbaren“ ist oft die Rede. Aber was ist eigentlich „machbar“? Einen guten Überblick über die Lage der Landesfinanzen gibt das Datenblatt des Finanzministeriums zur Haushaltsentwicklung in den letzten Jahren.

Gut 10 Mrd. Euro gibt das Land jährlich insgesamt aus. Einen nicht unbeträchtlichen Teil davon muss es sich über Kredite besorgen. Zwar lag die Neuverschuldung 2007 und 2008 schon einmal bei null, die Finanz- und Wirtschaftskrise hat aber seitdem auch in den märkischen Etat tiefe Löcher gerissen. So werden 2011 voraussichtlich rund 440 Mio. Euro auf den heutigen Stand der Gesamtverschuldung von knapp 19 Mrd. Euro draufgelegt werden müssen.

Nicht erst für die Kinder und Kindeskinde ein dickes Problem: Denn die Zinsen für aufgenommene Kredite wollen schon heute Jahr für Jahr pünktlich bezahlt werden. Im letzten Jahr waren das immerhin rund 750 Mio. Euro, die dem Land für andere Zwecke nicht zur Verfügung standen. Und das bei derzeit sehr niedrigen Zinssätzen.

Für Personalausgaben gibt das Land etwa 22 Prozent des Etats aus. Der Anteil steigt allmählich und wird damit in der Tendenz das Niveau typischer west-

deutscher Länderhaushalte erreichen. Ähnlich – nur anders herum – verhält es sich mit der Investitionsquote: Sie lag 2010 bei rund 18 Prozent, was im Ländervergleich sehr hoch ist. Die Aufbau Ost-Mittel und die EU-Förderung zeigen hier deutlich Wirkung. Noch, denn diese Einnahmen wird das Land nicht mehr lange haben. 2019 läuft der Solidaripakt II endgültig aus.

	2008	2009	2010	2011
HH-Volumen	10.419	10.207	10.511	10.140
Nettokreditaufnahme	0	315	651	440
Zinsausgaben	808	701	748	742
Schuldenstand Land	18.004	18.319	18.969	19.409
Investitionsquote	16,3%	17,5%	18,2%	16,9%
Personalausgabenquote	20,1%	20,5%	22,0%	22,1%

Quelle: Ministerium der Finanzen. Alle Angaben in Mio. Euro, sofern nicht anders angegeben.

Seit 20 Jahren untersucht eine Studie die Befindlichkeiten der Deutschen

Wovor wir Angst haben

Wovor fürchten sich die Deutschen? Dieser Frage geht seit nunmehr 20 Jahren das R+V Infocenter nach, eine Einrichtung des gleichnamigen genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens.

Im vergangenen Jahr nahm die Angst in Deutschland nach einem zwischenzeitlichen Rückgang wieder zu. 50 Prozent aller Befragten zeigten Zukunftsangst – der höchste Wert seit fünf Jahren.

„Ereignisse wie der Terroranschlag auf das World Trade Center, die Euro-Einführung und die Finanzkrise haben die Sorgen nachhaltig nach oben getrieben. Auch die Einschnitte in die staatlichen Sozialsysteme zeigten gravieren-

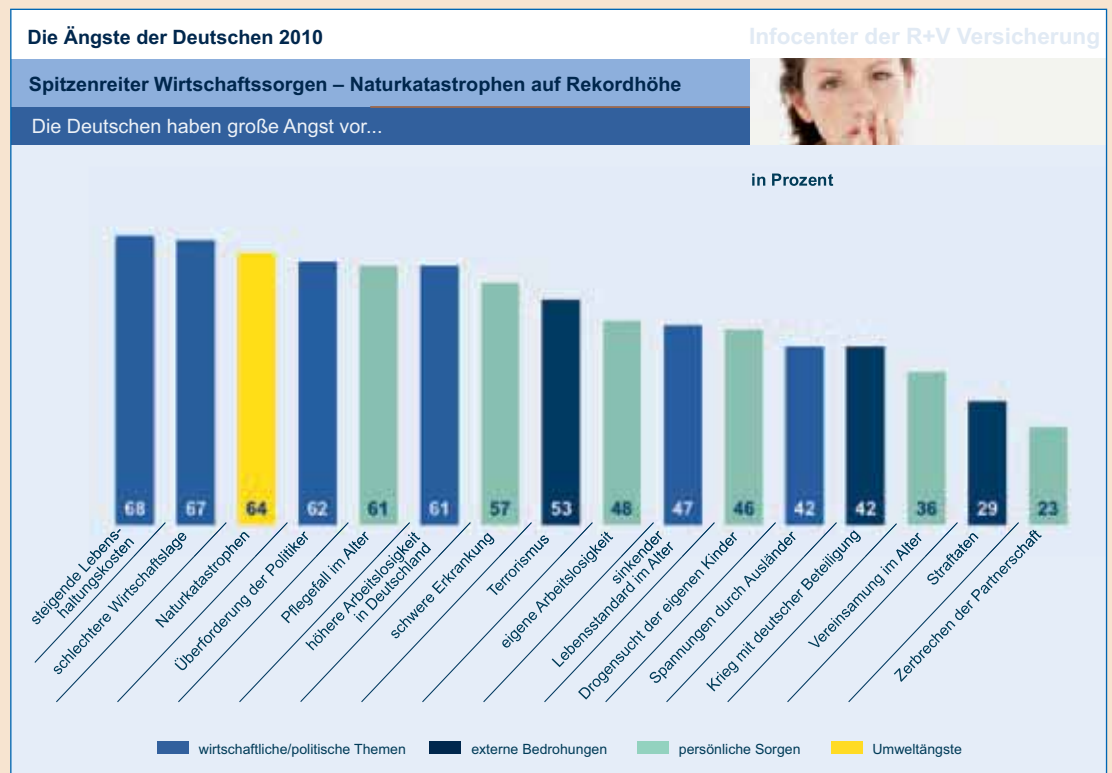
de Wirkung“, analysiert Rita Jakli, Leiterin des Infocenters, die Entwicklung seit 1990.

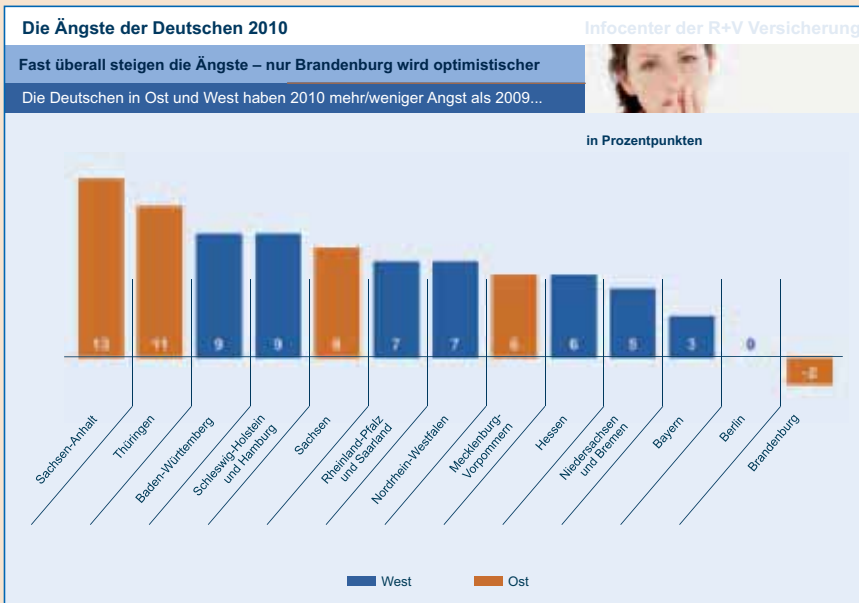
Deutschland: Zukunfts-ängste nehmen zu

„Die Suche nach Sicherheit kennzeichnet die Deutschen im besonderen Maße“, erläutert Professor Manfred Schmidt, Politologe an der Universität Heidelberg. „Ihr Wunsch nach einer sicheren persönlichen Lebensplanung mit festem Arbeitsplatz, einem finanziell abgesicherten Ruhestand und nach Preisstabilität wird in Krisenzeiten gefährdet. Das löst große Ängste aus.“

So wundert es nicht, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise angesichts der massiven wirtschaftlichen Einbrüche der Jahre 2008 und 2009 auch in der jüngsten Befragung deutliche Spuren hinterlässt. Höhere Lebenshaltungskosten, schlechtere Wirtschaftslage und höhere Arbeitslosigkeit gehören zu den Top-Themen, wenn sich die Deutschen um die Zukunft sorgen.

Auch wenn das Thema Arbeitslosigkeit weit vorn rangiert; die Angst, selbst den Arbeitsplatz zu verlieren, ist im Vergleich dazu deutlich geringer. Besonders deutlich zeigt sich dies in Brandenburg. Während hier 60 Prozent angaben, Angst vor größerer Arbeitslosigkeit zu haben, fürchteten doch nur 38 Prozent den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes. Allerdings: Auch 38 Prozent sind ein hoher Wert.





Meinung der Bürger hier ein Stück weit auseinander gehen. Auf jeden Fall aber ist dieser Befund ein Ergebnis guter Polizeiarbeit. Die Menschen haben offenbar großes Vertrauen in die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten.

Das war schon einmal anders. In der ersten Hälfte der 90er Jahre verzeichnete die Umfrage eine deutliche zunehmende Furcht vor Straftaten. Mit einer Häufigkeit von 45 Prozent erreichte diese Entwicklung 1993 ihre Spitze. Damals rangierte die Angst vor Straftaten gleich hinter den Ängsten vor steigenden Lebenshaltungskosten, vor schwerer Erkrankung und vor Pflegebedürftigkeit im Alter auf dem vierten Platz. Immerhin sieben Jahre lang gehörte die Angst vor Straftaten zu den Topängsten in Deutschland; erst 1998 fiel dieses Thema aus den Top 7 der Ängste heraus.

Brandenburger als Einzige optimistischer

Übrigens: Noch 2009 waren die Brandenburger die größten „Angsthasen“ in der Republik. Im vergangenen Jahr aber hat sich dieses Bild schlagartig gewandelt. Brandenburg hat sich eingereiht in das obere „Optimismus-Drittel“ der Länder – und nicht nur das: Während sich die Stimmung in den anderen Ländern mehr oder minder stark eintrübte, schauten einzig die Brandenburger optimistischer in die Zukunft als noch ein Jahr zuvor. Um genau zwei Punkte sank der Angst-Index im vergangenen Jahr.

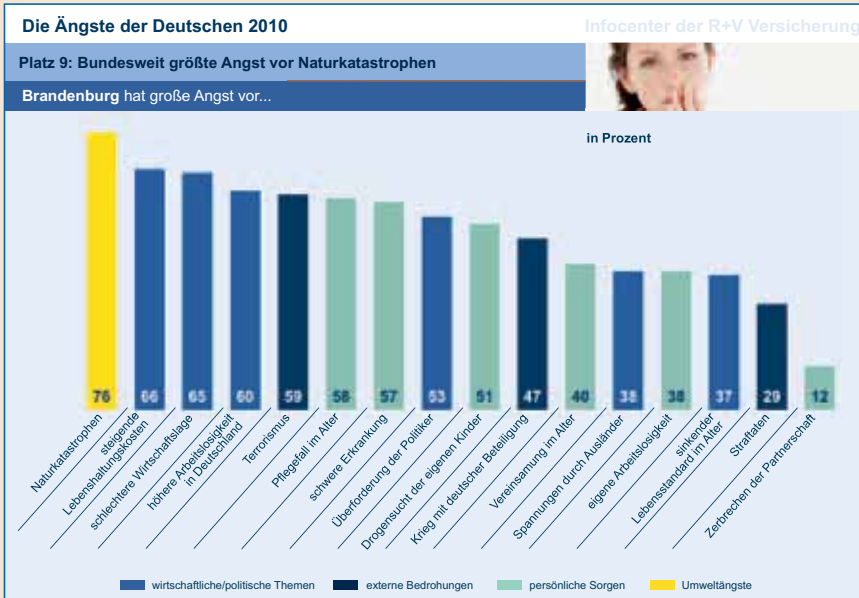
Alle wirtschaftlichen Sorgen – 2009 noch ganz vorn – sind in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Den stärksten Rückgang gab es bei der Angst, den Job zu verlieren. Und ganz entspannt sehen die Brandenburger und Brandenburgerinnen das Thema Partnerschaft. Nur jeder Achte hat Angst davor, dass seine Beziehung in die Brüche gehen könnte. In allen anderen Regionen Deutschlands ist diese Angst größer.

Sachsen-Anhalt mit roter Laterne

Die „rote Laterne“ in der Stimmungstabelle übernehmen im vergangenen Jahr die Sachsen-Anhalter. Nach einem regelrechten Stimmungserdrutsch um 13 Prozentpunkte schauen 63 Prozent von ihnen ängstlich in die Zukunft.

Weitere Infos gibt es im R+V-Infocenter, zu finden im Internet unter: <http://www.ruv.de>

■ WOLFGANG BRANDT, MI, PRESSESTELLE



Überraschend rangiert schon auf dem dritten Platz die Furcht vor Naturkatastrophen. 64 Prozent der Deutschen fürchten sich vor einer Naturkatastrophe; das bedeutet eine deutliche Zunahme um 13 Prozentpunkte gegenüber 2009 und damit zugleich einen neuen Höchstwert.

Brandenburg: Furcht vor Naturkatastrophen

In Brandenburg führt die Furcht vor Naturkatastrophen die Rangliste der Ängste mit 76 Punkten sogar mit großem Abstand an. Dies ist nach dem schweren Hochwasserereignissen 2010 in Brandenburg nur allzu verständlich. Mit 13 Prozentpunkten Rückstand folgt auf dem zweiten Platz die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten. Nur in Baden-Württemberg spielt die Angst vor

Naturkatastrophen eine ähnlich große Rolle wie bei uns in Brandenburg.

Wenig Furcht vor Kriminalität

Vergleichsweise wenig Angst macht den Deutschen dagegen das Thema Kriminalität. Mit deutlichem Abstand rangiert die Angst vor Straftaten bundesweit auf dem vorletzten Platz von 16 Angstsszenarien.

Das sehen im Übrigen auch die Brandenburger so, die sich bei diesem Thema stimmungsmäßig exakt im Bundesdurchschnitt bewegen. Kein Anzeichen also dafür, dass sich die Menschen in unserem Land durch Straftaten im Bundesvergleich besonders bedroht sähen. Es könnte durchaus sein, dass veröffentlichte Meinung und tatsächliche

Revierpolizisten in Brandenburg

Geschichte – Aufgaben – Perspektiven



Geschichte der Revierpolizisten

Die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung im Sinne des heutigen Revierdienstes hat in Deutschland eine weit über hundertjährige Tradition. Ob als „Schutzmann an der Ecke“ oder „Orts-Gendarm“, er war schon immer unmittelbarer polizeilicher Ansprechpartner für die Bürger vor Ort in allen Belangen der öffentlichen Sicherheit. Er prägt damit seit jeher entscheidend das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit.

Auch durch die Deutsche Volkspolizei (DVP) in der ehemaligen DDR wurden mit den so genannten „Abschnittsbevollmächtigten (ABV)“ Polizeibedienstete mit ähnlichem Aufgabenspektrum eingesetzt. Von ihnen wurde erwartet, ständig „im Dienst“ und allumfassend zuständig „für ihr Revier“ zu sein. In der Regel kannten sie damit auch die meisten Bürger und vor allem ihre „Pappenheimer“.

„Revierpolizisten kennen ihre Pappenheimer.“

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Gründung des Landes Brandenburg wurde begonnen, die Polizei konsequent an demokratisch und rechtsstaatlich legitimierte Grundsätze auszurichten. Damalige Rechtsgrundlage für das Wirken der Polizei

war das DDR-Polizeigesetz vom 13. September 1990 in Verbindung mit dem Einigungsvertrag. Die neuen Polizeipräsidenten nahmen am 1. November 1991 ihre Arbeit auf. Die Funktion des „Abschnittsbevollmächtigten“ gab es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr.

Nachdem die Brandenburger Polizei wenige Monate in den neuen Strukturen arbeitete, wurde mit Runderlass des damaligen Innenministers Alwin Ziel im Juli 1992 die „Vorschrift für den Wachdienst des Landes Brandenburg (PDV 350 BB)“ erlassen. Neben einem Leitbild zum Umgang mit dem Bürger und vieler weiterer grundsätzlicher Regelungen war auch der „Posten- und Revierdienst“ fester Bestandteil der „Wachdienstordnung“. Er sollte vorrangig durch Präsenz und intensive Kontaktpflege polizeilicher Ansprechpartner sein und damit zu einer bürger-nahen Polizei beitragen.

ÜBRIGENS: Wussten Sie, dass der Name „Repo“ 1994 in einem TED von Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurde? Mit 46 % der Stimmen setzte sich der Repo gegen den Revierwachtmeister und den Bürgerkontaktbeamten durch.

Die Aufgaben der Revierpolizisten

Die aktuellen Aufgaben des Revierdienstes ergeben sich aus der „Vorschrift für den Wachdienst des Landes Brandenburg (PDV 350 BB)“ in der Fassung vom 15. September 2009 sowie aus den entsprechenden Erlassen vom 9. September 1993 und 15. März 1994.

Dazu gehören insbesondere:

- Intensiver Kontakt mit der Bevölkerung, u.a. durch örtliche Öffentlichkeitsarbeit der Polizei (z. B. in Kindergärten, Schulen und Altenheimen)
- Schulwegsicherung
- Überwachung des Verkehrsraumes



- Mitwirkung an Stellungnahmen zu ordnungsrechtlichen Fragen und Verkehrsangelegenheiten
- Überprüfung und Berichte bei Beschwerden aus der Bevölkerung
- Anzeigenaufnahme
- Erkenntnisgewinnung in den Phänomenbereichen: Politisch motivierte Kriminalität, Betäubungsmittelkriminalität, polizeilich relevante jugendliche Gruppierungen
- Durchführung von Bürgersprechstunden

Der Revierdienst stützt damit die polizeiliche Präsenz durch eine intensive Kontaktpflege mit der Bevölkerung sowie den gesellschaftlichen, politischen und religiösen Institutionen im Zuständigkeitsbereich.

Darüber hinaus ist er z. B. polizeilicher Ansprechpartner für Schulen im Rahmen der Kriminalprävention bei Kindern und Jugendlichen und arbeitet bei Bedarf in kriminalpolizeilichen Ermittlungskommissionen mit. Revierpolizisten sollten in den Bürgervertretungen der Gemeinden oder Einwohnerversammlungen auftreten und zu Entwicklungen des Kriminalitäts- und Unfallgeschehens im Revier Stellung nehmen.

„Der Repo: Seismograph, Mediator und Problemlöser in Uniform“

Daneben werden die Revierpolizisten bei vielen größeren Veranstaltungen mit einbezogen. So sind sie in der Regel im Rahmen von Stadtteil-, Wohngebiets-, Dorf-, Sport- und Traditionsfesten in den Städten und Gemeinden präsent. Ferner arbeiten die Revierpolizisten in den „KKV-Kommissionen“ der Kommunen mit („Kommunale Kriminalitätsverhütung“).

Perspektiven: Repo der Zukunft

Im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wie z. B. der Demografie, wachsenden sozialen Unterschieden oder aber der Migration und den daraus erwachsenden Herausforderungen für Staat und Gesellschaft zeichnet sich insbesondere in dünn besiedelten Räumen ein weiterer erforderlicher Wandel im Berufsbild des Revierpolizisten hin zur „Polizei in einer Person“ ab. Der Revierpolizist auf dem Lande wird in der Zukunft nicht nur lebens- und berufserfahren sein müssen, sondern ist vor allem fachlich rundum versiert, gesellschaftlich etabliert und sozial anerkannt. Bevor ein „110-Einsatz“ des Wach- und Wechseldienstes erforderlich ist, wird er vor Ort als „Seismograph, Mediator und Problemlöser“ in Uniform fungieren.

Dieses umfassende Aufgabenspektrum verlangt künftig ein noch breiteres polizeiliches Allgemeinwissen aus allen Fachbereichen, große soziale und kommunikative Kompetenz, hohe Flexibilität, vor allem also „Herzblut und Engagement“. Genau dafür erntet die Polizei beim Bürger Anerkennung und Respekt. Deshalb wird auch das Ministerium des Innern weiterhin alle Maßnahmen unterstützen, die den Repos in ihrer täglichen Arbeit von Nutzen sind. Die eingeleitete umfassende Ausstattung mit Laptops oder aber der Test von Fahrzeugen als mobile Büros sind dabei zwei konkrete Beispiele, mit denen insbesondere die Polizeiarbeit für die Sicherheit der Bürger in der Fläche des Landes optimiert werden soll.

■ CHRISTIAN HYLLA UND
DETLEF JANKOWSKI, MI, REF. IV/41

**„Lebenserfahren,
fachlich versiert, sozial
anerkannt“: Der Repo –
das Schweizer Taschen-
messer der Polizei?**

Polizeikultur im Wandel

Welche Auswirkungen haben Strukturveränderungen auf das künftige Profil der Revierpolizei?



Jirko Lehmann, Polizeirat, 34 Jahre

1996	Einstellung in den g.D. des Polizeivollzugsdienstes im Land Brandenburg
1999–2002	Verwendung in der LESE, u.a. als Gruppenführer
2002–2006	Wechsel ins PP Potsdam, SB OPR, dort überwiegend als DGL tätig
2006	erfolgte der Wechsel ins Präsidialbüro des Polizeipräsidenten in Potsdam
2008–2010	Masterstudium an der DHPol Münster / Hiltrup
seit Oktober 2010	mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte Leiter der Führungsstelle SB PR beauftragt

In seiner Mastersarbeit an der Deutschen Hochschule der Polizei (DH-Pol) beschäftigte sich Polizeirat Jirko Lehmann vom SB Prignitz mit organisationskulturellen Aspekten des so genannten „Community Policing“. Als Beispiel wurde die Revierpolizei in Brandenburg ausgewählt. Der folgende Beitrag stellt einige Ergebnisse dieser Studie kurz vor.

Eine Organisation kann auf Dauer nur bestehen, wenn ihre Lern- und Änderungsgeschwindigkeit mindestens so hoch ist, wie das Tempo der Veränderung ihrer Umwelt. Dies ist insbesondere für die Organisation Polizei bedeutsam, da sie in der derzeitigen Entwicklung mit tendenziell weniger Ressourcen immer anspruchsvollere Aufgaben zu bewältigen hat. Reformen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf das Miteinander, die Zusammenarbeit, die Fremd- und Selbstbilder unterschiedlicher polizeilicher Arbeitsbereiche. Zudem verändern Reformen das Bild der Polizei in der Bevölkerung und den Medien.

Demographie als zentrale Herausforderung

„Brandenburg fehlen Kinder!“ oder „Brandenburg gehen die Menschen aus!“, so oder ähnlich lauten zugespitzte Thesen diverser Gutachten über den demographischen Wandel. Diese Entwicklung stellt sich zunehmend als zentrale Herausforderung der Gesellschaft dar.

„Der Funkwagen wird nicht begrüßt – aber das da, das ist der Repo!“

Interessantes aus den Interviews der „Repo-Studie“ von Jirko Lehmann mit Revierpolizisten und Führungskräften der Polizei

„Die Verbindung der Polizei zur lokalen Bevölkerung, wenn die nicht mehr besteht, bekommt die Polizei auch keine Hinweise und dann läuft vieles völlig an der Polizei vorbei. Man muss einfach sehen, dass der Wach- und Wechsel-

dienst eben nicht der Anfasspolizist ist.“

„Die Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei ist in manchen Belangen schon zu eng, Mitunter lässt man sich auch vor den Karren spannen.“



Das Bundesland Brandenburg verzeichnete in den letzten Jahren sinkende Bevölkerungszahlen. Und dieser Trend soll sich fortsetzen, so dass Brandenburg bis 2030 etwa 13 Prozent seiner Einwohner verliert. Zudem ist das Bundesland durch eine „polare Struktur“ der Bevölkerungsverteilung geprägt. Neben den ausgeprägten weitläufigen ländlichen Gebieten besteht Brandenburg im Zentrum aus den Randbereichen der Bundeshauptstadt Berlin und der Landeshauptstadt Potsdam. Diese Disparität spiegelt sich in der demographischen Situation des Landes wieder. Der Bereich um Berlin konnte in den letzten Jahren einen Bevölkerungszuwachs erfahren, dagegen findet eine fortlaufende Entleerung in der Fläche des Landes Brandenburg statt.

Revierpolizei gewinnt an Bedeutung

Diese demographischen Entwicklungen stellen die polizeiliche Organisation, die sich im Spannungsfeld zwischen dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und einem effizienten Organisationsaufbau befindet, vor erhebliche Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der Anpassung von Ressourcen ist eine polizeiliche Grundversorgung, durch ständige Erreichbarkeit, schnelle Interventionszeiten und ausreichende Präsenz auch in ländlichen Bereichen zu gewährleisten.

In dieser Konstellation gewinnt die Aufgabe der Revierpolizei für eine bürgernahe Gestaltung der Polizeiarbeit, besonders bei Reduzierung von durchgängig besetzten Standorten, an Bedeutung.

Fraglich scheint, ob diese Veränderungen, die Auswirkungen auf polizeiliche Anforderungsprofile haben, mit der vorhandenen Organisationskultur von Revierpolizisten in Einklang zu bringen sind.

Konkret heißt das, ob die Vorstellungen der Polizeiführung (strategische Ebene) mit den Ansichten, Meinungen und Wertvorstellungen von Revierpolizisten (operative Ebene) zusammenpassen oder ob Widerstände aufgrund von kulturellen Unvereinbarkeiten auftreten können.

Diese Fragestellung wurde im Rahmen von qualitativen Datenerhebungen durch leitfadengestützte Interviews, sowohl mit Führungskräften als auch mit Revierpolizisten und deren Vorgesetzten untersucht.

Es wurden beide Ansichten gegenübergestellt und nach festgelegten Kriterien, wie Einstellungen zu Organisationszielen, polizeilichen Kernkompetenzen im ländlichen Bereich, Berufsbild des künftigen Revierpolizisten, Informelle Normen und Widerstände abgeglichen. Die hier dargestellten Ergebnisse bilden lediglich einen verkürzten Ausschnitt der gewonnenen Erkenntnisse ab.

Einige Ergebnisse

Um es vorweg zu sagen: die Anschauungen, Auffassungen und Vorstellungen zwischen Führungskräften der Brandenburger Polizei und den Revierpolizisten weisen in weiten Teilen Übereinstimmungen auf. Insbesondere beim vorgefundenen Selbstverständnis der Revierpolizisten ist zum vorhandenen Anforderungsprofil eine Deckungsgleichheit festgestellt worden.

Die Organisationsziele der Brandenburger Polizei werden ausnahmslos als wichtig und auch zutreffend definiert angesehen. Es wird dennoch durch die Revierpolizisten eine stärkere Ausprägung der Bürgerorientierung und der Mitarbeiterzufriedenheit angeregt.

In diesem Zusammenhang wird dem Instrument der Zielvereinbarung überwiegend eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Es sind jedoch auf der Arbeitsebene Akzeptanzverluste festgestellt worden, die aus Fehlentwicklungen in der Umsetzung dieses Instrumentes resultierten. Dennoch sehen die Revierpolizisten grundsätzlich die Notwendigkeit, Ziele nach festgelegten, neu definierten Kriterien zu vereinbaren und messbar zu gestalten.

In der Brandenburger Polizei herrscht ausnahmslos das Verständnis vor, dass die Revierpolizisten den höchsten Stellenwert im Kontext der Bürgerorientierung besitzen. Die zentrale Bedeutung als Bindeglied zwischen der Organisati-

„Der Bürger kennt uns aus unserem Bereich. Der Revierpolizist wird erkannt, weil er bekannt ist.“

„Er braucht innere Stärke, ich erwarte vom Repo, dass er genauso ins Stadtparlament geht und die Kriminalitäts-

die Verkehrsunfalllage darstellt, oder sich Bürgerfragestunden stellt.“

„Er sollte ein bisschen älter als 25 sein. Lebenserfahrung, ich möchte es nicht immer am Alter festmachen, aber Lebenserfahrung ist wichtig.“

Zielvereinbarungen: „Ich sehe das als Druckmittel für den einzelnen Kollegen. Das wäre vielleicht ein Wunsch von ganz oben, dass das freiwillig ist, aber dem ist nicht so.“

on und dem Gemeinwesen (Bürger, Kommune, Partner) wird dabei besonders hervorgehoben.

Es wurden hier ebenfalls Fehlentwicklungen festgestellt, die u.a. durch Rückgriffe von Kommunen auf Revierpolizisten, durch Abschiebung von Aufgaben zustande kamen. Die Revierpolizisten sollten sich vermehrt auf Kommunikations- und Moderationsfunktionen orientieren und im Sinne des „Community Policing“ initiiierend tätig werden.

Repo der Zukunft: Hohe Anforderungen

Das künftige Berufsbild wird sich jedoch vom gegenwärtigen Profil nur gering unterscheiden. Insbesondere dort, wo durchgehend besetzte Polizeistandorte reduziert werden, wächst die Bedeutung und Verantwortung der Revierpolizisten. Dies bedingt ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Verantwortungsbewusstsein in diesen Funktionen.



Masterarbeit

Organisationskulturelle Aspekte von Community Policing

Das Spannungsverhältnis zwischen der vorhandenen Polizeikultur und einer neu zu schaffenden „Corporate Identity“ im Zusammenhang mit strukturellen Veränderungsprozessen

- am Beispiel der Revierpolizei im Land Brandenburg -

Masterstudiengang „Public Administration - Police Management“

Deutsche Hochschule der Polizei

Studiengang: 2008 - 2010

Verfasser

Jirko Lehmann

Polizei des Landes Brandenburg

Erstgutachter

Univ.- Prof. Dr. Antonio Vera

Deutsche Hochschule der Polizei

Zweitgutachter

Dr. Heike Wagner

Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg

Münster, 02.08.2010

**„Wenn ich heute hingeh
und nehme dem fünf Euro
Verwarngeld weg, dann
brauche ich morgen nicht
zu erwarten, dass er großes
Vertrauen in mich hat und
mir etwas erzählt, was für
die Polizeiarbeit viel wich-
tiger ist.“**

„Präsenz beinhaltet für mich,
dass der Revierpolizist ein
Polizist zum Anfassen ist.
Den muss man kennen in sei-
nem Revierbereich, der muss
auch in seinem Gebiet zu Fuß

unterwegs sein. Wir hatten
mal einen Kollegen, zu dem
sind die Bürger gekommen,
der musste gar nichts ermit-
teln. Er hatte die höchste
Aufklärungsquote im ganzen
Landkreis gehabt, zu dem
sind die vorbeigekommen.
Er muss eine Person sein,
dem sich der Bürger gerne
anvertraut.“

**„Ich würde es gut finden,
wenn ich als Revierpolizist
auch äußerlich erkennbar
wäre, wenn der Revierpoli-**

**zist sich abheben würde
beispielsweise mit dem
Fahrzeug. Das hat einen
ganz anderen Wiedererken-
nungswert. Der Funkwagen
wird nicht begrüßt. Das sind
Bullen – aber das da, das ist
der Repo.“**

„Wenn ich die PDV-350 sehe,
was da alles steht für einen
Revierpolizisten, dann ist das
ein Traumdenken. Die mei-
nen das wirklich ernst, aber
es ist nicht realisierbar.“

Als strukturelle Erfolgskriterien für die polizeiliche Arbeit der Revierpolizei werden eine hohe Beständigkeit in der personellen Besetzung, die Sicherstellung der Informationsversorgung und eine flächendeckende Personalverteilung erkannt.

Dem Revierpolizisten wird die Rolle als „Konfliktlöser im Vorfeld“ in der Brandenburger Polizei beigemessen. Eine hohe Kommunikationsfähigkeit wird daher ein unabdingbares Kriterium für künftige Anforderungen sein. Daneben sind ein umfangreiches Fachwissen sowie eine zweckmäßige Verwendungsbreite erforderlich.

Gefahr von Identitätsverlusten

Durch das Auseinanderdriften zwischen den formalen Anforderungen und der tatsächlichen Aufgabenbewältigung besteht die Gefahr, dass es zu Identitätsverlusten der Revierpolizisten kommen könnte. Neben der kaum realisierbaren Aufgabenfülle ist eine hohe

Beanspruchung durch andere Organisationsbereiche erkennbar. Führungskräfte können durch Informationsverluste in der steilen Hierarchie kaum korrigierend eingreifen. Eine Überarbeitung der PDV 350 wird dringend empfohlen, um die Bindungen der Revierpolizisten an die Organisation nicht zu gefährden.

Es wurde eine hohe Identifizierung der Revierpolizisten mit ihren Funktionen und Tätigkeiten festgestellt. Durch die vorherrschende Ungewissheit im Veränderungsprozess treten aber Ängsten und Missstimmungen auf. Durch Führungskräfte sollten daher verstärkt Moderationen der Prozesse sowie Beratungen in der Umsetzungsphase durchgeführt werden. Andernfalls könnte es zu weiteren Verlusten an der Organisationsbindung kommen, was u.a. nachteilig für die Leistungsbereitschaft wäre.

Eine intern ausgerichtete Kommunikationsstrategie, die die Revierpolizisten in den Veränderungsprozess einbezieht, könnte das vereinzelt bedrohte Selbstkonzept auffangen.

Erfahrungen von Repos einbeziehen

Marginale Unterschiede in den Ansichten und Vorstellungen zwischen der strategischen Polizeiführung und den Revierpolizisten führen aufgrund von Ungewissheiten oft zu Missverständnissen und Unsicherheiten auf der Arbeitsebene. Diese empfundenen Unvereinbarkeiten scheinen objektiv kaum begründet zu sein.

Eine transparente und partizipierende Ausgestaltung in der Organisationsentwicklung würde die Identifizierung der Revierpolizisten mit der Brandenburger Polizei weiter erhöhen. Es müssen daher die Alltagserfahrungen der Revierpolizisten in die theoretischen Diskurse der strategischen Ebene einfließen. Auf diese Weise erhöht sich die Identifikation aller Mitglieder mit der Organisation, was ein maßgeblicher Faktor für den Erfolg des Reformprozesses wäre.

■ JIRKO LEHMANN,
SB PRIGNITZ

„Der Repo ist der Restposten, das was andere gar nicht leisten können, das macht der Repo.“

„Der Revierpolizist muss kommunikativ sein. Wenn der nicht mit den Leuten reden will, sich versteckt oder keinen Kontakt sucht, dann ist er auch fehl am Platz.“

„Das ist eine Grundvoraussetzung, um als Revierpolizist erfolgreich zu sein, dass

eine gewisse Achtung und Vertrauen und Kooperativität vorliegt. Der Polizist darf nicht der Kumpel sein. Der muss anerkannt sein, der muss nach wie vor mit Respekt behandelt werden.“

„Wenn ich den Revierpolizisten an den Nagel hängen muss, bin ich ganz schön traurig, ich bin aber überzeugt, dass ich mich in einem anderen Bereich auch wieder zurechtfinde. Ich ha-

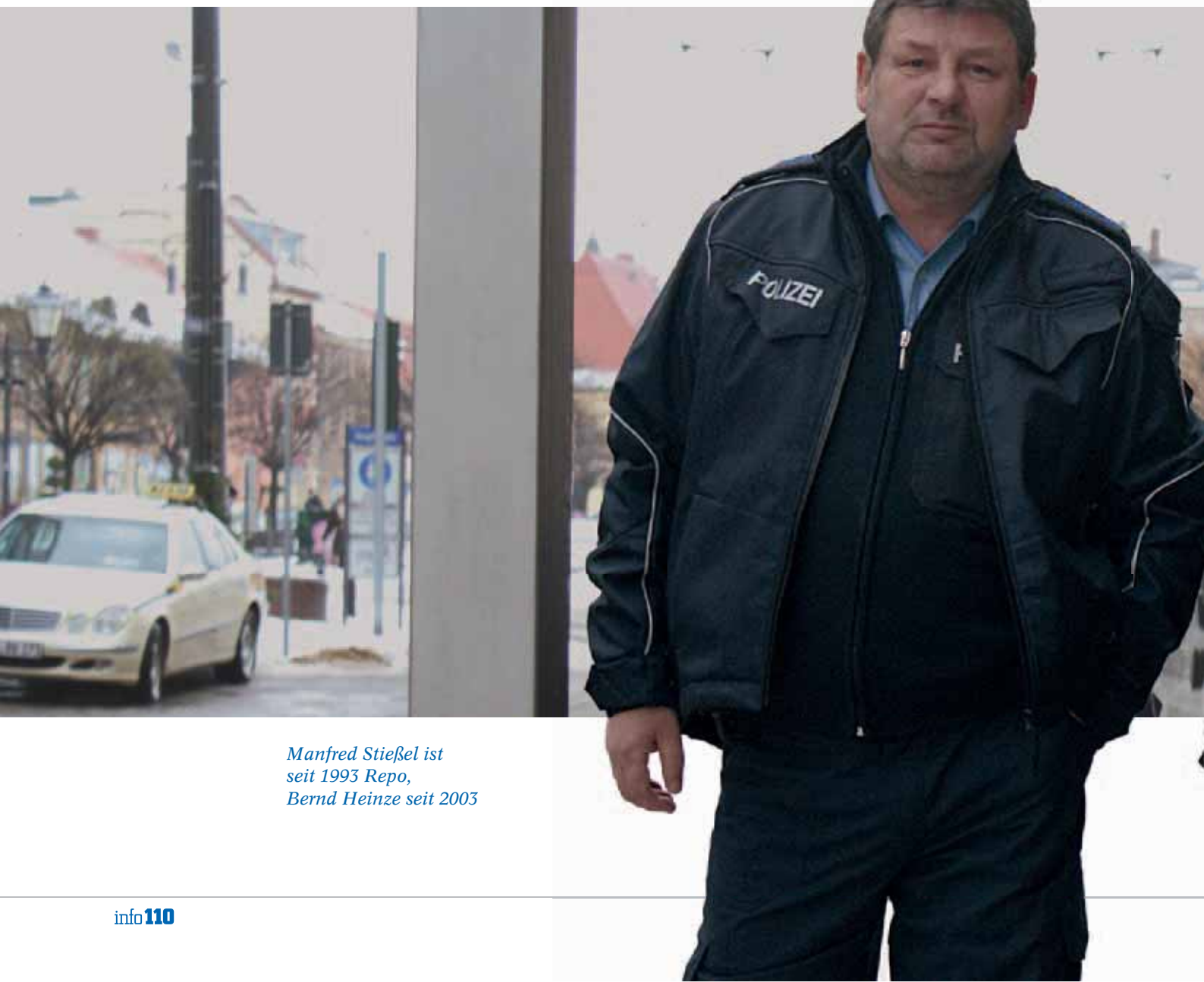
be einen ziemlich großen Bezug zu meinem Abschnitt. Da hängt Herzblut dran.“

„Ich glaube, dass sich in der heutigen Zeit mit Motorisierung, modernen Kommunikationswegen, Internet die ursprüngliche Aufgabe einer Polizeiwache, ich sage mal aus Anfang dieses Jahrhunderts, nämlich als kurzfristig erreichbar, auch nachts für den Bürger, in weiten Teilen überholt hat.“

Repos: Polizisten zum Anfassen

Unterwegs mit zwei Revierpolizisten in Brandenburg a.d. Havel

Rund 550 Revierpolizisten (Repos) arbeiten in Brandenburg. Sie werden oft als Bindeglied zwischen Polizei und kommunalen Vertretern beschrieben. Sie kennen ihren Bereich wie ihre Westentasche und sind neben den Kollegen in der Wache ein wichtiger Ansprechpartner für die Bürger. Alles nur graue Theorie oder Realität? Wir wollten wissen, wie der Alltag der Revierpolizisten aussieht und haben zwei von ihnen einen Tag lang begleitet.



*Manfred Stießel ist
seit 1993 Repo,
Bernd Heinze seit 2003*

Manfred Stießel (55) und Bernd Heinze (52) arbeiten seit fast acht Jahren zusammen. Ihre Bereiche sind Görden und Hohenstücken, beides Ortsteile von Brandenburg a.d. Havel. Sie schwärmen: „Wir sind schon fast wie verheiratet und mittlerweile bekannt wie bunte Hunde“. Ich lächle noch ungläubig. Noch. Bald werde auch ich verstehen, was sie damit meinen.

6:30 Uhr, Dienstbeginn. Da alle 19 Repos im Bereich der Polizeiwache Brandenburg ihren Dienst zu unterschiedlichen Zeiten beginnen, gibt es keine Dienstbesprechung. Bernd holt die Fahrzeugpapiere und Funkgeräte. Manfred schaut sich die Einsätze der letzten Nacht an. Im Aufenthaltsraum der Wache haben alle Repos Postfächer. Im Fach von Bernd und Manfred befinden sich heute eine Fahrerermittlung und eine Aufenthaltsermittlung.

„Guten Morgen, Herr Polizist!“

Fünf vor sieben. Manfred und Bernd beginnen mit der Schulwegsicherung vor der Wilhem-Busch-Grundschule in Görden. Schwerpunktmäßig findet die nach den Ferien statt. 470 Schüler hat die Schule, mit 20 Klassen ist sie hier die Größte. Die erste Stunde beginnt um 7.30 Uhr, bis dahin strömen unzählige Kinder mit verhältnismäßig riesigen Schultaschen aus Bussen und Bahnen in Richtung Schule. Manche von ihnen winken Manfred und Bernd zu und begrüßen sie mit den Worten „Guten Morgen, Herr Polizist!“, andere reden ununterbrochen miteinander und achten auf nichts um sich herum, auch nicht auf Autos. Deshalb sind Bernd und Manfred hier. Es soll nichts passieren. Und es passiert auch nichts.

Nachdem alle Kinder in der Schule sind, gehen auch wir hinein. Es folgt ein kurzes Gespräch mit dem Direktor – nach den Ferien das erste. Auch die zu spät kommenden Schüler begrüßen respektvoll „ihre“ Polizisten bevor sie schnell in ihre Klasse eilen. Dann treffen wir auf den Hausmeister. Er wird ab März der Vorsitzende einer Sicherheitspartnerschaft in einer Gartensparte sein. Sieben Gartenanlagen gibt es im Bereich von Manfred und Bernd, in nur einer gibt es Sicherheitspartner. Dort sind die Einbrüche in den Wintermonaten gegen null gegangen, in den anderen sechs nicht.

Die Schüler sind sicher in der Schule, nun steht die Fahrerermittlung auf dem Plan. Wir fahren in eine gemütliche und für ihre Ruhe bekannte Siedlung. Nachdem der Funkstreifenwagen abgestellt wurde, geht es zu Fuß weiter, so wie die meiste Zeit des restlichen Tages. Wir klingeln und warten. Eine verschlafene Frauenstimme antwortet an der Gegensprechanlage. Sie lässt die Beamten hinein, welche ihr den Grund für ihre Anwesenheit erklären. Nach einem kurzen Gespräch wird sich alles aufklären, der Fahrer ist der Sohn der Bewohnerin. Ein kurzer Vermerk auf der Fahrerermittlung und schon geht es weiter.

Unbekannt verzogen

Wir fahren in den Bereich von Bernd, nach Hohenstücken. Hier werden wir der Aufenthaltsermittlung nachgehen. Wir klingeln am passenden Namensschild, eine Antwort bleibt aus. Später stellt sich heraus, dass der Bewohner verzogen ist. Wohin ist unbekannt. Das ist nicht ungewöhnlich. Wir fahren weiter und bestreifen den Bereich.

Kurz vor neun, wir stehen vor dem Bürgerhaus von Hohenstücken. Hier haben Bernd und Manfred ihr Büro, Dienstags ist Sprechstunde. Sie laden sich Personen vor oder stehen den Bürgern als Ansprechpartner für ihre polizeilichen und nichtpolizeilichen Probleme zur Verfügung. Sie nehmen Anzeigen wegen Sachbeschädigungen oder Fahrraddiebstählen entgegen. „Manchmal musst du einfach nur zuhören können, wenn sich z.B. eine ältere Dame darüber beschwert, dass ihr Nachbar keine Hausreinigung macht oder seine Kippen wegwirft“, erklärt Manfred. Zahlreiche Hochhäuser, eine hohe Arbeitslosigkeit, viele ältere Leute und eine hohe Anzahl von Ausländern, all dies zusammen mit der Anonymität machen Hohenstücken zu einem schwierigen Bereich. Hier scheint es besonders wichtig, dass jemand da ist, der sich kümmert. →



Inzwischen ist es kurz nach zehn. Bernd hat die ganze Zeit starke Zahnschmerzen und beschließt, schnell zum Zahnarzt zu gehen. Manfred und ich gehen über den Wochenmarkt, direkt gegenüber vom Bürgerhaus. Es schneit und es ist kalt. Ein Kind grüßt Manfred „Hallo, Herr Polizist, Vorsicht es ist glatt“. Manfred lacht und bedankt sich für den Tipp. Wir gehen weiter und sprechen mit dem Marktleiter. Er lobt die gute Zusammenarbeit und ist froh, immer einen Ansprechpartner zu haben. Ein Imbissbesitzer kommt hinzu und auch er ist positiv gestimmt. „Wir brauchen Polizisten, die die Kirche im Dorf lassen und für uns da sind – so wie Manne und Bernd.“ Auf dem Rückweg zum Bürgerhaus ruft ein Mann über die Straße und fragt Manfred, wo sein Part-

ner ist. „Beim Arzt“, lautet die kurze Antwort. Der Mann äußert sein Bedauern: „Das tut mir aber leid“. Ich staune nicht schlecht über die Bekanntheit der beiden Kollegen. Manfred erzählt mir, dass sie hier oft scherzhaft mit „Toto und Harry“ angesprochen werden und es sofort auffällt, wenn das Duo nicht komplett ist. Das glaube ich sofort.

Alles unter einem Dach

Es ist elf. Bernd hat sich eine Spritze gegen die Schmerzen geben lassen. Nein, sein Dienst ist nicht zu Ende, er macht weiter, als wenn nichts wäre. Zwischenzeitlich sind die Straßen spiegelglatt und es sind kaum Fußgänger unterwegs. Der Schutzbereichsleiter gibt die Weisung raus, dass kein Funkstreifenwagen mehr

zistin in der Gemeinde Pritzerbe, zu einer weiteren Fahrerermittlung. Claudia hält zwei „Blitzerfotos“ in der Hand. Der Fahrer ist eindeutig männlich, das Fahrzeug ist auf eine Frau zugelassen. In einer ruhigen Reihenhaussiedlung stehen wir wieder vor einem Briefkasten. Der Name passt, Claudia klingelt. Ein kurzes Gespräch und auch diese Fahrerermittlung ist geklärt. Es war der Ehemann, auch wenn dieser den Verstoß nicht zugibt. Claudia bekommt beim Einwohnermeldeamt ein Foto vom Ehemann, welches sie dem Vorgang beifügt. Erledigt.

Wir fahren zurück nach Brandenburg. Manfred beobachtet einen PKW-Fahrer, der falsch abbiegt. Er fährt hinterher und hält den Fahrer an. Ein kurzes Gespräch, ein Verwarngeld und



Dienstbeginn in der Polizeiwache



Gespräch mit dem Schulleiter

fahren soll, wenn dies nicht unbedingt notwendig ist. Wir sind im Sicherheitszentrum im Zentrum von Brandenburg a.d.Havel. Hier sitzen die Verkehrsbetriebe, Vertreter des Ordnungsamtes und die Polizei unter einem Dach. So können dienstliche Probleme zeitnah und unkompliziert ausgetauscht werden. Bürger können wochentags von 8 bis 20 Uhr ihre Fragen stellen oder Anzeigen aufgeben. Wenn jetzt noch ein Drucker vorhanden wäre, wäre der Service in dieser Einrichtung wohl perfekt.

Dreiviertel eins, Manfred und ich fahren jetzt mit Claudia Ritter, Revierpoli-

der Fahrer darf weiterfahren. Auch wir fahren weiter, zurück zur Wache, denn es ist Feierabend.

Mein Fazit dieses Tages: Ich habe zwei Repos getroffen wie sie im Buche stehen. Sie kennen ihren Bereich und wissen, wo die Brennpunkte sind. „Manne“ und Bernd machen ihre Arbeit mit Herz und Seele und das kommt an. Ihre Bürger kennen, respektieren und vertrauen ihnen. So soll es sein – sie sind Polizisten zum Anfassen.

■ KATHRIN ORTLIEB-SCHERN
INFO110-CHEFREDAKTEURIN

Revierpolizei im ländlichen Raum

info110-Gespräch mit „Landrepo“ Ronald Hilsky

Landrepo vs. Stadtrepo: Welche Unterschiede gibt es?

Revierpolizisten sind in der Stadt, aber auch im ländlichen Bereich tätig. Im Durchschnitt betreut jeder von ihnen rund 4.500 Bürger. Doch sind die Aufgaben aller Repos identisch und vergleichbar? **info110** sprach mit Ronald Hilsky, Revierpolizist in Kloster Lehnin im Schutzbereich Brandenburg, und wollte wissen, ob es etwas gibt, was ihn als typischen „Landrepo“ von seinen Kollegen in der Stadt unterscheidet.



*Ronald Hilsky,
Repo in Kloster
Lehnin*

info110: Herr Hilsky, gibt es etwas, was Sie von Ihren Repo-Kollegen in der Stadt unterscheidet?

Ronald Hilsky: Die Arbeit eines Landrepos steht viel mehr im Fokus der Bürgerinnen und Bürger, da der Landbereich auf Grund des Kräftemangels seit rund zwei Jahren nicht mehr regelmäßig durch den Wach- und Wechseldienst bestreift wird. Somit ist der Polizist, den die Bürger wahrnehmen, eben hauptsächlich der „Landrepo“. Durch ihn werden praktisch alle Facetten der polizeilichen Tätigkeit wahrgenommen.

Während der Stadtrepo zum Teil von den Bürgern für einen Polizisten des Wach- und Wechseldienstes gehalten wird, ist der Landrepo den Einwohnern der ländlichen Gemeinden gut bekannt. Zum Teil wissen die Bürger auch, wo

der Revierpolizist wohnt und holen sich bei ihm zu Hause Hinweise oder teilen Straftaten, wie etwa Einbrüche, mit.

Hier ist der ABV, wie es ihn zu Zeiten der DDR gab, den Bürgern noch bekannt – sie sehen den Repo oft als ABV. Dies hat durchaus Vorteile; der Landrepo erfährt im Allgemeinen viel mehr von den Bürgern. Es ist vermutlich für die Bürger leichter, jemandem, den sie persönlich kennen, dienstliche Informationen zu geben.

„Es kommt schon mal vor, dass man den privaten PKW nutzt, um einen Einbruch aufzunehmen.“

Während der Stadtrepo einen von der Fläche her überschaubaren Bereich hat, muss der Landrepo weite Strecken in seinem Bereich zurücklegen. Im Fall der Gemeinde Kloster Lehnin sind es ca. 200 km². Dazu kommt noch der Bereich der Gemeinde Groß Kreuz mit ca. 100 km², somit fahren wir 4 Repos in einem Bereich von ca. 300 km² mit einem Funkstreifenwagen. Ein weiterer Fustkw steht uns nach dem Fahrzeugschlüssel nicht zu. Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im ländlichen Bereich ist selten zweckmäßig. Daher kommt es schon mal vor, dass man den privaten PKW nutzt, um zum Bürger zu fahren und einen Einbruch aufzunehmen.

Warum sind Sie Revierpolizist auf dem Land geworden?

Hilsky: Ich habe eine Frau „vom Lande“ kennengelernt, geheiratet und bin aufs Land gezogen. Hier lernte ich das Landleben kennen. Ich wollte mich als

Polizist in dem Bereich einbringen, in dem ich auch wohne. So kann ich auch dafür sorgen, dass der Bereich für meine Familie und die Anwohner etwas sicherer wird. Außerdem ist der Kontakt auf dem Land einfach persönlicher.

Für wie viele Bürger sind Sie zuständig?

Hilsky: Ich bin für 5.766 Bürger aus fünf Ortsteilen der Gemeinde Kloster Lehnin zuständig. Für die übrigen neun Ortsteile mit 5.804 Bürgern ist mein Kollege verantwortlich. Jedoch arbeiten wir in allen Ortsteilen gemeinsam.

Welche Sorgen haben die Bürger, mit welchen Problemen kommen Sie zu Ihnen?



Die Bürger kommen mit all ihren Sorgen und Nöten zu uns. Ob es sich um die landwirtschaftlichen Fahrzeuge handelt, welche zu schnell durch die Gassen fahren, der Nachbar, der schon wieder zu laut feierte oder die LKW, welche durch gesperrte Straßen fahren. Ältere Bürger kommen und fragen, wie sie sich auf Kaffeefahrten verhalten sollen. Natürlich gibt es auch Strafanzeigen vom Diebstahl bis zur sexuellen Nötigung.

Gibt es eine besondere Zielgruppe für den „Landrepo“?

Hilsky: Der Landrepo ist natürlich für jede Zielgruppe da, jedoch wird das Augenmerk verstärkt auch auf die Kinder und Jugendlichen gelegt. Denn diese können sich meist nicht selbst schützen. Das geht von Besuchen in Kitas,

der Sicherung des Schulweges, Kontrollen der Fahrräder und öffentlichen Verkehrsmitteln auf den ordentlichen Betriebszustand bis hin zu Gesprächen in den Schulen und auch in den jeweiligen Freizeiteinrichtungen. Unser Ziel ist es, den Kindern eine sichere Zukunft in unserer Gemeinde zu gewährleisten.

Welche besonderen Eigenschaften muss der Repo auf dem Land mitbringen?

Hilsky: Er muss viel Einfühlungsvermögen haben und kommunikativ sein. Vor allem muss er ein erhebliches organisatorisches Talent haben. Denn er kann nicht mal eben in die Wache fahren, um dort eine Anzeige zu schreiben. Die Fahrt zur Wache dauert in der Regel eine halbe Stunde.

Auf Grund der Größe des Bereiches sowie der derzeit noch fehlenden Tech-

nik (Laptop mit UMTS und Drucker) und des fehlenden Streifenwagens muss man sich den Ablauf des Tages schon sehr gut organisieren, also z.B. Ermittlungen und Veranstaltungen.

Würden Sie den Beruf Repo im ländlichen Bereich wieder wählen?

Hilsky: Ja, ich würde diesen Beruf auf jeden Fall wieder wählen.

Trotz der noch fehlenden Technik und des fehlenden Fustkw, welchen man von der etwa 30 Kilometer entfernten Wache holt, und dem damit verbunden zeitlichen Mehraufwand von rund zwei Stunden am Tag, macht mir die Tätigkeit viel Spaß. Ein Streifenwagen-Standort in Postennähe im Zuständigkeitsbereich wäre für uns aber schon sehr sinnvoll und würde uns das Leben leichter machen.

„Entschuldigung, kennen wir uns?“

Repo-Bekanntheitsgrad lässt zu wünschen übrig

91 Prozent der Brandenburger kennen „ihre“ Polizeiwache, aber nur knapp ein Drittel kennt seinen zuständigen Revierpolizisten. Das ergab eine im Jahr 2008 durchgeführte Bürgerbefragung, die durch das Ministerium des Innern in Auftrag gegeben wurde. Damit hat sich der Bekanntheitsgrad der rund 550 Brandenburger Repos im Vergleich zu einer Umfrage aus dem Jahr 2003 von 27 auf 24 Prozent verschlechtert.

Der Repo wird allgemein als Bindeglied zwischen der Polizei und Bürger beschrieben. Warum also sind die Repos verhältnismäßig wenig bekannt? Diese Frage kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Welche Möglichkeiten gibt es, Revierpolizisten im Land bekannter zu machen? Die folgenden, nicht abschließend aufgeführten Maßnahmen zeigen, was dazu bereits jetzt in verschiedenen Bereichen der Polizei Brandenburg durchgeführt wird:



- Bekanntmachung in den lokalen Medien bei Aufgabenübernahme, Veränderungen und Ruhestand
- Teilnahme an den Sitzungen in den Verwaltungen und an ausgewählten Veranstaltungen der Kommunen
- Verteilen von Visitenkarten und Flyern im Zuständigkeitsbereich (auch über die Briefkästen!)
- Anbringen von Informationen an öffentlichen Aushängen
- Persönliche Vorstellung bei den Unternehmen und Einrichtungen mit BAO- oder DAGO- Bezug sowie regelmäßige Kontaktaufnahme (DAGO: Datei mit Informationen zu gefährdeten Objekten)
- Kontakt mit Trägern öffentlicher Belange
- Schulpartnerschaften und Ordnungspartnerschaften
- Veröffentlichung im Internet mit Bild und Erreichbarkeit

Märkische Oderzeitung

Mit „mobiler Wache“

Sabine Haack ist die neue Revierpolizistin im Bereich Märkische Schweiz

VON ANETT ZIMMERMANN

Garzau-Garzin/Rehfelde (MOZ) Sabine Haack ist die neue Revierpolizistin im Bereich Amt Märkische Schweiz. Ihr Dienstzimmer würde sie allerdings gern von Garzau nach Rehfelde verlegen. Weil sich das wohl nicht so schnell realisieren lässt, will sie Bürgersprechstunden in der mobilen Wache anbieten.

Die Nachricht über die neue Revierpolizistin war schon bei der jüngsten Gemeindevertreterversammlung in Rehfelde interessiert zur Kenntnis genommen worden. Zumal Bürgermeister Reiner Donath auch darüber berichtete, dass Sabine Haack gern Sprechstunden im Ort anbieten würde. Das bestätigte die Polizeikommissarin jetzt auch im MOZ-Gespräch. Hintergrund sei, dass das Dienstzimmer in der Garzauer Alten Heerstraße doch etwas abseits liegt. „Deshalb haben wir uns bereits an den Amtsdirektor Rolf-Dietrich Dammann gewandt“, ergänzt Ines Grune, Regionalkoordinatorin der „Repos“ in der Strausberger Wache.

Sie freut sich, dass Sabine Haack seit April den Schutzbereich Märkisch-Oderland verstärkt. Die ersten Monate war die 38-Jährige, die zuvor in Eberswalde arbeitete, in Rüdersdorf eingesetzt. Drei Revierpolizisten sind dort Ansprechpartner für 16 000 Einwohner. Im Amt Märkische Schweiz ist Sabine Haack nun allein für 9200 Menschen zuständig. Ihr Vorgänger Jürgen Siewert ist in



Die Neue im Revier: Sabine Haack (r.) ist seit Anfang November nalkoordinatorin Ines Grune an einem Mercedes-Transporter, der

zwischen mit anderen Aufgaben im Schutzbereich betraut.

„Auch wir haben einige Dinge übernommen, die zuvor über die jeweiligen Polizeipräsidien gelaufen sind“, erläutert Sprecher Thomas Wendland, unabhängig davon, dass personelle Wechsel bei Revierpolizisten ebenfalls nichts Ungewöhnliches sind. Bei Jürgen Siewert, noch dazu

in Müncheberg zu Hause, könnte man fast meinen, genau das Gegenteil war der Fall.

Schließlich war er bereits 1994 als Revierpolizist in der Märkischen Schweiz tätig. Sechs Jahre dauerte seine erste „Amtszeit“, zuletzt waren es noch einmal vier Jahre. Auch deshalb nutzt er jetzt die Gelegenheit, sich für die gute Zusammenarbeit bei Bür-

Lokalseiten mit vielen „Repo-Zeilen“

Auf Lokalseiten ist die Arbeit der Revierpolizei ein beliebtes Thema. Das obenstehende Beispiel aus der Märkischen Oderzeitung vom 4. Januar 2011 zeigt, warum das so ist.

Der Alltag von Revierpolizisten ist eine Summe von Bürgerkontakten in der Region. Es geht um lebensnahe und für den Leser nachvollziehbare Polizeiarbeit. Die Orte, Situationen

he“ zum Markttag

Schweiz / Ihr Dienstzimmer würde sie gern nach Rehfelde verlegen



mehr Sinn machen, ist sie sich mit Ines Grune einig. Der Gedanke sei jedenfalls auf offene Ohren gestoßen. Auch, wenn dieser sich möglicherweise aufgrund des anstehenden Umbaus des Gebäudekomplexes zum schon jetzt sogenannten Bürgerzentrum nicht kurzfristig umsetzen lässt.

Doch da hat sich Sabine Haack bereits etwas anderes einfallen lassen. Schließlich verfügt die Strausberger Wache seit Kurzem über einen Mercedes-Transporter, der als mobile Wache gedacht ist. „Der fällt wegen seiner Größe natürlich auf“, meint Ines Grune. Sobald es etwas wärmer ist, will Sabine Haack das Fahrzeug nutzen, um auch in anderen Orten – zum Beispiel an Markttagen – präsent zu sein. In Waldsiefersdorf hat sie unterdessen bereits eine Gemeindevertreterversammlung besucht.

Die gebürtige Greifswalderin ist übrigens in Strausberg aufgewachsen und bis heute in der Stadt zu Hause. In ihrer Freizeit leitet sie die Ortsgruppe der Wasserwacht.

für den Bereich Amt Märkische Schweiz zuständig, hier mit Region als mobile Wache genutzt werden soll. Foto: MOZ/Anett Zimmermann

gern, Einrichtungen und Verwaltung zu bedanken.

An dieses Miteinander hat Sabine Haack nahtlos anknüpfen können. „Das ist schon etwas anders als in einer Großgemeinde wie Rüdersdorf“, hat sie festgestellt. „Die Leute grüßen zurück und suchen auch das Gespräch.“ Dabei sei ihr aufgefallen, dass manche Rehfelder gar

nicht wissen, dass sie einen Revierpolizisten vor Ort haben. Und das, obwohl die Sprechzeiten in jeder Ausgabe des Amtsblatts veröffentlicht sind.

Mit Blick darauf, dass Rehfelde mit 4500 Einwohnern die größte Gemeinde im Amt Märkische Schweiz ist, würde ein Dienstzimmer – noch dazu in der Außenstelle der Amtsverwaltung –

Dienstzimmer Märkische Schweiz: Alte Heerstraße 97 in Garzau, Telefon/Fax 033435 75449 (mit Anrufbeantworter). Sprechstunden: Dienstag 15 bis 18 Uhr. Die Polizeiwache Strausberg befindet sich in der Wriezener Straße 9, Telefon 03341 330-0. Kontakt können Bürger auch über die Internetsuche aufnehmen (www.internetwache.brandenburg.de). In Notfällen gilt natürlich der Notruf 110.

und nicht selten auch Personen sind bekannt. Das reizt zum Lesen. Wirklich „runde“ Beiträge leben dabei von der engagierten Arbeit und dem bürgerorientierten Berufsverständnis

der betreffenden Beamtinnen und Beamten. Im Amtsbereich Märkische Schweiz konnte da gepunktet werden. Bei den Lesern, aber offenbar auch der Redakteurin.

Trotzdem ist das Repo-Mobil natürlich eher ein „mobiles Büro“ und soll nicht die Wache ersetzen.

Polizei und Ordnungsamt: Gemeinsam präsent

Sicherheitszentrum hat sich in Brandenburgs
Innenstadt als zentraler Anlaufpunkt für Sicherheit
und Ordnung etabliert

Seit mehr als sieben Jahren gibt es die gemeinsamen Streifen zwischen Revierpolizei und Ordnungsamt in der Stadt Brandenburg an der Havel. Um diesen begrüßten Bürgerservice nicht nur temporär anzubieten, wurde ab dem Jahr 2008 der Gedanke eines zentral gelegenen, gemeinsamen Anlaufpunktes für alle Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Brandenburg an der Havel verfolgt. Das Vorhaben ist im Schutzbereich Brandenburg unter Einbindung der Stadtverwaltung bearbeitet worden.



Erhöhte Präsenz in der Innenstadt

Am 1. Oktober 2009 nahm in Brandenburg an der Havel in der Steinstraße 66/67 das gemeinsame Sicherheitszentrum von Polizei und Ordnungsbehörde offiziell seinen Betrieb auf. Damit wurde auf der Grundlage einer zuvor erarbeiteten Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der Polizei des Landes Brandenburg ein fest definierter Bereich der Innenstadt mit erhöhter Präsenz durch beide Dienststellen geschaffen.

Neben der Fortführung der gemeinsamen Streifen sind die Polizei und das Ordnungsamt werktags in der Zeit von 9 bis 20 Uhr und an den Samstagen von 9 bis 16 Uhr für den Bürger erreichbar. Anlassbezogen ist das Sicherheitszentrum aber auch Anlaufpunkt bzw. Informations- und Auskunftsstelle für Teilnehmer von Veranstaltungen, Besuchern und

Gästen der Stadt sowie Einsatzkräften. Beispielhaft seien hier die Weihnachtsmannparade, das Havelfest und die Eröffnung der St.-Annen-Galerie erwähnt.

Die Präsenz der Polizei im „Front Office“ erfolgt zu Schwerpunktzeiten und wird zum überwiegenden Teil durch den Revierdienst abgedeckt. Darüber hinaus halten fünf Revierpolizisten, deren Bereiche teilweise dem territorialen Zuschnitt des Sicherheitszentrums angehören bzw. an ihn angrenzen, in den

Neben der Einsatzbewältigung vor Ort suchten rund 600 Personen das Sicherheitszentrum auf, um Hinweise zu geben, Informationen zu erfragen, sich rechtliches Gehör zu verschaffen oder eine Anzeige aufzugeben.

Mit Hilfe einer offensiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit etablierte sich das Sicherheitszentrum sehr schnell bei den Brandenburger Bürgern und den Besuchern der Stadt. So wird zum Beispiel im ÖPNV bei den Haltestellen-



Bürgergespräch mit Revierpolizistin Claudia Ritter

Räumlichkeiten ihre Bürgersprechstunden ab. Somit konnte ein Dienstzimmer der Revierpolizei im Innenstadtbereich aufgegeben werden.

Auch Beamte des Wach- und Wechseldienstes, der Fahrradstreife und anderer Organisationsbereiche nutzen bei ihrer Dienstverrichtung im Innenstadtbereich das Sicherheitszentrum für administrative Arbeiten.

Kürzere Interventionszeiten

Seit der Eröffnung bis zum Jahresende 2010 zählte die Polizei im Bereich des Sicherheitszentrums 1.712 Einsatzmaßnahmen.

Etwa die Hälfte davon ereigneten sich innerhalb der Öffnungszeiten und wurden zum überwiegenden Teil zeitnah durch Beamte aus dem Sicherheitszentrum oder durch Beamte des WWD, die sich im örtlichen Bereich des Sicherheitszentrums befanden, abgearbeitet. Dadurch kam es zu einer deutlichen Reduzierung der Interventionszeiten, was von vielen Bürgern positiv registriert wurde.

durchsagen das Sicherheitszentrum mit erwähnt. Somit entwickelte sich die Einrichtung aus heutiger Sicht zu einem Garant für Sicherheit und Ordnung in der Innenstadt, was auch die zahlreichen positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung belegen.

Neue Qualität der Kooperation

Mit der Einrichtung des Sicherheitszentrums wurde nach langjähriger, vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt eine neue Qualität in der Koordination der verschiedenen Zuständigkeiten erreicht. Kommunikationswege wurden verkürzt, was durch Mitarbeiter als sehr positiv bewertet wird und dem gelebten Servicegedanken beim Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht. Eine gemeinsame, sichtbare Präsenz von uniformierten Ordnungskräften beider Dienststellen sowie das abgestimmte Handeln im Frontoffice des Sicherheitszentrums schweißen eben zusammen!

■ MARIO FUCHS, PW BRANDENBURG
KOORDINATOR REVIERPOLIZEI



Revierpolizei aus Sicht eines Ordnungsamtes

Das Beispiel Treuenbrietzen



Gemeinsame Streifen im Stadtgebiet

Die Stadt Treuenbrietzen ist in der glücklichen Lage, für ihren Einzugsbereich über einen ständigen Polizeiposten zu verfügen. Polizeihauptmeister Lothar Schäfer ist seit 1981 für die Sicherheitsbelange der Bevölkerung von Treuenbrietzen mit verantwortlich. Er genießt bei den Bürgern von Treuenbrietzen ein hohes Ansehen, was sich in der Akzeptanz der polizeilichen Arbeit widerspiegelt.

Das Ordnungsamt Treuenbrietzen ist mit den Mitarbeitern Angela Bremer, Jens Heinze und der Führungskraft Ralf Gronemeier besetzt. Der Standort befindet sich seit 1981 im Rathaus der Stadt. Seit 2006 arbeiten das Ordnungsamt Treuenbrietzen und Repo Lothar Schäfer Tür an Tür.

Der Repo ist immer dabei

Auf Grund der räumlichen Nähe zwischen Polizei und Ordnungsamt hat sich über die vergangenen Jahre eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt. So ist es möglich, Probleme, Gefahren aber auch Auskunftersuchen zeitnah und mit dem notwendigen Sachverstand zu bewältigen bzw. abzuarbeiten. Dadurch wuchs kontinuierlich das Vertrauen der Bürger zum Polizeiposten Treuenbrietzen und dem Ordnungsamt. So ist Schäfer

bei den Dienstberatungen im Bereich des Ordnungsamtes anwesend und wird bei ordnungsrechtlichen Problemen unmittelbar mit einbezogen.

Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden insbesondere die Schulwegsicherung, die Spielplatzkontrolle, die Gefahrenabwehr im Bereich des Ordnungsamtes und die Überführung von Schulverweigerern zu den betreffenden Schulen. Aber auch die Information der Bevölkerung über Verkehrsmaßnahmen, Absprachen mit Rettungskräften wie der Freiwilligen Feuerwehr und vorbeugende Maßnahmen im Jugendschutz nehmen einen breiten Raum bei der täglichen Zusammenarbeit ein.

Angela Bremer ist derzeit verantwortlich für die Überwachung des ruhenden Verkehrs. Um nicht nur die Kontrollen als Bestandteil der regelmäßigen Verwaltungsarbeit durchzuführen, werden in den frühen Morgen- aber auch Abendstunden gemeinsame Streifen mit Schäfer durchgeführt. Dabei kommt es auch vermehrt zu Fahrradkontrollen. Diese gemeinsame Präsenz von Ordnungsamt und Polizei wird von den Bürgern in Treuenbrietzen als sehr positiv angesehen.

In der Stadt finden jährlich mehrere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen statt. Bereits bei der Vorbereitung und Durchführung ist Lothar Schäfer



Von Schulwegsicherung bis Verkehrsüberwachung

aktiv dabei und wird mit eingebunden. Sein polizeilicher Sachverstand, die Vorschläge, Hinweise aber auch Einwände sind sehr gefragt und tragen maßgeblich zu einem erfolgreichen Verlauf der Veranstaltungen bei.

Durch den Landkreis Potsdam Mittelmark findet alle zwei Jahre eine Verkehrsschau statt. Daran beteiligt sind auch der Schutzbereich Brandenburg, das Ordnungsamt Treuenbrietzen und Kollege Schäfer.

Stadt: Revierposten muss bleiben

Verwaltungsaufgaben können auf Grund der räumlichen Nähe kurzfristig erörtert und gelöst werden. So kann der Revierpolizist auf melderechtliche Einträge zugreifen und erhält zeitnah ordnungsbehördliche Informationen bzw. Unterstützung bei seinen Aufgaben. So unterstützt das Ordnungsamt bei Straßensperrungen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen bzw. unvorhersehbaren Gefahrensituationen im öffentlichen Verkehrsraum. Auch in der Polizeiwache Belzig sind die Mitarbeiter des Ordnungsamtes Treuenbrietzen zum Teil persönlich bekannt, was ein weiterer Garant für eine schnelle und reibungslose Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt ist.

Diese enge Kooperation zwischen dem Polizeiposten Treuenbrietzen, vertreten durch den Repo Lothar Schäfer, und dem Ordnungsamt Treuenbrietzen muss auch zukünftig ein fester Bestandteil der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Region sein. In diesem Zusammenhang ist eine zentrale Forderung von Seiten der Kommune und den Bürgerinnen und Bürgern bei der derzeitigen Leitbilddiskussion 2025 für die Region der Erhalt des Revierpostens in Treuenbrietzen.

■ ANGELA BREMER
ORDNUNGSAMT TREUENBRIETZEN



Im Härtetest: Mobile Repo-Büros



Bewährung in der Praxis: 15 Fahrzeuge für Revierpolizei

Der Revierdienst nimmt im Rahmen der Wachdienstordnung des Landes Brandenburg vielfältige Aufgaben wahr. Insbesondere soll er für den Bürger polizeilicher Ansprechpartner vor Ort sein und durch Präsenz und intensive Kontaktpflege zu einer kundenorientierten und bürgernahen Polizei beitragen. Darüber hinaus bearbeitet er Hinweise und Beschwerden aus der Bevölkerung, überwacht den öffentlichen Verkehrsraum, sichert im Rahmen des ersten Angriffs Gefahrenstellen und kontrolliert Verkehrsunfallbrennpunkte.

Um diesen Aufgaben noch besser gerecht werden zu können, sind geeignete Maßnahmen erforderlich, die dem Revierdienst eine flexiblere Arbeitsgestaltung ermöglichen. Die Revierpolizisten sind bei der Vorgangsbearbeitung und damit der Nutzung von Arbeitsplätzen noch zu einem Großteil vom Standort der jeweiligen Polizeiwache abhängig. Gerade im ländlichen Bereich führt dies aufgrund großer Entfernungen zu längeren Fahrzeiten und höheren Betriebskosten. Lange Aufenthaltszeiten in der Polizeiwache gehen zu Lasten der Präsenz und intensiven Kontaktpflege zu den Bürgern.

Mit der Schaffung von „mobilen Repo-Büros“ in einer optimal auf die Bedürfnisse des Revierdienstes zugeschnittenen Ausstattung soll dazu beigetragen werden, die Arbeitsgestaltung der Revierpolizisten effizienter zu gestalten. Den Schutzbereichen werden dazu 15 speziell umgebaute Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Premiere in Potsdam

Am 28. Oktober 2010 erfolgte die Vorstellung des ersten Musterfahrzeuges als mobiles Repo-Büro im Innenministerium. Der Ausbau erfolgte durch das Servicecenter Technik des ZDPol auf der Basis eines Gruppenkraftwagens Mercedes Benz vom Typ Sprinter.

Im Rahmen dieser Vorstellung wurde das Fahrzeug der Polizeiwache Perleberg, SB Prignitz, zur Nutzung übergeben. Bereits im Vorfeld erfolgte die Einweisung der zukünftigen Nutzer POK'in Melitta Cencarka und PHM Uwe Warner in die Grundfunktionen des Fahrzeuges und der Ausstattung.

Mit den 15 umgebauten Fahrzeugen kann jeder Schutzbereich mit einem mobilen Repo-Büro ausgestattet werden. Bis Ende des Jahres 2010 haben bereits die Schutzbereiche MOL, OS/FF, BAR, OHV, TF, EE, OSL, CB/SPN und HVL ihre Fahrzeuge erhalten. Der Ausbau der übrigen Fahrzeuge durch das Servicecenter Technik ist für Januar/Februar 2011 vorgesehen. →

Die Fahrzeuge sind u.a. mit einer Dockingstation für den Anschluss eines mobilen Arbeitsplatzcomputer (mAPC), einem zusätzlichen schwenkbaren Monitor zur Darstellung des Vorgangs für den Bürger und einem Drucker ausgestattet.

Anstelle des Klapptisches wurde eine feste Arbeitsplatte montiert. Damit ist es dem Revierpolizisten möglich, die Anliegen der Bürger vor Ort weitestgehend unabhängig von Witterungseinflüssen, fast wie in einem festen Büro zu bearbeiten. Die externe Netzeinspeisung sichert dabei die nahezu unbegrenzte Einsatzfähigkeit des Fahrzeuges.

Immer dabei: IT-Anwendungen

Mit der Einführung der mobilen Repo-Büros stehen zukünftig für die Nutzer im Einsatz vor Ort eine Reihe von IT-Anwendungen zur Verfügung. Dazu gehören unter anderem

- der Zugriff auf das E-Mail-Postfach in POL1,
- Intranet mit den Fahndungs- und Informationssystemen sowie den polizeiliche Fachanwendungen ComVor Offline und SCOWI (nach Freigabe),
- SurfPol (Recherche im Internet),
- das P-Laufwerk,
- die standardmäßigen Office-Programme sowie
- die Möglichkeit, Unterlagen bei Bedarf sofort ausdrucken zu können.

Die Nutzung der genannten Anwendungen erfolgt über eine geschützte UMTS/GPRS-Verbindung zum POL1-Netz. Unabhängig davon ist für die Datensynchronisation zwischen dem mobilen Arbeitsplatzcomputer und dem Polizeinetz ein regelmäßiger Anschluss des mobilen Arbeitsplatzcomputer an das Landesverwaltungsnetz erforderlich. Dazu muss der mobile Arbeitsplatzcomputer im Büro an einer fest installierten Dockingstation mit dem Pol1-Netz synchronisiert werden.

Vorsprung durch Technik: Repo-Arbeit erleichtern

Mit diesen mobilen Repo-Büros wurden Einsatzfahrzeuge für den Revierdienst konzipiert, mit denen eine flexible Dienstverrichtung durch Nutzung moderner Technik möglich wird und die Arbeit des Revierdienstes damit künftig noch enger an der Basis – auch in strukturschwachen Räumen – erfolgen kann. Gleichwohl können mit diesen Fahrzeugen konzeptions- und aus-

stattungsbedingt nicht die einsatztaktischen Möglichkeiten eines interaktiven Funkstreifenkraftwagens realisiert werden.

Der Interaktive Funkstreifenwagen ist ergänzend mit einem Multifunktions-PC ausgestattet. Der Multifunktions-PC mit den Anwendungskomponenten Navigation, Video, Auftragsmanagement und Einsatzmittellokalisierung gewährleistet die Interoperabilität mit dem Einsatzleitsystem. Die Zuständigkeitsübergreifende Einsatzkoordination durch die Leitstelle wird unterstützt und die Eigensicherung erhöht.

- STEPHAN ERNST, ZDPOL, ARBEITSGRUPPENLEITER KRAFTFAHRZEUG-/MULTIMEDIA-TECHNIK
- MICHAEL SCHÜLER, ZDPOL, PRODUKTMANAGER KRAFTFAHRZEUG-TECHNIK
- UDO ANTONICEK, PROJEKTLEITER INTERAKTIVER FUNKSTREIFENWAGEN



Probesitzen: Melitta Cencarka und Uwe Warner

Nachgefragt

„Repo-Mobil“ in der Praxis

Die Revierpolizisten **Melitta Cencarka** und **Uwe Warner** arbeiten im Revierdienst in der Gemeinde Karstädt (SB Prignitz). Sie haben am 28. Oktober 2010 das erste mobile Repo-Büro übernommen. **info110** fragte nach den ersten Erfahrungen aus der Praxis.

info110: Wie viele Kilometer sind Sie bereits mit dem neuen Fahrzeug gefahren? Hat es sich bewährt?

Uwe Warner: Die erste Winterzeit wurde für dieses Fahrzeug auch gleich zur Bewährungsprobe. Bei einer Laufleistung von ca. 5.000 Kilometern im Zeitraum bis zum Jahresende 2010 haben sich das Fahrzeug und seine Ausstattung im Praxistest bei allen wahrzunehmenden Aufgaben grundsätzlich bewährt. Wir konnten es dauerhaft und ohne technische Probleme nutzen.

info110: Wie wurde das neue Fahrzeug von den Bürgern aufgenommen?

Melitta Cencarka: Die Bürger, in der Regel Geschädigte einer Straftat oder ei-

nes Verkehrsunfalls, empfanden es als sehr angenehm, die erforderlichen Angaben im Sitzen, in einem beheizten und vor Wind und Wetter geschützten Abteil machen zu dürfen. Das ist schon ein wesentlicher Vorteil der Transporterklasse.

info110: Wie ist Ihr erster Eindruck, gibt es Verbesserungsvorschläge?

Uwe: Da es sich um einen umgebauten Gruppenwagen handelt, ist das Fahrzeug natürlich schon etwas groß. Für zukünftige Fahrzeuge mit diesem Einsatzzweck wäre die Größe eines VW T5 oder Mercedes Vito ausreichend. Gerade im ländlichen Raum wäre ein Vorderradantrieb des Fahrzeuges mit ähnlicher technischer Ausstattung zweckmäßiger als in der jetzigen Variante.

Technisch aufgerüstet: Repos bekommen UMTS-Notebooks

Einige Revierpolizisten haben sie schon, andere bekommen sie noch – mobile Arbeitsplatzcomputer mit UMTS-Karten. Die Ausstattung ist derzeit im vollen Gange und soll bis Ende des 1. Halbjahres 2011 abgeschlossen sein.

Jeder der rund 550 Repos bekommt damit sein eigenes Notebook (Eigenschaften siehe Infokasten), das mit einer zusätzlichen UMTS-Karte ausgestattet ist. Künftig können sie so während ihrer Arbeit außerhalb der Büroräume auf alle relevanten Informationssysteme zugreifen. Durch diese mobile Lösung sind die Beamten nicht nur unabhängiger von stationären Lösungen, sie sind auch in der Lage den größten Teil der Schreivarbeiten direkt vor Ort abzuschließen.

Vorteil: Einmalerfassung

Die Einmalerfassung stellt einen enormen Effizienzvorteil dar. Erforderliche Daten können gleich vor Ort überprüft, Anzeigen geschrieben und Vorgänge ausgedruckt werden. So gehört das Aufschreiben und spätere Übertragen aller relevanten Daten hoffentlich bald weitgehend der Vergangenheit an.



im Repo-Mobil

Um gerade den älteren Bürgern den Einstieg zu erleichtern, könnte man z.B. die Fahrzeuge mit einem Tritt oder einer ausklappbaren Stufe ausstatten. Hier und da gibt es noch einige Kinderkrankheiten, die aber geheilt werden können.

info110: Alles in allem: Wie lautet Ihr Fazit?

Melitta: Das Fahrzeug wird von uns selbst, den Bürgern und auch allen anderen, die mit ihm in Kontakt kamen, positiv bewertet und als sinnvolle Bereicherung des Fuhrparks der Polizei angesehen. Ein Dienstzimmer der Revierpolizei ersetzt es aber keinesfalls.

Uwe: Da schließe ich mich an. Ein Fahrzeug der Transporterklasse und das eigentliche Herzstück, der mAPC plus UMTS – Steckkarte mit seiner vielseitigen Nutzung, das ist für uns ein enormer Fortschritt.



Gut gekleidet für alle Fälle

Braucht der Revierpolizist eine Tuchuniform?

Das Einführungskonzept zur blauen Uniform sieht für die Erstausrüstung drei verschiedene Nutzergruppen der Uniform vor – Außendienst, Innen-/Stabsdienst und Führungskräfte. Die Revierpolizisten wurden der Gruppe des Außendienstes zugeordnet.



Mario Fuchs,
Koordinator
Revierpolizei,
Polizeiwache
Brandenburg

Doch ist diese Erstausrüstung ausreichend oder sollten die Revierpolizisten in Zukunft auch eine Tuchuniform erhalten? Gleich mehrfach wurde Innenminister Dietmar Woidke bei seinen Schutzbereichsbereitungen auf dieses Thema angesprochen.

Der Tenor vieler Repos: Beim Bürgermeister oder in der Gemeindevertretung repräsentieren wir die Polizei des Landes Brandenburg – aber angemessen gekleidet sind wir dafür nicht.

Das wollte die **info110** genauer wissen. Wir haben deshalb bei einem Koordinator Revierpolizei nachgefragt.

info110: Herr Fuchs, wieso braucht der Repo Ihrer Meinung nach auch eine Tuchuniform?

Mario Fuchs: Der Repo ist das Bindeglied zwischen der Polizei und den kommunalen Vertretern. Er wird zu Neujahrsempfängen eingeladen, ist auf Kranzniederlegungen zugegen oder bei Veranstaltungen mit Bürgermeistern, Amtsdirektoren, Ordnungsamtsleitern und Gewerbetreibenden eingeladen, also mit den Repräsentanten ihrer jeweiligen Ebene. Alle Teilnehmer sind dabei gutbürgerlich gekleidet, eben dem Anlass entsprechend – nur der Repo nicht. Vom Repo wird erwartet, dass er in Uniform die Polizei repräsentiert. Dafür brauchen wir die Tuchuniform.

info110: Sie gehen also mit Cargo-hose, ohne Krawatte und mit einem Hemd, bei dem der obere Knopf offen bleibt, zum Neujahrsempfang?

Mario Fuchs: Ja, genauso ist es. Wir haben ja keinen Binder, kein Sakko und keine Kombi-Hose. Uns fehlt die komplette Tuchuniform. Für mich persönlich kommt noch hinzu, dass ich als Repo-Koordinator den Wachenleiter der Polizeiwache Brandenburg vertrete. Die Anzahl der Anlässe, bei denen man einigermaßen ansehnlich gekleidet sein sollte, ist also noch größer.

info110: Hand aufs Herz, ist Ihnen das peinlich?

Mario Fuchs: Manchmal ja.



Nachgefragt:

Der Inspekteur der Polizei zur Tuchuniform

info110: Revierpolizisten äußern öfters den Wunsch nach einer Verbesserung ihrer Uniformausstattung. Sie argumentieren, dass sie vor Ort schließlich auch dienstlich bedingte repräsentative Verpflichtungen wahrzunehmen haben, dafür aber nicht angemessen ausgestattet sind. Gewünscht wird vielfach eine Ausstattung mit einer Tuchuniform. Wie stehen Sie als Inspekteur zu diesem Anliegen?

Jürgen Jakobs, Inspekteur der Polizei: Die Position und Forderung der Revierpolizei nach einer Tuchuniform zu Repräsentationszwecken kann ich nur unterstützen. Der Revierpolizist repräsentiert bei vielfältigen Gelegenheiten – vom Stadtfest bis zum Auftritt im Gemeinderat – die Brandenburger Polizei. Da sollte in Zukunft auch eine dem Anlass entsprechende Uniform selbstverständlich sein.



*Jürgen Jakobs,
Inspekteur
der Polizei*

Wie sind die Repos ausgestattet?

Jeder Repo wurde im Rahmen der Erstausrüstung mit den folgenden Bekleidungsstücken ausgestattet:

- 1 Schirmmütze
- 1 Polizeikappe (Basecap)
- 1 Strickrollmütze/Stirnband
- 1 Twin-Jacke
- 1 Fleece-Innenjacke
- 1 Softshell-Jacke
- 2 Funktions-Hose, Sommer
- 1 Funktions-Hose, Winter
- 1 Strickjacke
- 1 Strick-Rolli
- 2 Diensthemden, lang
- 3 Diensthemden, kurz
- 3 Poloshirts
- 1 Einsatzgürtel
- 1 Hosengürtel

In der Vergangenheit war das, durch die beschränkt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, nicht sofort bei Einführung der blauen Uniform möglich. Zur vorgesehenen Einführung der neuen funktionalen Dienstbekleidung

„Ich unterstütze die Forderung nach einer Tuchuniform!“

wurde die Projektgruppe „Blau“ – bestehend aus Vertretern des Ministeriums des Innern, der Behörden und Einrichtungen sowie dem Polizei-Hauptpersonalrat – gebildet. Sie legte Art und Umfang der Erstausrüstung fest. Das Ausstattungssoll erfolgte dabei zur Wahrung der Kostenneutralität in drei Kategorien. Ausschlaggebend hierfür war der überwiegende Tätigkeitsbereich der Bediensteten – Außendienst, Stabsdienst, Führungskräfte. Für den Wach- und Wechseldienst sowie den Revierdienst war, aufgrund ihrer überwiegend aus-

geübten Tätigkeit im Außendienst, im Rahmen der Erstausrüstung/Ersteinbekleidung eine Ausstattung mit bestimmten Bekleidungsartikeln, wie z.B. der Tuchuniform, Binder, nicht vorgesehen.

Mit Abschluss der Einführungsphase/Erstausrüstung in 2010 besteht ab 2011 für jeden Bediensteten ohne Einschränkungen die Möglichkeit, alle Artikel der Grundausrüstung im elektronischen Warenhaus, im Rahmen ihres jährlichen persönlichen Budgets zu beziehen.

Darüber hinaus kann, bei Bestätigung der dienstlichen Notwendigkeit, die Ausstattung der Revierpolizisten mit einer Tuchuniform aus den jeweiligen Dienststellenbudgets der Polizeibehörden und -einrichtungen über das elektronische Warenhaus vorgenommen werden.

Misshandlung und Vernachlässigung in der häuslichen Pflege

Ein Thema für die (Revier-) Polizei?

Der Anteil älterer, insbesondere hochaltriger Menschen an der Gesellschaft Deutschlands nimmt stark zu. Die Altersgruppe der 80-Jährigen und Älteren – dazu gehören heute 3,7 Mio. Menschen – wird bis zum Jahr 2050 auf gut 10 Mio. deutlich wachsen. Sie wird damit fast dreimal so groß sein wie heute.

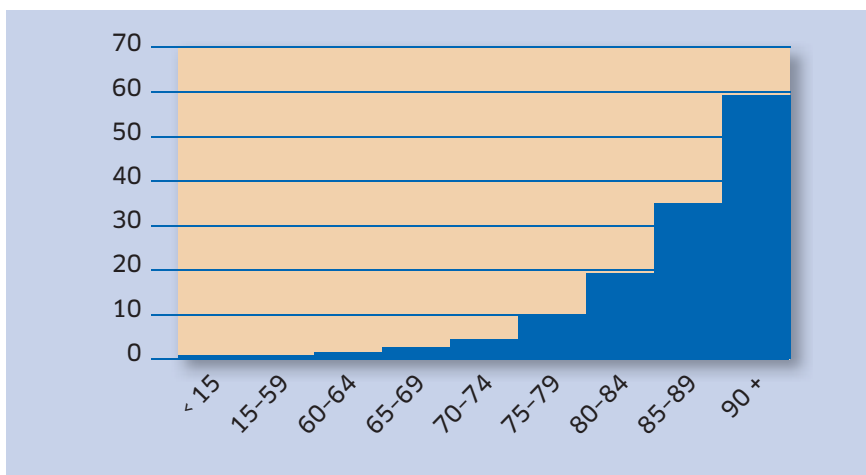


Abb. 1: Verbreitung von Pflegebedürftigkeit nach Alter Ende 2007 (in %; Quelle: Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes)

Auch auf Brandenburg trifft diese Entwicklung zu. War 2006 jeder fünfte Brandenburger im Rentenalter (65 J.+), so wird es im Jahr 2030 bereits jeder dritte sein. In absoluten Zahlen führt dieser Entwicklungstrend zu einem Anstieg der Senioren um fast 260.000 Personen. Allein die Hochbetagten (80 J.+), werden aufgrund der steigenden Lebenserwartung um rund 108.000 Personen zunehmen, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber 2006 darstellt.

Mit steigendem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit zu (siehe Abb. 1). Unter der Voraussetzung, dass die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit in der Zukunft fortbestehen, steigt die Anzahl der Pflegebedürftigen nach dem Pflegeversicherungsgesetz in Deutschland bis zum Jahr 2030 auf insgesamt 3,4 Mio. an; hiervon werden 2,2 Mio. Menschen weiblich und 1,2 Mio. männlich sein. Mit dem Wachstum dieser Bevölke-

rungsgruppe werden somit auch deren spezielle Belange für die Gesellschaft immer bedeutsamer. Mit dem vorliegenden Artikel sollen daher in aller Kürze zwei Fragen angerissen werden:

Wie ist es um das Risiko alter Menschen, Opfer von Gewalt und Kriminalität zu werden, bestellt?

Grundsätzlich gilt: Hell- (z.B. PKS) wie Dunkelfeldaten (basierend auf Bevölkerungsbefragungen) zufolge nimmt die Gefährdung im höheren Alter nicht zu, sondern ab. Dies gilt sowohl für allgemeine Kriminalität als auch für den sozialen Nahraum.

Nur wenige – als solche erkannte – Deliktbereiche weichen von diesem Muster ab; hierzu zählen z.B. Handtaschenraub (obgleich diese Fälle in den letzten Jahren erfreulicherweise rückläufig sind), Misshandlung von Schutzbefohlenen, Mord

in Verbindung mit Raubdelikten sowie fahrlässige Tötung. Allerdings beschränken die grobe Altersdifferenzierung im Erwachsenenalter (21-59 J./60 J.+) und die Begrenzung von Opferdaten auf Gewaltdelikte die Aussagekraft der PKS.

Vertiefende Analysen polizeilicher Daten und Dunkelfeldstudien haben allerdings gezeigt, dass entgegen dem allgemeinen positiven Trend des Rückgangs einer Gefährdung im Alter bestimmte besondere Gefahrenzonen des Alters existieren. Dies hängt u.a. mit Merkmalen zusammen, die mit Pflegebedürftigkeit und Gebrechlichkeit einhergehen und zugleich die „Verletzbarkeit“ Betroffener erhöhen in Bezug auf Tatbegehung, Tatverdeckung sowie Schwere und Dauerhaftigkeit von Tatfolgen.

Wie in Abb. 2 dargestellt, sind hohes Lebensalter, Krankheit, Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit tendenziell mit einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber Viktimisierungsversuchen (Viktimisierung = Opferwerdung) verbunden. Dies resultiert vor allem aus mit hohem Alter zunehmenden Einschränkungen der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, einer erschwerten selbstständigen Bewältigung von Alltagsaufgaben und somit erhöhter Abhängigkeit von Dritten. In der Folge haben Betroffene im Vergleich zu jüngeren Erwachsenen weniger gute Möglichkeiten, einem motivierten Täter zu entfliehen oder sich diesem zur Wehr zu setzen. Oder sie haben aufgrund ihrer geistigen Beeinträchtigung Schwierigkeiten, einen Viktimisierungsversuch oder gar eine vollzogene Viktimisierung als solche zu erkennen. Das Risiko einer Opferwerdung ist somit erhöht.

Zudem besteht seitens Betroffener im Vergleich zu jüngeren Erwachsenen eine reduzierte Fähigkeit, im Falle der Opferwerdung Anzeige zu erstatten oder sich

in anderer Weise selbst um Hilfe und Abhilfe zu bemühen. Die Wahrscheinlichkeit, dass erlebte Straftaten sichtbar werden, ist reduziert – das Dunkelfeld groß.

Darüber hinaus ist die Befragbarkeit hochaltriger Menschen in Dunkelfeldstudien eingeschränkt. Standardisierte Befragungen – schriftlich wie telefonisch – sind von Hochaltrigen meist nicht zu bewältigen, erst recht nicht von denjenigen mit dem größten Opferwerdungsrisiko – den körperlich und geistig beeinträchtigten Menschen. Personen, die in Einrichtungen der Altenpflege leben, werden durch standardisierte Befragungen von vorn herein ausgeklammert. Eher qualitativ ausgerichtete Studien, welche auf persönlich-mündlichen Interviews beruhen,

und eingeschränkter Rationalität (insbesondere soweit es um die Pflege Demenzkranker geht) erwächst. Der Komplex der Misshandlung und Vernachlässigung in der häuslichen Pflege ist ein sehr vielgestaltiges Problemfeld. Vielfach kommt es zu Schädigungen oder Gefährdungen Pflegebedürftiger, ohne dass bei den Pflegenden eine Absicht vorhanden wäre, die pflegebedürftige Person zu schädigen.

Häufig eskalieren auch in grundsätzlich stabilen Pflegebeziehungen Konfliktsituationen bis hin zu verbaler Aggression und körperlicher Gewalt. Seltener, aber für die Betroffenen besonders gravierend, sind jene Fälle, in denen Pflegebedürftige gezielt und auch über einzelne Situationen hinaus ausgenutzt, angegriffen und unange-



Kathrin Rauchert, Dipl.-Rehabilitationspädagogin, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMFSFJ-geförderten Aktionsprogramm „Sicher leben im Alter“ an der DHPol in Münster.

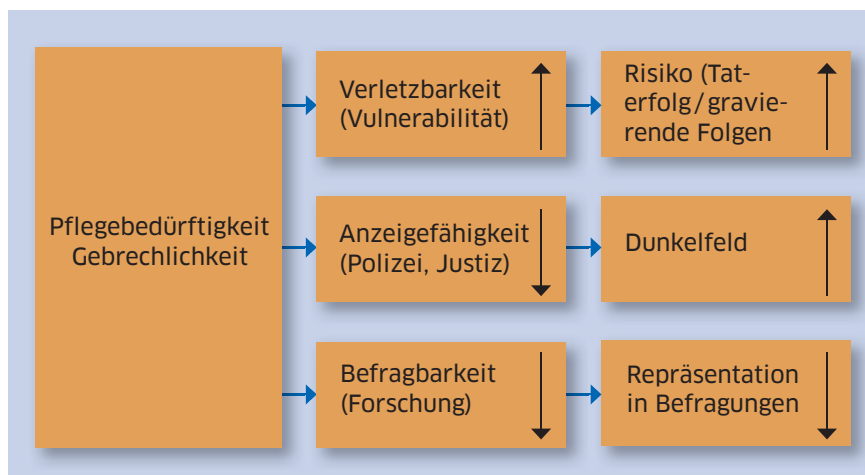


Abb. 2: Multiple, opferbezogene Relevanz von Pflegebedürftigkeit, Gebrechlichkeit (Görgen 2010, 516)

sind schlichtweg zu teuer, bei 85 Jahren ist daher meist Schluss. Diese Faktoren haben zur Folge, dass die Gruppe mit dem größten Viktimisierungsrisiko somit sowohl im Hell- als auch im Dunkelfeld weitestgehend unsichtbar bleibt.

Die Studie „Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen“ (Görgen u.a. 2010) hat sich dieser Problematik angenommen und bestimmte Gefahrenzonen des Alters beleuchtet. Ein großer Baustein der Untersuchung war der Problematik der Misshandlung und Vernachlässigung Pflegebedürftiger im häuslichen Bereich gewidmet. In Deutschland werden laut Pflegestatistik 68 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt; hiervon werden wiederum 2/3 ausschließlich durch Angehörige, d.h. ohne professionelle Hilfe, gepflegt.

Ihrer grundsätzlich helfenden Ausrichtung zum Trotz hat häusliche Pflege ein gewisses Gewaltpotenzial, welches unter anderem aus der Kombination von körperlicher Nähe, Machtunterschieden und Abhängigkeiten, Leiden und Belastungen

messen versorgt werden. Für Fälle der Misshandlung und Vernachlässigung älterer Menschen in der häuslichen Pflege ist von einem beträchtlichen Dunkelfeld auszugehen, da etwaige Taten Personen betreffen, die allenfalls mit großen Einschränkungen in der Lage sind, sich zur Wehr zu setzen, Hilfe zu aktivieren oder Anzeige zu erstatten.

Welche Herausforderungen und Aufgaben ergeben sich in diesem Problemfeld für die Polizei?

Nicht all die in Pflegehaushalten entstehenden problematischen Situationen sind strafrechtlich relevant, insofern nicht per se Angelegenheit der Polizei. Wie beschrieben handelt es sich bei der häuslichen Pflege zudem um einen für Außenstehende schwer einsehbaren und zugänglichen Bereich.

Dies hat zur Folge, dass Polizeibeamte in der Regel nicht die ersten Akteure

sind, die mit solchen Fällen in Berührung kommen. Vielmehr ist die Polizei auf die Unterstützung Anderer angewiesen (z.B. aufmerksame Nachbarn, Pflegedienstmitarbeiter und Hausärzte) um kritische Fälle von Misshandlung/Vernachlässigung aufzudecken. Bei diesen Gruppen bestehen zum Teil große Unsicherheiten und auch Ängste dahingehend, wie mit (Verdachts-) Fällen umgegangen werden soll, welche Taten im strafbaren Bereich liegen und welche nicht.

Insbesondere Revierpolizisten haben aufgrund ihrer Nähe zur Bevölkerung gute Möglichkeiten, auf Basis von Vertrauensbeziehungen beratend oder intervenierend tätig zu werden und damit der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung diesen potenziell „unsichtbaren“ Opfern gegenüber gerecht zu werden.

Prävention und Intervention in Fällen von Misshandlung und Vernachlässigung Pflegebedürftiger kann nur mit pro-aktiven Maßnahmen und in vernetzter Form gelingen. Polizei ist dabei neben einer Reihe von Einrichtungen und Institutionen im Pflege- und Gesundheitsbereich, von Behörden, Gerichten und Beratungsstellen einer von vielen wichtigen Akteuren und sollte für die speziellen Belange und Problemlagen der wachsenden Bevölkerungsgruppe der alten und insbesondere hochaltrigen Menschen sensibel und gewappnet sein.

Literatur:

Görgen, T. (Hrsg.) (2010). *Sicherer Hafen oder gefährvolle Zone? Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben alter Menschen*. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Polizeireform nimmt Gestalt an

Die **info110** wird die Reform „Polizei Brandenburg 2020“ selbstverständlich auch weiterhin ausführlich begleiten. Im Dezember hat der Landtag das Polizeistrukturereformgesetz beschlossen. Wir zeichnen die teils hitzige Debatte aus Sicht aller Fraktionen nach und informieren über die Position von Innenminister Dietmar Woidke. Vollständig dokumentieren wir den Antrag zur Polizeireform, den der Landtag beschlossen hat. Dieser Beschluss ist für das Innenministerium eine wichtige politische Leitlinie bei der weiteren Umsetzung der Reform. Wir finden: Es lohnt, da mal reinzuzucken.

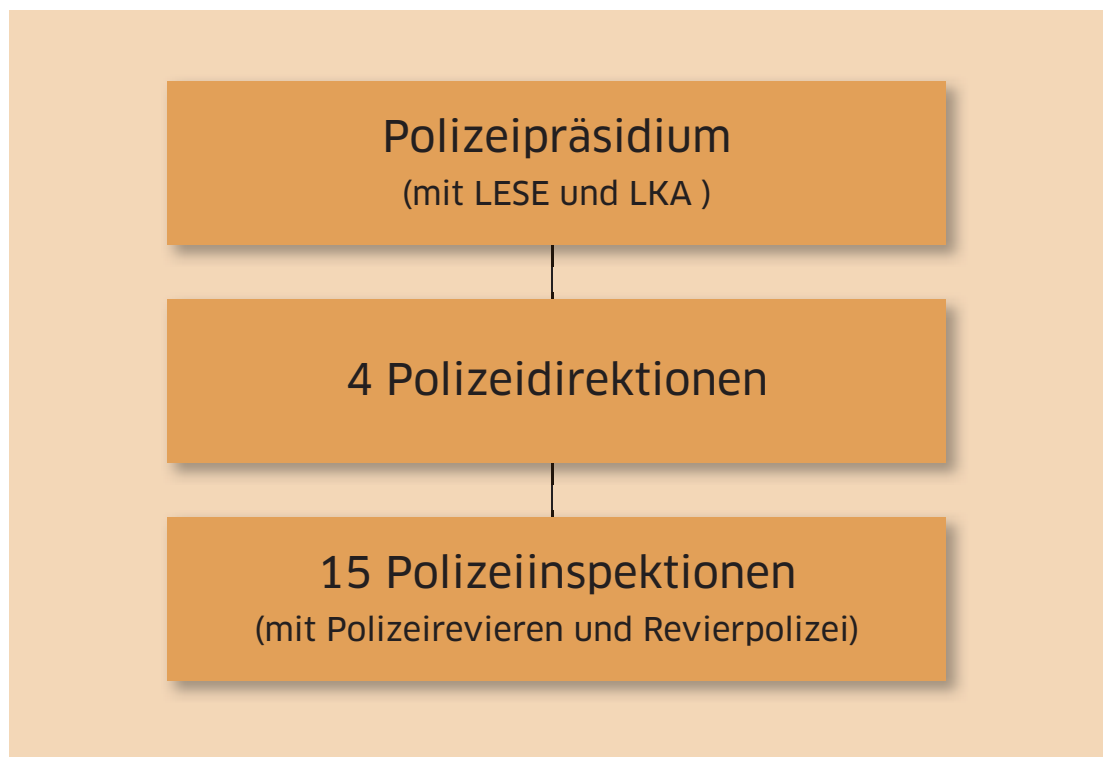
Die Aufbaustäbe haben ihre Arbeit unterdessen aufgenommen. Dazu finden Sie ein ausführliches Interview mit dem Chef des PP-Aufbaustabes, Arne Feuring. Erstmals kommt der Vorsitzende einer Polizeigewerkschaft in der **info110** im Interview zu Wort: Klartext von GdP-Chef Andreas Schuster. Und auch die anderen Polizeigewerkschaften wurden von uns zu ihrer Meinung zum Stand der Reform befragt. Diese Beiträge bieten zusammengefasst kritische, kontroverse und vielfältige Sichtweisen auf den Reformprozess – vom Innenminister über die Fraktionen im Landtag bis zu den Gewerkschaften. Eben: Das volle Programm.



Schließlich werfen wir noch einen Blick über die Landesgrenzen: Denn die Polizei steht nicht allein in Brandenburg vor großen Veränderungen. Auch Sachsen bastelt an einer Reform „Polizei.Sachsen.2020“. Wie ist dort der Stand der Dinge?

Polizei Brandenburg 2020: Die neue Struktur im Überblick

Die bislang bestehenden Polizeibehörden und -einrichtungen mit überwiegend operativen Aufgaben, Polizeipräsidien, Landeskriminalamt und Landeseinsatzeinheit, wurden zum 1. Januar 2011 in das neue Polizeipräsidium integriert. Das Ziel ist, eine einheitliche Verantwortung für die operative polizeiliche Tätigkeit im weiteren Sinne und die damit verbundenen Aufgaben herzustellen.



Schlank: die künftige Polizeistruktur

Die bisherigen Strukturen werden deutlich gestrafft. Der administrative Aufwand muss zugunsten operativer Aufgabenwahrnehmung auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Mit der Reform werden Funktionen und Aufgaben in Führung und Verwaltung abgebaut und sachgerecht zentralisiert. Der Organisationsansatz zielt prinzipiell darauf, Synergieeffekte zu erzielen, Parallelstrukturen abzubauen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Hierzu werden die fünfzehn Schutzbereiche zu den vier (Regional-)Direktionen Nord, Ost, Süd und West mit Sitz in Neuruppin, Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel zusammengefasst. Zentrale Aufgaben der Kriminalitätsbekämpfung und Zentralstellenaufgaben sowie Aufgaben der Einsatzunterstützung werden künftig in zwei Fachdirektionen im Polizeipräsidium gebündelt.

Grundlage der Präsenz in der Fläche sowie der Ansprechbarkeit für Bürger und Partner der Polizei bildet weiterhin

ein dezentrales Dienststellennetz. Abgelöst wird das bestehende System der Polizeiwachen durch eine neue Struktur aus Polizeiinspektionen und diesen nachgeordneten Polizeirevierern. Den Aufbaustäben obliegt es, diesen Rahmen auszugestalten und den Vorgaben entsprechende, trag- und funktionsfähige Strukturen zu entwickeln.

Die Fachhochschule der Polizei und der Zentraldienst der Polizei bleiben als eigenständige Polizeieinrichtungen erhalten.

„Kritische Debatte hat dem Reformprozess sehr gut getan“

Innenminister Woidke im Landtag zur Polizeireform



*Zufrieden und zuversichtlich:
Innenminister
Dietmar Woidke*

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um eine gekürzte und redaktionell leicht bearbeitete Fassung der Rede von Innenminister Dietmar Woidke im Landtag Brandenburg am 16. Dezember 2010.

Das Thema Polizeireform ist in den letzten Wochen und Monaten landauf, landab intensiv diskutiert worden. Diese Diskussion war notwendig und wir werden sie weiter führen. Die offene und kritische Debatte hat dem Reformprozess sehr gut getan. Ich möchte allen danken, die sich konstruktiv eingebracht haben. Dazu zähle ich den Landtag und auch Teile der Oppositionsfraktionen.

Allerdings haben wir auch nach wie vor damit zu kämpfen, dass von einzelnen Oppositionspolitikern versucht wird, Verwirrung und Unsicherheit im Land zu schüren. Trotzdem ist es aber dazu gekommen, dass sich die Debatte um die Polizeireform in den letzten Wochen und Monaten deutlich versachlicht hat.

Gesetz ist gut und konsequent

Was die Frage betrifft, warum der Gesetzentwurf, den Rainer Speer vorbereitet hat, immer noch da ist, die lässt sich ganz kurz beantworten: Weil dieser Gesetzentwurf gut und konsequent ist. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Wir beginnen mit der Polizeireform von oben. Wir verschlanken die Führungsstrukturen. Wir fangen nicht mit der Wache im ländlichen Raum an, sondern wir beginnen mit den Führungsstrukturen. Genau dazu eröffnet dieser Gesetzentwurf die Möglichkeit. Mit einem gemeinsamen Polizeipräsidium werden zum Beispiel bisherige Aufgaben des Innenministeriums auf dieses eine Präsidium übertragen. →

Märkische Allgemeine

17.12.2010

Der Kommunikator

Die Reform der Polizei gehört zu den politisch kniffligen Projekten der Legislaturperiode. ... trotz der Brisanz des Themas scheint Woidke dabei ein glückliches Händchen zu haben. ... Auch wenn Zahl und Orte der Wachen noch immer sein Ge-

heimnis sind, hat er sich doch auf die Kritiker zubewegt und Speers Konzept nachgebessert. ... Überhaupt ist es der Stil, durch den sich der jetzige Minister vom Vorgänger unterscheidet.

Wir müssen diese Diskussion selbstverständlich auch vor den zukünftigen und heute schon engen finanziellen Spielräumen des Landes führen. Deswegen kann der zweitgrößte Personalkörper der Landesverwaltung – und das ist die Polizei – nicht von vornherein von Strukturanpassungen ausgeschlossen werden.

„Die Brandenburger Polizei wird auch nach dieser Reform stärker besetzt sein, als vergleichbare Flächenländer heute besetzt sind.“

Die Brandenburger Polizei wird dennoch auch nach dieser Reform stärker besetzt sein, als vergleichbare Flächenländer heute besetzt sind. Und wir werden mit der Zielzahl von 7.000 in jedem Winkel dieses Landes weiterhin eine qualitativ gute Polizeiarbeit gewährleisten. Voraussetzung dafür ist, dass wir neben der Quantität, nämlich der Zahl der Polizeibeamten, auch die Qualität berücksichtigen, das heißt Aus- und Weiterbildung, Beförderungsmöglichkeiten, Motivation, Gesundheitsmanagement und eine straffe Führungsstruktur. Die dritte Säule ist die Organisation.

Dies zusammen wird es ermöglichen, dass wir auch im Jahr 2020 bei veränderten Personalzahlen eine sehr gute Polizeiarbeit im Land haben werden. Der Schlüssel dazu sind die Polizistinnen und Polizisten sowie die sonstigen Beschäftigten der Polizei, die in den vergangenen Jahren eine sehr gute und erfolgreiche Arbeit geleistet haben.

Brandenburg steht nicht allein

Brandenburg ist nicht das einzige Bundesland, das sich diesen Herausforderungen stellt. Wenn Sie unser südliches Nachbarland Sachsen betrachten, werden Sie auf die Reform „Polizei Sachsen 2020“ stoßen. Es ist ganz interessant zu sehen, was unser südlicher Nachbar im Bereich der Polizei macht. In Sachsen sind CDU und FDP also offensichtlich etwas weiter als dieselben

Parteien hier. Auch in diesen Parteien gibt es Leute, die sich den Herausforderungen stellen.

In Brandenburg kommt ein Revierpolizist auf etwa 4.500 Einwohner. Wir wollen diese Zahl im ländlichen Raum halten bzw. sogar, wenn es nötig ist, unterhalb dieser Zahl bleiben. In Sachsen heißt der Revierpolizist Bürgerpolizist. Sachsen hat einen Schlüssel im ländlichen Raum von 1 zu 7.500, also viel schlechter als in Brandenburg. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Das neue starke Polizeipräsidium wird die Landeseinsatzeinheit und das LKA integrieren. Die Integration des Landeskriminalamtes erfolgt in Form einer Fachdirektion. Der gut ausgestattete und moderne Standort Eberswalde bleibt erhalten. Auch die LESE wird in Form einer Fachdirektion Einsatz integriert.

„Die unterschiedliche Struktur des Landes muss sich auch in den polizeilichen Strukturen niederschlagen.“

Unterhalb des Präsidiums werden vier regionale Polizeidirektionen gebildet. Die Sitze sind benannt: Brandenburg an der Havel, Neuruppin, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Wir werden mit diesem Modell eine wesentliche Straffung der Führung, der Steuerung und der Verwaltung in der Polizei erreichen und damit ein Kernanliegen der Reform umsetzen. Zweitens schaffen wir damit die Voraussetzungen für die Deckungsgleichheit der Zuständigkeitsbezirke von Polizei, Landgerichten und Staatsanwaltschaften.

Wir brauchen Flexibilität

Die Frage der künftigen Dienststellen unterhalb der Direktionen hat für viele Diskussionen gesorgt. Sie wissen genau, dass wir mit der heutigen Struktur jetzt schon an unsere personellen Grenzen stoßen. Wir müssen einen Ansatz finden, wie wir den unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Regionen des Landes polizeifachlich gerecht werden

können. Die unterschiedliche Struktur des Landes muss sich auch in den polizeilichen Strukturen niederschlagen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem Vorschlag der Bildung von Inspektionen als Führungsdienststellen und von weiteren Polizeidienststellen, die aus diesen Inspektionen heraus geführt werden, dieser Herausforderung gerecht werden und zugleich eine straffe Führung ermöglichen können. Und wir brauchen Flexibilität in der Organisation. Es geht dabei um die simple Frage: Wie und an welcher Stelle setze ich Arbeitskraft, die das Land bezahlt, sinnvoll ein? Das ist eine Frage, die wir polizeifachlich beantworten sollten.

Ich gehe davon aus, dass wir an fast allen heutigen Wachenstandorten – und ich habe daraus nie einen Hehl gemacht – auch zukünftig Dienststellen der Polizei haben werden. Allerdings wird sich die Ausstattung dieser Dienststellen mit Personal und auch mit Aufgaben, beispielsweise kriminalpolizeilichen Aufgaben, an den Anforderungen, die sich aus polizeilicher Sicht in der Region oder in der Gemeinde ergeben, messen lassen müssen.

Verständnis für Reform wächst

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Reform haben sich die Bedingungen in den letzten Wochen und Monaten deutlich verbessert. Das Verständnis ist deutlich gewachsen. Das Konzept, auf unterschiedliche Herausforderungen im Land auch unterschiedliche Antworten zu geben, trifft auch im kommunalen Bereich auf viel Zustimmung und Verständnis. Auch zwischen der Landesregierung und den Kommunen gibt es jetzt eine gute Gesprächsgrundlage, die wir weiter pflegen werden.

Ich möchte dem Landtag für die hier geführten Diskussionen ausdrücklich danken. Ich begrüße den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen und danke allen Abgeordneten, die sich sehr intensiv mit den Fragen beschäftigt haben. Ich wünsche mir weiterhin eine sehr enge und gute Zusammenarbeit mit dem Landtag. Bitte stimmen Sie dem vorgelegten Gesetzentwurf zu, damit wir die derzeit noch offenen Fragen möglichst bald beantworten können.

Grüne: „Umsichtiger Minister, vage Kurskorrekturen“

Nonnemacher kritisiert fehlende Klarheit bei Polizeireform



Unzufrieden mit der Strukturreform, aber auch mit dem Verfahren zeigten sich Bündnis 90/Die Grünen. „Die Polizeireform bleibt in wichtigen Anteilen unklar. Der Landtag als Gesetzgeber wird nicht weitergehend beteiligt“, begründete deren Abgeordnete **Ursula Nonnemacher** die Ablehnung des Reformgesetzes. Auch wenn durch die Einrichtung eines Polizeipräsidioms als Landesoberbehörde nur die oberste Organisationsstufe der Polizei gesetzlich geregelt werde, bedeute das Gesetz den Auftakt für die größte Polizeireform im Land Brandenburg.

Die Abgeordnete bemängelte: „Trotz zahlloser Proteste im Vorfeld, die ihren Ausdruck in den 97.500 übergebenen Unterschriften der Volksinitiative finden, wird das Gesetzgebungsverfahren nicht ausgesetzt.“

Gleichwohl begrüßte Nonnemacher aber die Aussage von Innenminister Woidke zum Standorterhalt und lobte ihn als „umsichtig agierenden und um ernsthafte Kommunikation mit den Betroffenen bemühten Minister“. Die sichtbar gewordenen Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Ansatz bezeichnete sie jedoch als nur „vage Kurskorrekturen“.

Die vorgestellten Überlegungen seien „in ihren Interpretationsmöglichkeiten so elastisch, dass nahezu alles hinein-

interpretiert werden kann“, meinte Nonnemacher. „Vom Worst-Case-Szenario, es bleibt bei 15 Polizeiwachen, die jetzt nur zu Inspektionen umetikettiert worden sind, bis hin zu einem sinnvollen, flächendeckenden Netz an Polizeistandorten mit Kriminalpolizei und mit unterschiedlicher und flexibilisierbarer Ausstattung kann alles darunter verstanden werden.“

Auffällig sei aus ihrer Sicht, dass der Minister im Zusammenhang mit dem Standorterhalt den Begriff Wache „peinlichst“ vermeide und jetzt von Revieren spreche. „Vom Erhalt in heutiger Form bis zur De-facto-Abwicklung ist alles möglich“, sagte die Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen mit Blick auf die künftigen Polizeireviere.

Misstrauisch mache ihre Fraktion auch, „dass der Minister trotz vorsichtiger Kurskorrekturen an der willkürlichen Zielzahl von 7 000 festhält. Wer Polizeiarbeit in akzeptabler Qualität in der Fläche sinnvoll organisieren will, muss erst das Konzept ausarbeiten und dann Hausnummern verkünden.“

„Ob es sich dabei im Bemühen, verbrannte Begrifflichkeiten zu meiden, um einen reinen Etikettenschwindel oder den Ansatz zu einem wirklich sinnvollen Kompromiss, dem auch die Grünen gerne ihre Zustimmung erteilen würden, handelt, lässt sich nicht absehen“, meinte Nonnemacher.



Ursula Nonnemacher ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Märkische Oderzeitung

21.12.2010

Abgerechnet wird am Ende

Es ist eine Kommunikationsoffensive, wie sie Brandenburgs Polizisten noch nicht erlebt haben. Innenminister Dietmar Woidke reist herum, hat ein Ohr für die Sorgen der Beamten, macht ein paar Zugeständnisse und erklärt alles, was er tut.

Er stellt die Beamten nicht kommentarlos vor vollendete Tatsachen. Woidke ist damit der Gegenentwurf zu seinen beiden Vorgängern im Amt. Es ist Dietmar Woidke zu wünschen, dass er mit seiner transparenten Art Erfolg hat. Abgerechnet wird jedoch erst zum Schluss. Netter Umgang hin oder her, entscheidend ist, dass der Minister die Reformziele erreicht.



SPD: „Polizeipräsenz erhalten ist wichtigstes Ziel“

Standortkonzept soll Innenausschuss bis Ende Mai vorgelegt werden



Britta Stark, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Britta Stark**, rief in der Debatte dazu auf, „den Blick langfristig und vorausschauend auszurichten, um das Land Brandenburg im Bereich der Innenpolitik positiv zu entwickeln“. Die Polizei müsse auch unter sich verändernden Bedingungen ihre Aufgaben effektiv erfüllen können. Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau müssten auch für die Polizei gelten. Die Zahl der Straftaten werde nach den Prognosen in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich ebenso zurückgehen wie die Zahl der Einwohner. Die Struktur der Polizei und das Personal müssten an diese Veränderungen Stück für Stück angepasst werden. „Im Kern geht es also um die Frage, wie man mit weniger Personal ein vergleichbares Maß an innerer Sicherheit organisieren kann“, erläuterte Stark.

Es bestehe – auch mit der CDU – Einigkeit darüber, „dass wir eine Polizeistruktur mit weniger Führungskräften brauchen. Wir sind uns auch darin einig, dass es mit einem Polizeipräsidium zu machen ist. Wir sind uns darin einig, dass wir die Schutzbereiche zu Direktionen zusammenführen“, betonte die SPD-Abgeordnete.

Strittig sei die Frage, was unterhalb der Direktionsebene passieren solle, fügte sie hinzu. Die Behördenstruktur falle zwar in Organisationshoheit des Innenministers, doch sei der Landtag „politisch nicht außen vor“. Deshalb habe man in einem Entschließungsantrag klare Ziele und Vorgaben formu-

liert. Darin seien die Überlegungen sowohl der Berufsvertretungen als auch der Gewerkschaften und der Kommunalpolitiker zum Teil eingeflossen.

Die Abgeordnete nannte als „erstes und wichtigstes Ziel, dass die Präsenz der Polizei vor Ort, und zwar in dem vorwiegend ländlich geprägten Brandenburg – der Streifendienst, die Revierpolizisten -, erhalten bleibt“. Vor allem im ländlichen Raum sei „der Repo als direkter Ansprechpartner für die Bürger und Bürgerinnen auch als ortskundiger Sachverständiger unverzichtbar“. Zudem werde ausdrücklich festgehalten, dass die Kriminalitätsbekämpfung im grenznahen Raum ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit sein müsse.

Auch bei der Planung der künftigen Standorte hätten die Koalitionsfraktionen ein Mitsprecherecht der Parlamentarier eingefordert, sagte die Innenpolitikerin. Der Entschließungsantrag sehe vor, „dass dem Innenausschuss bis zum 31. Mai 2011 ein Standortkonzept vorgelegt werden soll. Dann werden wir auch über die dann vorliegenden Standorte diskutieren.“

„Für die SPD ist es wichtig, dass für alle Menschen im gesamten Land Brandenburg Sicherheit und Polizeipräsenz gewährleistet werden, und zwar unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist und an welcher Stelle sie in Brandenburg leben“, betonte Stark. „Ich bin überzeugt, dass wir auch im Jahr 2020 eine Polizei haben werden, die genauso effizient ist wie in anderen Bundesländern und diesen Anforderungen auch gerecht werden kann.“

Märkische Allgemeine

4.12.2010

Magische Zahl

Was ein wenig Druck aus dem Kessel genommen hat, ist Woidkes verbindliche Art – sein Vorgänger Rainer Speer wirkte eher schroff. Dennoch sollte man sich in Werder und Beelitz keine Illusionen machen: Woidke wird Speers Reform umset-

zen, an den Eckpunkten hat er bei aller Konzilianz bislang nichts verändert. Will Woidke – eine der wenigen ministrablen Persönlichkeiten in der personell ausgebluteten Landes-SPD – 2020 noch politische Verantwortung tragen, muss er strenge Disziplin halten.

FDP sieht freundlichere Verpackung zum gleichen Inhalt



Goetz: „I'm your travel guide to Brandenburg Police“

Eine „verblüffende fraktionsübergreifende Einigkeit“ in manchem, was die Polizei angeht, stellte die FDP fest. „Der Innenminister und ich und auch andere sind sich einig, dass die Polizeibeamten bereits jetzt in vielen Wachen an vielen Orten an ihrer Belastungsgrenze arbeiten und bereits jetzt in erheblichem Umfang Schwierigkeiten haben, den Erwartungen von Bürgern und Politik noch zu genügen“, sagte der FDP-Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Goetz**.

Umso erstaunlicher sei aus seiner Sicht die „vom Innenminister gezogene Schlussfolgerung, mit neuen Strukturen das Problem auf so hervorragende Weise lösen zu wollen, das gleich noch 1.900 weitere Beamte weggespart werden sollen. Auf Personalmangel reagieren Sie als mit weiterem Personalabbau, um Probleme zu lösen“, sagte Goetz.

Der Abgeordnete kritisierte auch den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen SPD und Linke. „Die Entschließungsanträge enthalten viel Romantik, insbesondere der Antrag der Regierungskoalition. Unter dem Strich bleibt: Das Polizeistrukturreformgesetz ist eigentlich in seinem Inhalt ein Stellenabbaugesetz; es gibt eine freundlichere Verpackung zum gleichen Inhalt.“

Der FDP-Innenpolitiker zog zudem in Zweifel, dass die geplante Stellenreduzierung ohne Beeinträchtigung des Wach- und Wechseldienstes erfolgen könne. „Sie vernachlässigen bei Ihren Einsparvorschlägen, dass die vielen Häuptlinge, die gebracht wer-

den, Dienstgruppenleiter und Wachdienstführer sind, die bereits heute mit im täglichen Einsatz sind. Ein solcher Dienstgruppenleiter oder Wachdienstführer sitzt eben nicht nur in der Wache herum, sondern er fährt mit raus, er sitzt im Auto. Wenn Sie dort sparen wollen, wenn das Ihre Häuptlinge sind, dann haben Sie tatsächlich weniger Polizeipräsenz, weniger Personal in der Fläche.“ Das Einsparpotenzial durch Wachenschließungen liege nach seiner Einschätzung tatsächlich bei unter 100 Beamten, rechnete der FDP-Politiker vor.

Zugleich warnte Goetz davor, bei der Personalverringerung den Wach- und Wechseldienst anzutasten. „Da ist überhaupt keine Luft mehr drin, um zu Einsparungen zu kommen“, unterstrich er. Er riet den Abgeordneten, sich durch Besuche in verschiedenen Wachen selbst ein Bild zu machen. Er helfe gern weiter, wenn es darum gehe, die richtigen Wachen zu finden: „I'm your travel guide to Brandenburg Police“, so Goetz, der selbst viele Besuche bei Polizeidienststellen im Land gemacht hatte.

Der FDP-Politiker regte zudem eine Prüfung der Aufstockung von vier auf fünf Polizeidirektionen an sowie eine Zusammenfassung der Leitstellen der Polizei mit den fünf integrierten Regionalleitstellen von Feuerwehr und Rettungsdiensten (sog. „bunte Leitstellen“) – „weil damit Einsatzzeiten verkürzt werden können, so dass, wenn die 112 angerufen wird, die Polizei gleich mit informiert ist.“



Hans-Peter Goetz, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Der Prignitzer

27.12.2010

Radikalreform schürt Ängste

Mit ihm zieht ein neuer Stil ins Ministerium, er startet eine Kommunikationsoffensive und eine Besuchstour durchs Land, hört sich die Ängste und Sorgen vor Kommunalpolitikern und Polizisten an. Dafür bekommt er viel Lob, selbst

von Kritikern. Als der Landtag im Dezember den Polizeiumbau beschließt und Woidke seine Marschrichtung bekannt gibt, ist die Reform immer noch ein Kind seines Vorgängers – aber mit deutlich weichen Zügen. Denn Woidke will vorgebrachte Ideen und Bedenken in die Reform einfließen lassen. Woidkes Strategie ist aufgegangen.

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg



*Hans-Jürgen Scharfenberg,
innenpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.*

DIE LINKE: Landtag greift Forderungen von Gewerkschaften auf

Die Fraktion „Die Linke“ hat die Polizeireform gegen Kritik verteidigt. Der Zwang zur Konsolidierung des Landeshaushalts sei ein „starkes Argument, dem man sich nicht entziehen kann“, sagte der innenpolitische Sprecher der Linken-Fraktion, **Hans-Jürgen Scharfenberg**. Klar sei auch, „dass die gegenwärtige Polizeistruktur nicht mehr voll funktionstüchtig ist.“

Der CDU warf der Linken-Abgeordnete vor, das Thema missbraucht zu haben, „um wider besseren Wissens landesweit Ängste zu schüren. Diese politische Instrumentalisierung war von großem Schaden für die notwendige sachliche Diskussion.“ Er verwies zudem auf „deutliche Fortschritte“ am Konzept im Zuge der öffentlichen Diskussion über das Reformvorhaben.

Ausdrücklich lobte Scharfenberg die Gespräche von Innenminister Woidke in allen Schutzbereichen und Polizeibehörden: „In einem Parforceritt hat Innenminister Woidke eine Vielzahl von Polizeidienststellen besucht und zahlreiche Gespräche geführt. Das hat viel Anerkennung gefunden und die Atmosphäre deutlich versachlicht.“

Mit dem Gesetz zur Bildung eines Landespolizeipräsidiums werde jetzt ein erster Reformschritt getan, „der eigentlich unstrittig ist“. Auch wenn dies die einzige Entscheidung sei, bei dem die Landesregierung an den Landtag gebunden sei, gebe es für den Landtag „vielfältige Möglichkeiten, den noch of-

fenen Prozess der Polizeireform inhaltlich zu begleiten und seine Kontrollfunktion wahrzunehmen.“

Aus seiner Sicht gehöre zur Verantwortung des Parlaments auch, „mit der Zustimmung zu diesem Gesetz keinen Blankoscheck auszustellen, sondern entsprechende Rahmenbedingungen für das weitere Vorgehen zu formulieren“, erläuterte Scharfenberg unter Hinweis auf den Entschließungsantrag der Koalition.

Neben einer weiter flächendeckenden Polizeipräsenz müsse die Kriminalitätsbekämpfung auf bisherigem Niveau einschließlich einer Intensivierung der kriminalistischen Aus- und Fortbildung gesichert sein. „Für wichtig halten wir auch, dass die Prävention als spezifische Aufgabe fortgeführt wird und bewährte Formen erhalten bleiben“, sagte der Linken-Politiker. Ferner gehe man davon aus, dass an der Fachhochschule der Polizei jährlich deutlich mehr als 125 Polizeischüler aufgenommen werden, um bedarfsgerecht ausbilden zu können.

Nachdrücklich verteidigte Scharfenberg den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen gegen Kritik der Opposition. „Wir greifen damit wichtige Punkte auf, die in der öffentlichen Diskussion und in der Anhörung des Innenausschusses vorgetragen worden sind. Das gilt insbesondere für die Forderungen der Gewerkschaften. Damit wird zugleich das Grundanliegen der Volksinitiative aufgenommen“, betonte der Linken-Abgeordnete.

LAUSITZER RUNDSCHAU

24.12.2010

„Woidke nimmt uns mit“

Seitdem Woidke das Zepter führt, hat sich die Stimmung geändert. Und das, obwohl der Neue an den Kernpunkten der Strukturreform nicht gerüttelt hat. So wie am Donnerstag im Schutzbereich Cottbus/Spree-Neiße erklärte der Minister im-

mer wieder, dass an dieser Reform niemand vorbeikommt. Aber im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger kann für Woidke eine passgenaue Umstrukturierung nur mithilfe der polizei-fachlichen Kompetenz vor Ort gelingen. Olaf Fischer fällt der Vergleich mit Ex-Minister Speer nicht schwer: „Minister Woidke hört uns zu. Er fragt nach und nimmt uns mit.“ Bei seinem Vorgänger habe man nie dieses Gefühl gehabt.

CDU befürchtet steigende Kriminalität

Petke hält Personalabbau auf 8.000 Stellen für ausreichend

Die oppositionelle CDU hat die Pläne der Landesregierung zur Polizeireform im Landtag abgelehnt. Der innenpolitische Sprecher der Fraktion, **Sven Petke**, warnte in einer mit scharfen Attacken auf die Landesregierung gespickten Rede davor, dass die Polizei nach der Umsetzung der insgesamt geplanten Änderungen rasch an ihre Leistungsgrenzen stoßen könnte.

„Probleme, die wir in der Kriminalitätsbelastung heute schon haben mit der Rockerkriminalität, mit der Alltagskriminalität“, drohten sich zu vergrößern. Die Kriminalität werde in Teilbereichen steigen und die Aufklärungsquote sinken, befürchtete Petke.

Nachteile sah er auch für die Prävention. „Wir waren und sind in der Prävention ganz weit vorn im Vergleich der Länderpolizeien. Das wird so nicht mehr möglich sein, wenn Sie Ihre Pläne nicht ändern“, warnte der CDU-Politiker.

Petke erkannte zwar an, dass Innenminister Woidke „im Außenbild“ einiges verändert habe. Er kritisierte aber zugleich, dass beispielsweise die Kommunen, aber auch der Landtag nach seiner Auffassung nicht in die Entwicklung des Reformvorhabens einbezogen worden seien.

Wenig Vertrauen zeigte der CDU-Innenexperte in die Zusage des Ministers, eine Polizeipräsenz an allen bisherigen Wachenstandorten in unterschiedlicher Form zu erhalten. Er befürchte stattdessen einen „Wachentod auf Raten“, eine

Aufrechterhaltung der Standorte nur solange, wie die jetzigen Bediensteten noch am Ort sind. Es drohten ein Rückzug der Polizei aus der Fläche und damit längere Interventionszeiten.

Zudem bleibe das Land derzeit „deutlich zurück hinter den Ausbildungszahlen“, die benötigt würden, um die aus Sicht der CDU „viel zu geringe Zahl“ von 7.000 Polizeibeamten im Land dauerhaft zu halten.

Petke verwies auf den Entschlussesantrag seiner Fraktion, in dem der Erhalt aller Polizeiwachenstandorte sowie eine Polizeistärke von mindestens 8.000 Beamtinnen und Beamten verlangt werden. Zudem forderte die Union die Landesregierung auf, ein Personalentwicklungskonzept für die Polizei vorzulegen, das die verschiedenen Herausforderungen vom Krankenstand bis zur Aus- und Weiterbildung berücksichtigt.

In einem im August vergangenen Jahres vorgestellten Papier hatte die CDU ebenso wie die Landesregierung für die Zusammenführung der beiden Polizeipräsidien zu einer Behörde und die Integration des Landeskriminalamtes in das neue Polizeipräsidium plädiert. Auch waren wie in den Ministeriumsplänen vier regionale Polizeidirektionen vorgesehen.



Sven Petke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion



SE-ECHO ++++++ PRESSE-ECHO ++++++ PRESSE-ECHO + PRESSE-ECHO ++++++ PRESSE-ECHO ++++++

2/2011

„97.418 Unterschriften!!!“

Neu unter Innenminister Dr. Woidke ist jedoch, dass er nicht allein bis 2019, sondern auch mittelfristig im Rahmen der Wahlperiode (2014) plant. Er ist im Vergleich zu seinem Vorgänger bedeutend kommunikativer, hört zu, nimmt Argumen-

te auf und versucht, gemeinsame Lösungen zu finden. Von den Medien wird uns gegenüber teilweise argumentiert, dass es kaum Veränderungen zwischen den Herren Innenministern Speer und Woidke gibt. Doch, es gibt sie.

Der Beschluss

Am 16. Dezember 2010 hat der Landtag den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Polizeireform beschlossen. Den Beschluss dokumentieren wir hier vollständig.

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 26. Sitzung am 16. Dezember 2010 folgende Entschließung angenommen:

Sicher leben in unserem Land – Maßgaben für eine Polizei Brandenburg 2020

Sicherheit ist ein herausragendes öffentliches Gut, das allen Menschen im Land, egal wie hoch ihr Einkommen ist und wo sie leben, zusteht. Sicherheit ist Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Öffentliche Sicherheit erfordert deshalb qualifizierte und gut ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten, eine flächendeckende Polizeipräsenz mit kurzen Interventionszeiten, eine wirkungsorientierte Präventionsarbeit sowie effektivere Führungs- und Organisationsstrukturen für die gesamte Schutz- und Kriminalpolizei.

Mit der Errichtung des Polizeipräsidiums durch das Polizeistrukturentwurfsgesetz „Polizei 2020“ geht der Landtag den ersten Schritt zur Umsetzung einer Polizeistrukturentwurf.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Direktionen auf der Grundlage des vorgelegten Konzeptes aufzubauen und den Gesetzentwurf zur Anpassung der Grenzen der Landgerichtsbezirke spätestens zum Ende des I. Quartals 2011 vorzulegen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die weiteren Schritte unter Berücksichtigung folgender Maßgaben zu realisieren:

- Die Polizeipräsenz ist in der Fläche des Landes aufrechtzuerhalten, der Streifendienst im bisherigen Umfang zu gewährleisten. Die Interventionszeiten sollen sich nicht verschlechtern. Die flächendeckende Präsenz der Revierpolizisten bleibt erhalten. Die Revierpolizisten sollen insbesondere im ländlichen Raum weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die Kooperation mit den Kommunen soll dabei ausgebaut werden.
- Die Planungen zu den Standorten der 15 Polizeiinspektionen und den Polizeirevieren als weiteren Dienststellen der Polizei sind bis Juli 2011 abzuschließen. Mit dem Konzept zu den Standorten der Polizeiinspektionen und Polizeirevieren ist sicherzustellen, dass
 - in den Orten, in denen bisher Wachen bestehen, für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin öffentliche Sprechstunden durchgeführt werden. Im Dialog mit den Kommunen soll den konkreten örtlichen Bedingungen Rechnung getragen werden;
 - zeitnah und effizient alle Einsatzaufgaben der Schutz- und Kriminalpolizei bewältigt werden können und
 - interne Abläufe sichergestellt werden können (Dienstbeginn und Dienstende, Verfügbarkeit der Einsatzmittel wie z. B. Waffen, Ausrüstung, Einsatzfahrzeuge).
- Die Kriminalitätsbekämpfung ist auf dem bisherigen Niveau zu sichern.
- Die Kriminalpolizei soll zur Verfolgung von Straftaten effektiv organisiert sein. Auf die kriminalpolizeilichen Herausforderungen im grenznahen Raum ist entsprechend zu reagieren. Im Zuge der Integration aller kriminalpolizeilichen Aufgaben in die künftigen Organisationsebenen soll auch die Zuordnung regionalbedeutsamer kriminalpolizeilicher Aufgaben von der bisherigen Schutzbereichsebene auf die künftigen Inspektionen geprüft werden. Der Standort Eberswalde ist zu erhalten. Das LKA soll organisatorisch als Direktion geführt werden. Die kriminalistische Aus- und Fortbildung ist zu intensivieren.
- Ausgehend von der grundsätzlichen Zuständigkeit jedes Polizeibeamten für Prävention ist zu sichern, dass weiterhin eine spezielle Präventions- und Beratungsarbeit geleistet wird. Dabei sollen bewährte Formen und feste Ansprechpartner auch für die Kommunen beibehalten werden.
- Zur Entlastung der Polizei ist 2011 das gesamte Melde- und Berichtswesen hinsichtlich seiner Effizienz zu evaluieren.
- Das Personalentwicklungskonzept soll mit der Haushaltsaufstellung 2012 und der damit fortzuschreibenden Personalbedarfsplanung über das Jahr 2014 hinaus präzisiert und umgesetzt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass künftige Stellenpläne eine stetige Erhöhung des Anteils des gehobenen Dienstes ermöglichen. Der Anteil soll durch verbesserte Aufstiegschancen des mittleren Dienstes und durch Übernahme der neu ausgebildeten Anwärter der Fachhochschule erhöht werden.
- Es ist sicherzustellen, dass an der Fachhochschule der Polizei dem Bedarf entsprechend auch mehr als die geplante jahresdurchschnittliche Ausbildung von mindestens 125 Anwärtern und daneben verstärkte Aufstiegsausbildungen sowie eine verstärkte und verbesserte Fortbildung durchgeführt werden.

Polizeistrukturereformgesetz im Landtag

Das Abstimmungsergebnis

51 JA

24 NEIN

1 STIMMENTHALTUNG

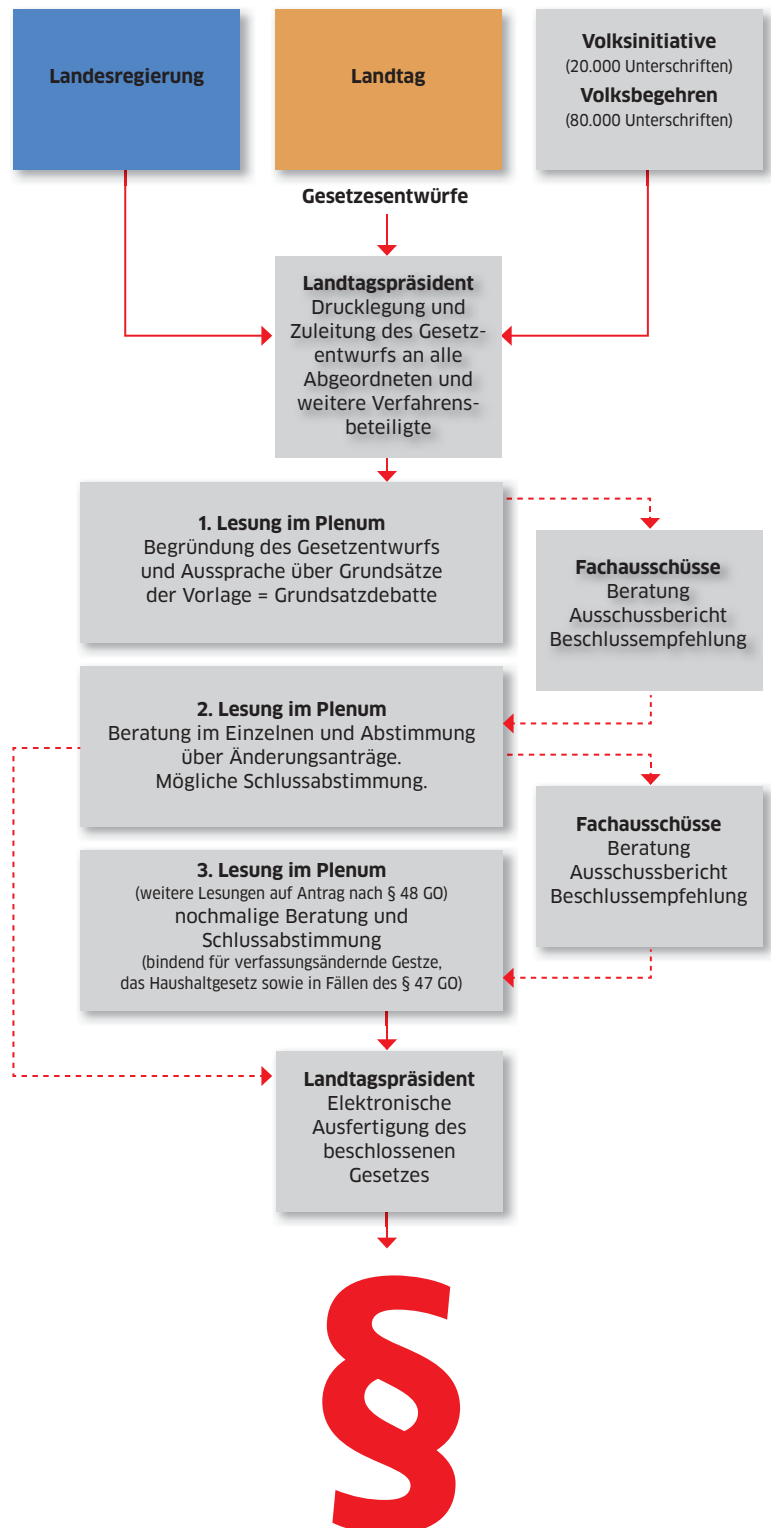
- Die mit der Umsetzung der Strukturreform verbundenen Veränderungen für die Beschäftigten in der Polizei sind frühzeitig mit den Personalräten zu erörtern und unter Anwendung des TV-Umbaus sozial zu begleiten.
- Die Standort- und Strukturentscheidungen sollen rechtzeitig mit den Polizeibeiräten erörtert werden (bis zur Neubildung der Polizeibeiräte üben die bisherigen Beiräte ihre Tätigkeit aus, Artikel 2 des Gesetzentwurfes). Die Polizeireform soll auch durch eine bürgernahe Öffentlichkeits- und Kommunikationsoffensive der Landesregierung begleitet werden.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Ausschuss für Inneres bis zum 31. Mai 2011 einen Bericht zum Stand des Behördenaufbaus und der Planungen zum Standortkonzept zu erstatten sowie dem Landtag bis zum 31. Dezember 2011 einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung der Polizeistrukturereform einschließlich des Personalentwicklungskonzeptes vorzulegen.

Danach soll die Landesregierung dem Ausschuss für Inneres einmal jährlich einen Bericht über die Entwicklung der Polizeistrukturen und die Personalentwicklung vorlegen.“

Fritsch
Der Präsident

So entsteht ein Gesetz:





VEB Stahlschrankwerk
LEIPZIG C 1, BERLINER S
Fabr.-Nr.: Bauja
Type: Gew

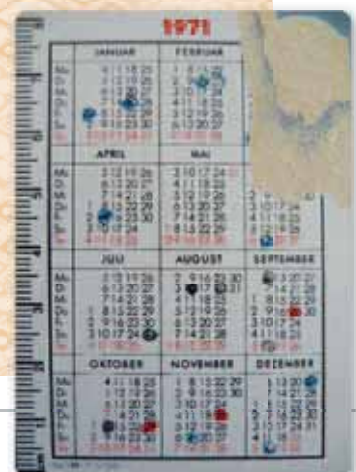


Altes Haus

Im letzten Jahr zog das damalige Polizeipräsidium Potsdam um von der Innenstadt nach Potsdam-Eiche. Tagelang herrschte hektische Betriebsamkeit, wurde ausgesondert und eingepackt, anschließend rollten die Umzugswagen an. Und dann waren die Kolleginnen und Kollegen plötzlich alle verschwunden – und das große Haus fast leer. Und sehr still. Das Ende einer Ära.

Neugierig, wie wir von Berufs wegen sind, haben wir mit der Kamera einen kleinen Streifzug durch das alte Haus unternommen. Vom Keller bis zum Dachstuhl. Und hinter viele Türen geguckt. Wir sind dabei auf ungewohnte Blickwinkel, interessante Objekte und manchmal geradezu altertümliche Artefakte gestoßen. Auf das, was übrig bleibt, wenn die Karawane einer großen Behörde weiter zieht. Unsere Eindrücke möchten wir Ihnen nicht vorenthalten.

Die Redaktion



Neues Polizeipräsidium nimmt Arbeit auf

Im September 2010 erhielten die Leiter der Behörden und Einrichtungen den Auftrag, alle erforderlichen Vorbereitungen für die Änderung der Aufbauorganisation zu planen und den zeitgerechten Vollzug sicherzustellen. Hierzu wurde der Potsdamer Polizeipräsident Rainer Kann durch das MI beauftragt, die „AG PP Neu“ zu bilden und diese Arbeitsgruppe zu leiten.



Wöchentliche Beratungen der Arbeitsgruppe

Die Leiter der Behörden und Einrichtungen, nicht nur die unmittelbar betroffenen Polizeipräsidien Frankfurt/Oder und Potsdam, das Landeskriminalamt und die Landeseinsatzeinheit der Polizei, sondern auch der Zentraldienst der Polizei und die Fachhochschule sowie ein Vertreter des Innenministeriums nahmen an den wöchentlichen Beratungen der Arbeitsgruppe teil. Diese Zusammenkünfte waren von einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit geprägt. Es ging hierbei um einen ständigen umfassenden internen Informationstransfer.

Das Ziel bestand darin, eine funktionierende Ablauf- und Einsatzorganisation unter veränderten Rahmenbedingungen zu erhalten. Im Mittelpunkt der

Arbeiten stand stets, nur solche Regelungen und Abläufe zu ändern bzw. anzupassen, die aufgrund der geänderten Organisation unbedingt geändert werden mussten („so wenig wie möglich, so viel wie nötig“).

Neue Dienstsiegel, Vordrucke und Türschilder

So mussten beispielsweise alle internen Verfügungen in den Bereichen Einsatz, Organisation, Haushalt/Technik, Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Recht der Polizeipräsidien Potsdam und Frankfurt/Oder, des LKA und der LESE auf den Prüfstand, um gemeinsam festzulegen, ob ein kurzfristiger Änderungsbedarf bis zum 01.01.2011 bestand.

Die Personalräte wurden in allen Phasen der Arbeit umfassend mit einbezogen.

Als Ergebnis sind viele Übergangsregelungen wie z. B. die Übergangsgeschäftsverteilung und die Übergangsgeschäftsordnung entstanden. Sie sollen die Arbeitsabläufe den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen anpassen und einen geregelten Dienstbetrieb ermöglichen.

Öffentlich sichtbare Beispiele der jetzigen Übergangsphase bis zur endgültigen neuen Struktur sind allerdings im Wesentlichen nur die neuen Dienstsiegel, Vordrucke und Türschilder.

Der Leiter der „AG PP Neu“ Polizeipräsident Rainer Kann sagte:

„Mein ausdrücklicher Dank gilt allen, die sich aktiv und mit viel Engagement an den umfassenden Vorbereitungsarbeiten beteiligt haben. Nur durch diesen Einsatz war es möglich, möglichst viele Regelungen frühzeitig zu erarbeiten und abzustimmen. Es ist wichtig, dass bis zur Umsetzung der Ergebnisse des Aufbaustabes des Polizeipräsidiiums die Bereiche FF/O, Potsdam, LKA und LESE sich unter dem neuen Dach des Polizeipräsidiiums wiederfinden und ihre Aufgaben uneingeschränkt erfüllen können.“

Die Qualität der Aufgabenerfüllung wird wesentlich von einem vertrauensvollen Miteinander der Kolleginnen und Kollegen aller Bereiche geprägt.

Ich gehe mit Zuversicht an die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben. Mit dem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Professionalität werden wir gemeinsam, jeder Bedienstete an seinem Platz, die Polizeiarbeit auch in der Übergangsphase erfolgreich gestalten.“

■ RUDI SONNTAG,
L STB4 POLIZEIPRÄSIDIUM

Reform nimmt Gestalt an

Aufbaustäbe haben Arbeit begonnen

Am 3. Januar 2011 haben der Aufbaustab des Polizeipräsidiums (APP) und die Aufbaustäbe der Polizeidirektionen (APD) ihre Arbeit aufgenommen.



Die 1. Sitzung des Aufbaustabes am 3. Januar 2011, v.l.n.r.:

Mathias Funk, Büro APP; Hans-Jürgen Willuda, Leiter APD Ost; Bernd Butschke, Berater APP; Arne Feuring, Leiter APP; Hans-Jürgen Mörke, Leiter AG 2-Einsatz; Petra Schäuble, P-HPR; Raymonde Pohlmann, Leiterin AG 5-Immobilien /Haushalt/ Technik; Detlef Antonius, GPR; Kathleen Krone, Büro APP; Dr. Heike Wagner, Leiterin APD West; Bernd Kalthoff, Leiter AG 6-Recht; Frank Storch, Leiter AG 3-Kriminalpolizei; Rudi Sonntag, AG 1/ÖA; Andreas Wimmer, Leiter Büro APP; Jörn Preuß, Leiter AG 1-Organisation; Hans-Dieter Fuths, Leiter AG 4-Personal; Andreas Kaiser, Leiter APD Süd; Susanne Bernig, GBA; Jörg Müller, Leiter APD Nord; Andreas Schreiber, HSchwV (i. V.)

Aufbau

Der Aufbaustab wird im Rahmen einer sogenannten Matrixorganisation tätig (siehe Grafik S. 54). Das heißt nichts anderes, als dass die regionalen Aufbaustäbe die gleiche Struktur aufweisen wie der Aufbaustab des Polizeipräsidiums.

Die jeweils vier regionalen Arbeitsgruppenleiter (z.B. der AG Einsatz) sind automatisch Mitglied in der entsprechenden Arbeitsgruppe des APP und können dort von Anfang an ihre regionalen Besonderheiten in die Landesplanung einfließen lassen.

Arbeitsweise

Jeden Donnerstag von 10 bis 15 Uhr tagen der Leiter des APP mit seinen AG-Leitern und den Leitern der regionalen Aufbaustäbe sowie ständigen Vertretern des Polizei-Hauptpersonalrates, des Gesamtpersonalrates und der Schwerbehindertenvertretung sowie

der Gleichstellungsbeauftragten. So können die aktuellen Ergebnisse immer freitags in die Besprechungen der regionalen Aufbaustäbe in Neuruppin, Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel einfließen.

Alle zwei Wochen lassen sich Minister Dr. Woidke und Staatssekretär Zeeb vom Leiter des Aufbaustabes PP, Arne Feuring über den aktuellen Arbeitsstand berichten. Daneben kam erstmals am 25. Januar 2011 ein Lenkungsausschuss unter Federführung des Abteilungsleiters IV im MI, Herrn Storbeck, zusammen.

Information und Kommunikation

Um aber auch alle Polizeibediensteten über die Arbeit der Aufbaustäbe zu informieren, stellen die Aufbaustäbe regelmäßig Artikel in das Intranet oder wie hier in die **info110**. Arne Feuring besuchte zudem die Schutzbereiche,

die Bereiche I bis IV des Polizeipräsidiums sowie die FHPol und den ZDPol. In den Gesprächen mit Führungskräften und Personalvertretern informierte er über Aufbau und Arbeitsweise der Aufbaustäbe und einige ausgewählte von 299 derzeit bearbeiteten Arbeitspaketen. Zugleich verdeutlichte er beispielhaft die bereits länger bestehende Notwendigkeit von Strukturänderungen anhand der extremen Unterschiede bei den gegenwärtigen Führungsspannen oder dem Zuschnitt der Wachenbereiche.

Der Leiter des Aufbaustabes PP warb erneut um die Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen, die ihre Hinweise und Ideen gerne an die zentralen E-Mail-Adressen der Aufbaustäbe senden können.

■ ANDREAS WIMMER,
BÜRO AUFBAUSTAB PP

Die Leiter der Aufbaustäbe auf einen Blick



Arne Feuring

Leiter des Aufbaustabes PP
seit Juli 2007
Polizeipräsident
beim Polizeipräsidium
Frankfurt (Oder)



Jörg Müller

Leiter des Aufbaustabes der Polizeidirektion Nord
seit Juli 2008
Polizeipräsidium
Potsdam,
Leiter Schutzbereich
Oberhavel



Dr. Heike Wagner

Leiterin des Aufbaustabes der Polizeidirektion West
seit Juli 2008
Ministerium des
Innern, Leiterin
Referat IV/43
„Strategische
und operative
Bekämpfung
des Terrorismus
STOP TE“



Hans-Jürgen Willuda

Leiter des Aufbaustabes der Polizeidirektion Ost
seit August 2005
Polizeipräsidium
Frankfurt (Oder),
Leiter Schutzbereich
Barnim



Andreas Kaiser

Leiter des Aufbaustabes der Polizeidirektion Süd
seit September 2003
Polizeipräsidium
Frankfurt (Oder),
Leiter der Kriminal-
polizei im
Schutzbereich Cott-
bus/Spree-Neiße

An einem Tisch: Ministerium, Polizeiführer und Gewerkschaften

Lenkungsausschuss begleitet Arbeit der Aufbaustäbe

Brandenburgs Polizeireform nimmt Tempo auf. Die Anfang Januar dieses Jahres gebildeten Aufbaustäbe arbeiten an den Feinstrukturen für das Polizeipräsidium und die vier regionalen Polizeidirektionen mit der künftigen landesweiten polizeilichen Infrastruktur.

Damit hierbei notwendige Abstimmungen und gegenseitige Informationen gesichert sind, hat ebenfalls noch im Januar ein Lenkungsausschuss im Innenministerium seine Arbeit aufgenommen. Er begleitet die Arbeit der Aufbaustäbe und reagiert auch, wenn sich über die Erlasslage hinausgehender

Reglungsbedarf abzeichnet. Nach der Auftaktsitzung am 25. Januar 2011 ist ein 14-tägiger Beratungs-Rhythmus geplant, der bei Bedarf entsprechend angepasst wird. Über die Arbeit des Ausschusses informiert das MI auch auf den Reform-Seiten im IntraPol.

Mit seiner Zusammensetzung garantiert der Lenkungsausschuss das notwendig breite Knowhow. So sitzen mit den Ministeriumsvertretern und dem Leiter des Aufbaustabes des Polizeipräsidioms auch die Chefs von Polizeipräsidium und Polizeieinrichtungen sowie Vertreter von GdP, DPoIG und BDK am Tisch.

Die Mitglieder des Lenkungsausschusses:

Abteilungsleiter IV
im Ministerium des Innern
(Vorsitz)

Inspekteur der Polizei

Referatsleiter Recht, Personal,
Kriminalitätsangelegenheiten
und Haushalt/Technik

Polizeipräsident

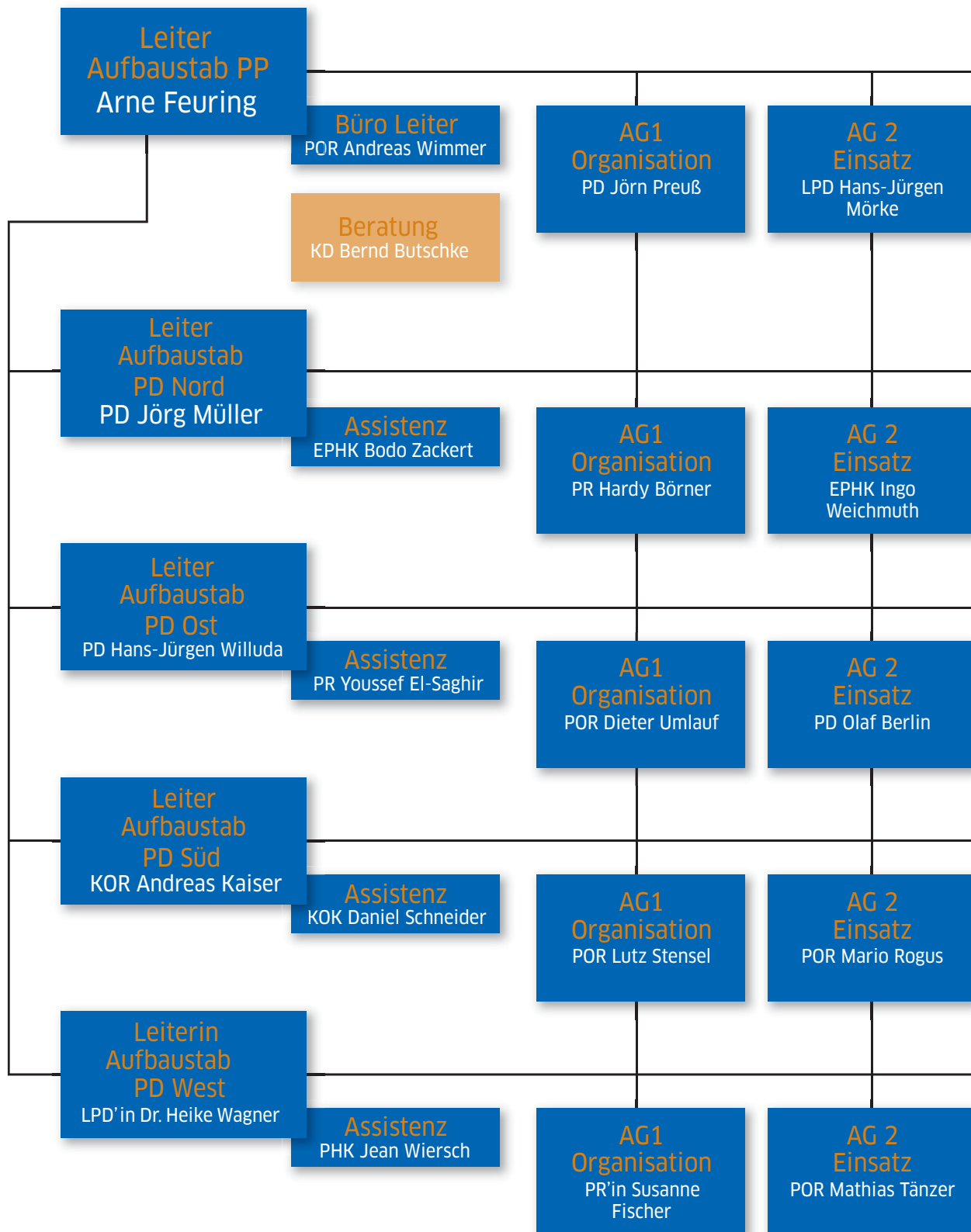
Leiter des Aufbaustabes
Polizeipräsidium

Präsident der FHPol

Direktor des ZDPol

Vertreter von GdP, DPoIG
und BDK

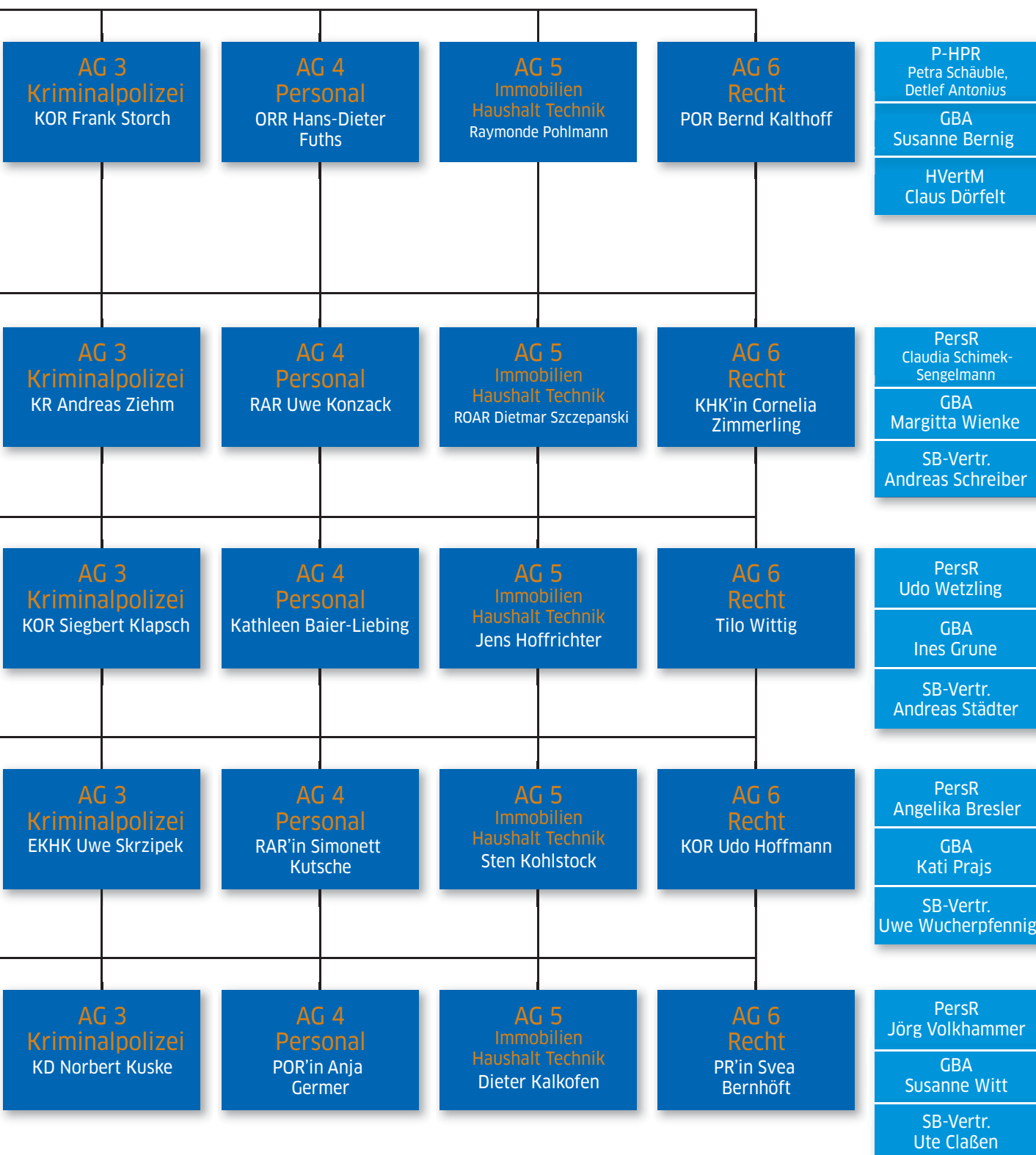
Organisationsstruktur der Aufbaustäbe



**Erreichbarkeit
der Aufbaustäbe**

Aufbaustab Polizeipräsidentium
Telefon: (0331) 28350 272
E-Mail: Mathias.Funk
@polizei.brandenburg.de

Aufbaustab Polizeidirektion Nord
Telefon: (03391) 354 2011
E-Mail: bodo.zackert
@polizei.brandenburg.de



Aufbaustab Polizeidirektion Ost
 Telefon: (0335) 561 3041
 E-Mail: Youssef.El-Saghir
 @polizei.brandenburg.de

Aufbaustab Polizeidirektion Süd
 Telefon: (0355) 789 3305
 E-Mail: pdsuedaufb.postfach
 @polizei.brandenburg.de

Aufbaustab Polizeidirektion West
 Telefon: (03381) 560 2010
 E-Mail: Heike.Wagner
 @polizei.brandenburg.de

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“

info110-Gespräch mit Arne Feuring,
Leiter des Aufbaustabes des Polizeipräsidiums



info110: Herr Feuring, Sie sind Chef des Aufbaustabes des Polizeipräsidiums. Wie weit sind die Strukturen derzeit aufgebaut; wie ist der aktuelle Stand?

Arne Feuring: Die grundsätzliche Struktur ist insofern bekannt, als dass der Minister sich dazu Ende Dezember geäußert hat. Wir haben sie mittlerweile auch namentlich untersetzt. Die Chefs der jeweiligen Arbeitsgruppen sind benannt worden. Wir werden ein enges Zusammenspiel haben zwischen den einzelnen Facharbeitsgruppen, die jeweils in ihrem Bereich durch die Direktionsaufbaustäbe mit untersetzt werden. Die Raumfrage ist weitestgehend geklärt. Wir bemühen uns jetzt noch um den einen oder anderen PC, aber im Grunde genommen ist alles fertig. Es wird schon fleißig gearbeitet. (Anmerkung der Redaktion: Das Interview wurde am 11. Januar geführt.)

info110: Wie wurde entschieden, wer in den Aufbaustab kommt und damit an der konkreten Umsetzung der Polizeireform mitwirken kann?

Feuring: Insbesondere bei den Leitern natürlich nach den jeweiligen bisherigen Funktionen und Erfahrungen. Bei der Arbeitsgruppe „Einsatz“ war es zum Beispiel völlig klar, dass wir einen Leiter brauchen, der nicht nur über entsprechende Einsatzerfahrung verfügt, sondern auch im Land eine gewisse Reputation und Akzeptanz hat. Ich denke, das ist mit Herrn LPD Hans-Jürgen Mörke sehr gut gelungen.

Danach richtete sich dann auch die weitere Auswahl. Der Einsatzbereich beinhaltet ja alles, sowohl die AAO als auch die BAO. Deshalb haben wir Fachleute aus allen Bereichen, allen Hierarchieebenen und allen wesentlichen Funktionen dort zusammengeholt, um am Ende zu wirklich fundierten Ergebnissen kommen zu können.

Das beinhaltet teilweise ja eine durchgängige Herausnahme aus dem eigentlichen Hauptamt der jeweiligen Kolleginnen und Kollegen. Sämtliche Personalentscheidungen sind deshalb gemeinsam mit Polizeipräsident Kann und den jeweiligen Chefs getroffen

„Wir müssen zügig eine Entscheidung vorbereiten, damit auch die Mitarbeiter sich daran orientieren können.“

ARNE FEURING ÜBER DIE AUFBAUSTÄBE

worden. Denn die mussten das ja absegnen und letztlich sagen: OK, ich kann die Aufgaben auch mal ohne Mitarbeiter A, B und C erfüllen, ohne dass hier gleich alles zusammenbricht. Insgesamt sind wir natürlich sehr darum bemüht, die AAO unserer Polizei weiterhin in vollem Umfang arbeitsfähig zu erhalten.

info110: Wie muss man sich die tatsächliche Arbeit des Aufbaustabes vorstellen? Wie läuft das praktisch ab?

Feuring: Wir sind ja schon projekterfahren in der Polizei und können uns auf eine bestimmte Methodik stützen. Wir setzen uns also nicht alle zusam-



men und diskutieren stundenlang, wie man irgendwie irgendwas machen könnte, sondern wir haben genau diese Struktur gewählt, um möglichst effektiv zu arbeiten. Wir bedienen uns dabei in hohem Maße der Dienststellenberatung, die gewährleistet, dass wir uns auch durchgängig an diese Methodik halten. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass man sich in endlosen Diskussionen verliert. Das darf nicht passieren, das ist nicht effektiv und das geschieht dadurch auch nicht.

Gegenwärtig arbeiten die einzelnen Arbeitsgruppen selbstständig. Wir treffen uns ein- bis zweimal in der Woche in unserem Aufbaustab und einmal wöchentlich in der großen Runde mit den Leitern der Arbeitsgruppen und den Leitern der regionalen Aufbaustäbe. Die Arbeitsplanung in den einzelnen Gruppen wird weiter konkretisiert.

Wir haben auch schon ein relativ umfangreiches, aber noch nicht abschließendes Tableau an Fragen und Themen erarbeitet, die wir entscheidungsreif in den Aufbaustäben vorbereiten müssen, denn wir liefern ja nur einen Vorschlag als Aufbaustab, entscheiden wird letztlich die Hausleitung des Ministeriums.

info110: Wie sind konkret die Personalvertretungen, die Gleichstellungsbeauftragten und die Behindertenbeauftragten eingebunden?



Feuring: Die sind auch in den Arbeitsgruppen vertreten. Wir haben die wöchentliche Sitzung in der großen präsidentalen Arbeitsgruppe mit den Leitern der regionalen Aufbaustäbe. An dieser Sitzung nehmen die Personalvertretung, also der P-HPR, die Schwerbehindertenvertretung und die Gleichstellungsbeauftragte teil. In den regionalen Aufbaustäben sind die örtlichen Personalvertretungen ebenfalls mit eingebunden. Die Personalvertretungen werden weiterhin zu den Sitzungen der Arbeitsgruppen eingeladen und können auch permanent dort mitarbeiten. Über die Teilnahme entscheiden die Personalvertretungen selbstständig. Dieses Angebot wird von den Personalvertretungen gern und umfanglich angenommen.

info110: Wir müssen dem Landtag Ende Mai berichten über den Stand der

Dinge und wir haben die allgemeine Zielvorstellung, dass wir bis Jahresmitte den Infrastrukturvorschlag machen wollen für die zukünftige Gesamtstruktur der Polizei in Brandenburg, der ohne die Vorarbeit der Aufbaustäbe nicht möglich ist. Was sind Ihre Planungen bezüglich der Zeitschiene für die Aufbaustäbe?

Feuring: Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden als sie endlos hinauszuzögern und ich glaube, das



Bau auf, bau auf! Impressionen aus dem Aufbaustab

sollten wir auch zur Maxime unseres Handelns machen. Das heißt, wir müssen zügig eine Entscheidung vorbereiten, damit auch die Mitarbeiter sich daran orientieren können. Über einen langen Zeitraum die Unsicherheit nicht zu beseitigen, wäre ein strategischer Fehler.

Wir sind bemüht, alles zu tun, damit noch im Frühjahr dem Ministerium eine weiterführende Strukturentscheidung ermöglicht wird, so wie es der Zeitplan von Regierung und Landtag vorsieht.

Ich gehe davon aus, dass wir im nächsten Halbjahr in eine zweite Phase eintreten können, dann auch schon mit den Polizeidirektionen, und dass zum Ende des Jahres im Wesentlichen die Strukturentscheidungen vollständig vorliegen.

Diese werden dann aber noch nicht alle umgesetzt sein können. Wir gehen ja von zwei Zahlen aus, nämlich einmal 2014 und einmal 2020, also einem recht langen Zeitraum und es ist klar, dass sich viele Detailentscheidungen erst sukzessive werden realisieren lassen.

Aber die Hauptpunkte werden bis zum Jahresende geklärt sein, d.h. es gibt zwei Fixpunkte auf der Zeitschiene: Einmal Ende Juni und dann Ende Dezember 2011.

info110: Möchten Sie von sich aus den Kolleginnen und Kollegen noch etwas mit auf den Reformweg geben?

Feuring: Wesentlich ist mir die Feststellung, dass wir uns nicht allein auf Grund einer politischen Entscheidung über eine Reform Gedanken machen müssen. Wir waren ja mit der bestehenden Polizeiorganisation schon so weit, dass wir sowieso eine Reform angepackt hätten. Die jetzige Organisation unserer Polizei war unter den heutigen

Gegebenheiten nicht mehr zu gewährleisten. Das wird in den Diskussionen, die ich führe, ganz oft vergessen. Aber im Grunde weiß es jeder. Also hätten wir sowieso an die Arbeit gehen müssen.

Wichtig ist auch, dass man sich bei den ganzen Strukturfragen und auch bei den Standortfragen noch mal ganz klar vor Augen hält: Es gibt überhaupt keine polizeifachliche Entscheidung, die zu diesen heutigen Polizeiliegenschaften geführt hat.

„Es gibt überhaupt keine polizeifachliche Entscheidung, die zu den heutigen Polizeiliegenschaften geführt hat.“

ARNE FEURING ÜBER
„POLIZEI BRANDENBURG 2011“

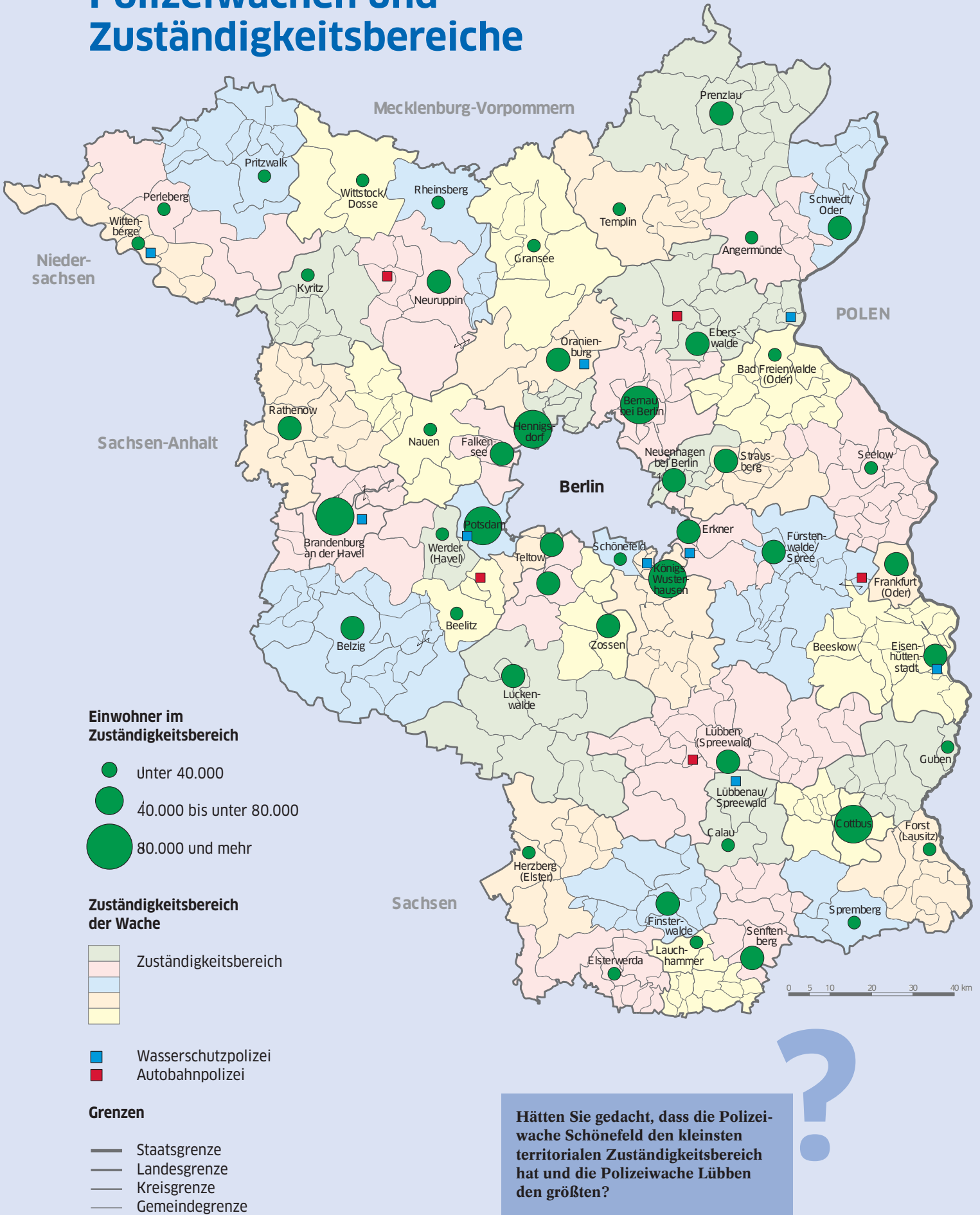
Es gibt keine Struktur der Wachen, die auf Grund irgendeines soliden polizeifachlichen Vorschlages entstanden ist.

Und die Unterschiede innerhalb unserer Wachenstruktur sind heute so enorm, dass sie sowieso einer Art Vereinheitlichung oder Überprüfung hätte unterworfen werden müssen. Deshalb sind wir aufgefordert, das jetzt endlich zu bewerkstelligen. Und zwar gerade unter polizeifachlichen Gesichtspunkten.

Herr Feuring, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte Ingo Decker, Pressesprecher MI

Polzeiwachen und Zuständigkeitsbereiche



Ministerium des Innern
Kartografie: Landesamt für Bauen und Verkehr

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

GdP-Landeschef Andreas Schuster im **info110**-Gespräch über den Streit um die Polizeireform, Defizite der Führungskultur und seine Rolle als Innenminister für einen Tag

info110: Herr Schuster, Sie sagten kürzlich in einem ND-Beitrag: „Die Polizei braucht dringend eine Strukturreform“. Warum, was stimmt denn mit unserer Polizei nicht?

Andreas Schuster: Man kann eigentlich immer und überall reformieren. Was in Brandenburg jetzt stattfindet, ist in erster Linie keine Reform, sondern ein Personalabbaukonzept. Wir bekommen 1.900 Stellen gestrichen und die Polizei wird beauftragt, eine Reform durchzuführen, um diesen Stellenabbau zu kompensieren. Nichts anderes ist der Hintergrund.

info110: Das beantwortet unsere Frage nicht. Sie haben sich für eine Strukturreform ausgesprochen. Und auch wir kennen praktisch niemanden, der die jetzige Situation in der Polizei ganz toll findet.

Schuster: Vieles kann besser gemacht werden. Es gibt nirgendwo einen Bereich, der perfekt funktioniert, auch nicht bei der Polizei. Man muss sich also fragen, wie man mit den vorhandenen Ressourcen die Arbeit besser gestalten kann. Das ist der Auftrag einer jeden Reform.

Wir sagen aber, 1.900 Stellen weniger in der jetzigen Struktur, das wird nicht funktionieren. Jetzt wird die Struktur reformiert und den neuen personellen Bedingungen angepasst. Dabei sollte man gleichzeitig das korrigieren, was uns schon immer gestört hat.

info110: Was stört Sie denn zum Beispiel?

Schuster: Bei der Kripo wurden, was wir nie verstanden haben, die zentralen kriminalpolizeilichen Dienste erst aufgelöst und später wieder schutzbereichsübergreifend zusammengefasst. Hier sind wir froh, dass wir wieder Fachkommissariate in den vier Regio-



Streitbar: GdP-Chef Andreas Schuster bei der info110

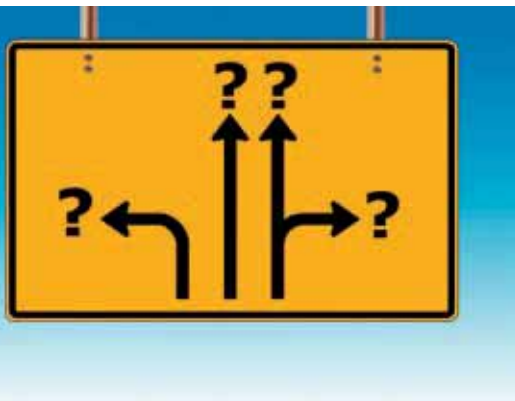
naldirektionen bekommen. Dieses Aufteilen hat damals niemand verstanden. Ein zweites Beispiel: Wir wollen, dass wieder zentrale Verkehrsdienste auf Direktionsebene gebildet werden, damit wir hier fachlich zusammengefasst die zentrale Verkehrsbearbeitung durchführen können. Auch das ist eine Uraltforderung von uns.

info110: Der Führungsstil in der Polizei steht sowohl in der Diskussion als auch in der Kritik. Zu Recht?

Schuster: Ja, wir müssen generell zu einem anderen Stil der Führung kommen. Die letzte Mitarbeiterbefragung hat deutlich gezeigt, dass es am Führungsstil die meiste Kritik gibt. Daran müssen wir arbeiten. Wir haben den höchsten Anteil des höheren Dienstes bundesweit. Kein Bundesland hat mehr. Trotzdem gibt es offensichtlich

die meiste Kritik an der Führung. Das betrifft auch die Führungsebene im gehobenen Dienst, also A12/A13. Da kann also irgendetwas nicht stimmen. Kollegen, die etwas sagen oder sich einbringen, fühlen sich oft nicht ernst genommen. Das muss zukünftig dringend besser werden. Die Kollegen denken schon mit und wissen oft, was besser gemacht werden kann, nur müssen sie auch mitgenommen werden.

Der ganz große Kritikpunkt bei uns ist auch der Druck von oben auf die Kollegen, bestimmte Kennzahlen zu erfüllen. Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden. Das haben viele Kollegen in der Ausbildung mal anders gelernt. Wir müssen auch auf unser Bild in der Bevölkerung achten. Wir haben noch immer eine sehr hohe Akzeptanz, aber die Bürger wollen eine präzise Polizei, sie wollen keine Polizei, die sie abzockt. →



info110: Proweb.sax ist weg und keiner vermisst es. Ist unser Berichtswesen zu umfangreich? Müssen wir auch über andere Dinge kritisch nachdenken?

Schuster: Proweb.sax war ein typisches Beispiel. Viele haben das eingegeben, was der Vorgesetzte hören wollte. Das System wurde abgeschaltet, ohne dass irgendetwas passiert ist. So muss man generell das Berichtswesen, das man in der Vergangenheit stark perfektionieren wollte, überprüfen. Wir können heute ganz genau sagen, wer womit beschäftigt ist. Man muss sich aber fragen, warum muss man das alles sagen können? Wozu muss ich wissen, wie viele Arbeitsanteile wir in welchen Bereichen haben? Das komplette Berichtswesen muss hinterfragt werden. Ist es nur dazu da, dass dicke Bücher entstehen oder Festplatten vollgeschrieben werden oder bringt es uns wirklich etwas?

info110: Wie beurteilen Sie unsere technische Ausstattung, vor allem mit Computertechnik?

Schuster: Wenn ich mein privates Umfeld betrachte, stelle ich fest, dass mitt-

lerweile jeder vernetzt ist. Da funktioniert das ja auch. Die Kollegen fragen sich zu Recht, warum das bei uns nicht funktioniert. Es gibt den klaren Wunsch, dass Vorgänge nur einmal aufgenommen werden und dann erledigt sind. Auch eine Vor-Ort-Recherche muss möglich sein. Hier gibt es enorme Reserven. Im technischen Bereich müsste deutlich investiert werden. Dazu brauchen wir ein Komplettpaket an vernünftiger Ausstattung, also Rechner, Drucker und Scanner. Das muss uns für die Repos, den WWD und für die Kripo gelingen. Das wäre ein wesentlicher Fortschritt, der uns wirklich was bringt.

info110: Das Reformgesetz ist beschlossen, die Aufbaustäbe sind gebildet. Wie geht es für Sie als GdP jetzt weiter?

Schuster: Wir werden auch weiterhin den Stellenabbau kritisieren. Wir haben

„Große Defizite haben wir im Bereich der Internetkriminalität“

mit unserer Volksinitiative schon eine Menge Druck auf die Politik ausgeübt.

Ein Landespolizeipräsidium hatten wir schon im Jahr 2000 gefordert. Die vier Direktionen finden auch unsere mehrheitliche Zustimmung. Wichtig war uns, dass wir die zwei Fachdirektionen, LKA und LESE, bekommen haben. Wichtig war auch, dass die 4. Hundertschaft bleibt.

Uns war klar, dass wir nicht alle 50 Wachen bei dem Personalabbau als 24-Stunden-Wachen aufrecht erhalten können. Der Aufbaustab hat nun die Aufgabe zu erarbeiten, wie die Struktur künftig aussehen könnte. Wir werden diese Arbeit begleiten und uns einbringen. Anschließend geht es dann in die innere Struktur. Dabei war uns wichtig,

dass wir in den Direktionen zentrale K und Verkehrsdienste haben und Kollegen, die den Bereich der Wasserschutzpolizei und der Prävention abdecken.

info110: Das Kriminalitätsbild verändert sich stark. Klassischer Diebstahl geht zurück, andere Kriminalitätsformen wie Internetkriminalität dagegen gab es von 20 Jahren überhaupt noch nicht. Auf welche Arten von Kriminalität müssen wir uns als Polizei zukünftig anders oder besser aufstellen?

Schuster: Rein theoretisch nimmt die Diebstahlkriminalität ab, aber ich meine, dass sich auch das Anzeigeverhalten deutlich geändert hat. Wurde früher jeder Diebstahl zur Anzeige gebracht, so gibt es immer mehr Bürger, die das heute nicht mehr tun. Hier müssen wir dem Bürger wieder mehr Vertrauen geben, dass auch diese Kriminalität verfolgt wird.

Große Defizite haben wir im Bereich der Internetkriminalität. Hier müssen wir technisch aufrüsten, aber auch die Kolleginnen und Kollegen besser qualifizieren. Wir können und müssen auch noch mehr im Bereich der Wirtschaftskriminalität machen. Hier werden die Verfahren immer schwieriger und komplexer. Ein weiteres Problem ist die Umweltkriminalität. Es gibt viele illegale Mülldeponien. Hier sind sehr umfangreiche Ermittlungen zu führen und da müssen wir mehr tun.

info110: Ohne mehr Fortbildung wird das wohl nicht gehen.

Schuster: Wir haben im Bereich der Fortbildung einen riesigen Nachholbedarf. Die zentrale Fortbildung ist in den letzten Jahren fast eingeschlafen und die dezentrale Fortbildung ist teilweise zum learning-by-doing geworden. Wir wollen gerade im Bereich spezialisierte Fortbildung eine Zentralisierung an der FHPol. Die zentrale Fortbildung muss



Andreas Schuster (51), Erster Kriminalhauptkommissar aus Döbbrick in Brandenburg, ist Gründungsmitglied der ehemaligen Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) im Jahre 1989. Im gleichen Jahr trat er nach deren Auflösung in die Gewerkschaft der Polizei ein. Seit 1990 ist er Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Brandenburg. Schuster ist als Bundeskassierer auch Mitglied im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.

Die **GdP** ist sowohl auf Bundesebene als auch im Land Brandenburg die mitgliederstärkste Gewerkschaft im Bereich der Polizei. Sie setzt sich seit mehr als 50 Jahren für die Belange von Polizeibeschäftigten ein. In Brandenburg zählt die GdP nach eigenen Angaben rund 7.300 Mitglieder.



Volksinitiative: Für den Erhalt einer leistungsfähigen Polizei in Brandenburg mobilisierte seit dem letzten Jahr eine Volksinitiative zahlreiche Unterstützer. Vertreter der Initiatoren, darunter viele junge GdP-Mitglieder, zogen am 14. Februar mit Transparenten zum Landtag und übergaben Parlamentspräsident Gunter Fritsch mehr als 97.000 Unterstützungsunterschriften. Mit der Volksinitiative sollte der Landtag aufgefordert werden, Reformentscheidungen „anhand der bestehenden Sicherheitslage und deren künftiger Entwicklung sowie unter Berücksichtigung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung zu überprüfen und ggf. zu korrigieren“.

ausgebaut werden, bei gleichzeitiger Erhaltung dezentraler Fortbildung. Wir verlieren immer mehr Spezialisten und wir haben immer weniger, die in die sehr großen Fußstapfen hineintreten können.

info110: Wie nehmen Sie das Gesprächsklima zwischen Innenministerium und Gewerkschaften wahr?

Schuster: Wir merken, dass wir wieder bedeutend mehr und bedeutend offener miteinander reden. Es wird auch zugehört auf der anderen Seite. Das war in der Vergangenheit teilweise nicht so. Dietmar Woidke hört zu und nimmt Argumente auf. Es ist schon ein anderes, ein sehr kommunikatives Klima geworden. Das heißt aber nicht, dass wir früher nicht miteinander geredet hätten.

info110: Die Regelbeurteilung wurde abgeschafft. Es gibt Verfechter dafür und dagegen, wie sehen Sie das?

Schuster: Wir als GdP haben mit einer deutlichen Mehrheit gesagt, dass die Regelbeurteilung abgeschafft werden soll. Dafür gibt es zwei Gründe. Es wurden über 8.000 Beurteilungen jedes

Jahr geschrieben. Es sitzen ja Menschen dran, die das schreiben müssen, dann müssen die Beurteilungen eröffnet werden usw., um im Ergebnis anschließend vielleicht 300 Beförderungen umzusetzen. Das steht in überhaupt keinem Verhältnis.

Und das zweite Problem war die „Gaußsche Verteilungskurve“ in die jeder reingedrückt wurde. Diese indirekte Quotierung haben wir abgelehnt.

Kritiker sagen jetzt, dass mit der Anlassbeurteilung nach Nase beurteilt wird. Das war früher aber auch nicht anders. Wir werden das genau begleiten, aber wir halten es für die bessere Lösung, wenn die Regelbeurteilungen abgeschafft werden. Es gab zum Schluss mehr unzufriedene Kolleginnen und Kollegen als zufriedene. Eine anlassbezogenen Beurteilung kann jederzeit eingefordert werden. Und ein guter Chef wartet auch nicht bis zum Stichtag 1. April, um mir zu sagen, was für eine Pfeife oder Top-Leistungsträger ich bin, sondern sagt mir das schon eher.

info110: Eine kurze Frage zum Schluss: Was würden Sie tun, wenn Sie einen Tag lang Innenminister wären?

Schuster: Ich würde alle Führungskräfte der Polizei zusammenholen und mit ihnen diskutieren über Führungsverhalten, Zielvorgaben, die Aufgaben der Polizei. Über die Gesamtphilosophie: Warum sind viele Kollegen so demotiviert, warum verlieren wir immer mehr an Image in der Bevölkerung, was können wir anders machen, warum ist die Führungsverantwortung in der Mitarbeiterumfrage so schlecht bewertet worden? Diese Themen würde ich gerne mal ganz offen diskutieren. Denn hier sehe ich das größte Defizit bei uns. Dann kann am nächsten Tag der richtige Minister das alles wieder gerade biegen.

Herr Schuster, wir danken Ihnen für das Gespräch.

*Das Gespräch führten
MI-Pressesprecher Ingo Decker
und info110-Chefredakteurin
Kathrin Ortlieb-Schern*

Polizeireform beschlossen – was jetzt?

Wir baten die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) und den Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) um ihre Meinung zu folgender Frage: „Das Polizeireformgesetz wurde beschlossen, die Aufbaustäbe haben ihre Arbeit aufgenommen. Damit und mit der Bildung des Polizeipräsidiums nimmt die Polizeireform jetzt Gestalt an. Welche Anforderungen und Prioritäten müssen aus Ihrer Sicht bei der weiteren Konkretisierung der Reform in den nächsten Monaten vorrangig berücksichtigt werden? Und welche Überlegungen sehen Sie mit Sorge?“



Es fehlt bislang an Transparenz

Nach dem beschlossenen Polizeireformgesetz haben die Aufbaustäbe ihre Arbeit aufgenommen. Bisher ist wenig an die breite Masse der Mitarbeiter in der Landespolizei gedrungen, welche Gestalt die Polizeireform annehmen wird. Es fehlt nach wie vor die Transparenz gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, die sich überhaupt nicht von der neuen Strukturreform mitgenommen fühlen. Die Reform wurde von der Landespolitik vorgegeben, die Polizeiführung handelt und vergisst dabei die Kollegen, die die Reform „ausbaden“ müssen.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind „Reformerfahren“ und wissen genau, dass genannte Reformziele oft nicht eingehalten wurden. In weiten Teilen ist die Motivation in die Verlässlichkeit der politischen Entscheidungen zerstört. Nach unserer Überzeugung ist ein großes Maßnahmenpaket mit Mindestforderungen notwendig:

Neben der bereits genannten größtmöglichen Transparenz in den Entscheidungsprozessen, müssen die fachlichen Meinungen und Erfahrungen der Bediensteten mit einfließen. Eine wesentliche Forderung ist, die Einsparungen nicht auf Kosten

der Polizistinnen und Polizisten vorzunehmen, die Arbeiterleichterung muss im Vordergrund stehen. Eine weitere Arbeitsverdichtung birgt erhebliche Risiken für die Gesundheit unserer Mitarbeiter.

Durch Veränderungen in der Gesellschaft sind neue „Kriminalitätsfelder“ entstanden, beispielsweise Online- und Internetbetrügereien. Hier hat die Polizei einen großen Nachholbedarf.

Recht auf Sicherheit

Die Bevölkerung wird immer beunruhigter über die gefühlte gestiegene Anzahl von Straftaten gegen das Leben bzw. die körperliche Unversehrtheit. Hier muss ein neuer polizeilicher Arbeitsschwerpunkt erkannt werden und nicht Planstellen abgebaut werden. Auch wenn der Bevölkerungsrückgang anscheinend nicht aufzuhalten ist, haben die Bürger im Land ein Recht auf Sicherheit und „ihre“ Polizei. Die Funktionsfähigkeit und der positive Leistungsstand der Polizei darf nicht gefährdet werden.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist bereit, sich in den Reformprozess einzubringen. Es ist nicht gewünscht,

so bleibt uns nur im Lenkungsausschuss des Innenministeriums die Ergebnisse der Aufbaustäbe übermitteln zu bekommen, ohne unsere Erfahrungen und konkreten Vorschläge erörtern und einbringen zu können.

Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt, wenn es darum geht, die Strukturen unterhalb des Präsidiums und der Direktionen zu bestimmen. Hierbei muss es auch darum gehen, unseren Mitarbeitern Perspektiven zu eröffnen und ihnen die Möglichkeit zu geben sich in ihrer Region einzusetzen. Aufstiegsmöglichkeiten und Fortbildung müssen den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Insbesondere für Nachwuchskräfte müssen neue Lehrgänge installiert werden, z.B. Sachbearbeiter Kriminalpolizei, Kriminaltechniker, Einsatzkoordinator oder auch Dienstgruppenleiter. Das Gesundheitsmanagement ist fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort setzen sich täglich für die Sicherheit vor Ort ein. Die zukünftigen Strukturen sollten sie dabei unterstützen.

■ MICHAEL WERNER,
DPoIG-LANDESVORSITZENDER



Sie vermissen an dieser Stelle einen Beitrag? Die GdP wurde nicht eigens angefragt, was mit ihr so abgestimmt ist. Lesen Sie bitte stattdes-

sen das Interview mit GdP-Chef Andreas Schuster ab Seite 59.

Die Redaktion



Analysieren ja, aber bitte richtig!

Bei den bevorstehenden einschneidenden Strukturveränderungen geht es in allen Bereichen der Polizei ans Eingemachte. Umso wichtiger ist es, das Gesamtsystem – soweit bei der Dimension der Sparvorgaben überhaupt möglich – nicht aus der Balance geraten zu lassen. Die Dezember-Ausgabe der „info 110“ berichtet in ihrem Beitrag „Personalkosten verdoppelt, Mitarbeiterzahl verringert“ über die Personalentwicklung seit 2000. Demnach habe die Kriminalpolizei ihren Anteil an der Gesamtpolizei bei gleichzeitig rückläufiger Kriminalitätsbelastung „ausgebaut“. Das suggeriert, die Kripo könne nun vielleicht sogar überproportional zur Ader gelassen werden. Ein Blick hinter die Zahlen lohnt! Mit der Reform 2002 wurden aufgrund politischer Entscheidungen Aufgaben und Personal aus anderen Organisationseinheiten zur Kriminalpolizei verlagert (Spezialeinheiten von der LESE zum LKA, wo sie im Übrigen auch weiterhin ihren Platz haben sollten; Bearbeitung von Verkehrsvergehen; Kriminalaktenhaltung). Allein diese polizeiinternen Verschiebungen von Aufgaben und Personal betrafen rund 600 Stellen.

Ist der Personalanteil des Wach- und Wechseldienstes im Unterschied zur Kripo „annähernd gleich“ geblieben? Nach anderen Zahlen hat sich die Schutzpolizei von 2.917 Stellen im Jahr 2001 (28,9 % – Drucksache Landtag Brandenburg 4/1570) auf 3.145 im Jahr 2010 (34,6 % – siehe Bericht der „Kommission Polizei Brandenburg 2020“, S. 40) entwickelt.

Auch die Entwicklung der Kriminalität und der Kontrolldelikte muss differenziert betrachtet werden. Nur einige Stichworte: Rückgang nur beim (angezeigten) Diebstahl; stabiler, nicht „rückläufiger“ Sockel ermittlungintensiver Delikte.

Sorge um Kripo

Unabhängig vom Blick auf und hinter die Zahlen lassen die bisherigen Signale für die Kripo nichts Gutes ahnen: Klare politische Vorgaben zum Erhalt der schutzpolizeilichen Präsenz in der Fläche (richtig!), Entscheidung für ein nach Auffassung des BDK im Unterschied zum von uns präferierten Abteilungsmodell deutlich personalintensiveres Stabsmodell, Einlenken beim Personalabbau bei der Bereitschaftspolizei (in der Sache positiv) und Aussparen

der Strafverfolgung in der politischen und öffentlichen Diskussion.

Wenn Innenminister Dietmar Woidke im Gespräch mit dem BDK Anfang Januar einerseits erklärte, dass Brandenburg „eine starke Kriminalpolizei“ braucht, sich andererseits jedoch nicht festlegen wollte, ob es bei den durch die Bosch-Kommission avisierten 455 abzubauenen Stellen bei der Brandenburger Kripo (immerhin 21%) bleibt oder ob diese zur Kompensation für Zusagen aus dem Innenministerium in anderen Bereichen noch mehr Federn lassen muss, so bereitet das dem BDK erheblich Sorge.

Der Minister wird sich an der Funktionsfähigkeit der Brandenburger Polizei messen lassen müssen. Für deren Umbau trägt er (und nicht die Aufbaustäbe) die politische Verantwortung. Sparmaßnahmen dürfen nicht einseitig zu Lasten bestimmter Teilbereiche der Polizei gehen.

Äpfel dürfen nicht mit Birnen verglichen, Statistiken aller Art nicht einseitig interpretiert werden, nur weil Personalabbau damit legitimiert werden soll.

■ WOLFGANG BAUCH,
BDK-LANDESVORSITZENDER



Andere Länder, andere Sitten?

Ein Blick über die Grenze:
Polizeireformen in Sachsen
und Thüringen

Auch andere Länder planen eine Polizeireform. Die Hintergründe dafür sind ähnlich wie in Brandenburg. Auch in Sachsen und Thüringen nehmen die Zahlen der Einwohner und der finanzielle Spielraum beider Länder ab.



Ähnliche Bedingungen, ähnliche Lösungen?

Im Dezember 2009 richtete das Sächsische Staatsministerium des Innern das Projekt „Polizei 2020“ ein. Auf der Internetseite www.polizei2020.sachsen.de formuliert Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) die Ziele der Polizeireform. Zu den Zielen der Reform äußert sich Ulbig so: „Der Streifendienst

soll in der bisherigen Anzahl erhalten bleiben“, „... ein engmaschiges Netz von Bürgerpolizisten...“, „die Reduzierung von Führung, Stab und Verwaltung (30 Prozent)“ und „die Bereitschaftspolizei verbleibt in voller Stärke“. Inzwischen liegt auch in Sachsen ein Diskussionspapier zur künftigen Aufgabenstruktur der sächsischen Polizei vor. Die Polizei Sachsen verfügt derzeit über 13.911 Stellen. 2020 werden

es 11.280 Stellen sein. Damit ist ein Personalabbau von etwa 19 Prozent vorgezeichnet. So soll in Sachsen im Jahr 2020 ein Polizeibeamter auf 404 Einwohner kommen.

Auch die Thüringer Landesregierung forderte die Erarbeitung einer Strukturreform bis Ende 2010. Das Innenministerium richtete eine Projektgruppe ein, die die Ergebnisse zur Prüfung vorlegte. Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) sagte: „Ausgangspunkt der Strukturüberlegungen waren erkannte Schwachstellen in der Aufbau- und Ablauforganisation der Thüringer Polizei.“ In Thüringen gibt es derzeit rund 6.300 Polizeivollzugsbedienstete, bis 2020 soll diese Zahl sinken. Eine genaue Zielzahl wurde noch nicht bekannt gegeben.

Verkehrte Welt?

Widerstände gegen die Reformen gibt es auch in Thüringen und Sachsen. Was auffällt ist aber die Sichtweise der Beteiligten in Thüringen. Den Grünen geht die Reform nicht weit genug. Der grüne Landtagsabgeordnete Dirk Adams erklärte, dass wegen der sinkenden Bevölkerungszahl auch die Zahl der Polizisten drastisch reduziert werden müsse – und zwar noch stärker, als die bisherigen Pläne es vorsähen. Auch die Polizeigewerkschaft GdP zeigt sich trotz Kritik aufgeschlossen „Nicht jede Polizeidienststelle muss auf Biegen und Brechen erhalten werden. Die jetzigen Strukturen wurden geschaffen, als wir noch mehr Personal hatten. Wenn es nicht mehr genug Geld für die Besetzung der Stellen dort gibt, muss man andere Prioritäten setzen. Es macht keinen Sinn, viele kleine Dienststellen mit nur einem oder zwei Beamten zu erhalten. Die Kollegen, die in der Nacht ihren Dienst am Notruf verrichten, sollten eigentlich im Funkwagen sitzen. Es fahren doch immer weniger Polizeiwagen Streife“, sagte GdP-Landeschef Marco Grosa laut Thüringer Allgemeine vom 22. Januar 2011. – Interessante Sichtweise!

■ KATHRIN ORTLIEB-SCHERN
INFO110-CHEFREDAKTEURIN

„Adieu, Beurteilungsunwesen“

Regelbeurteilung abgeschafft

Das Beurteilungsverfahren sah bisher eine jährliche Leistungsbeurteilung und darüber hinaus anlassbezogene Kompetenzbeurteilungen vor, die beispielsweise anlässlich Stellenbesetzungs- und Aufstiegsverfahren gefertigt wurden. Diese Regelung war zeit- und arbeitsintensiv und stieß bei den Verfassern und Empfängern meist auf wenig Verständnis.

Die Aussetzung

Die bisherigen Verfahren zur dienstlichen Beurteilung der Beamten in der Polizei wurden seit dem Jahr 2008 durch die

- Verwaltungsvorschrift über die dienstliche Beurteilung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes Brandenburg (BeurtVV Pol) vom 20. Juli 2007, in Kraft getreten am 1. Januar 2008, und die
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern über die dienstliche Beurteilung der Beamten im Landesdienst (BeurtVV) vom 28. März 2008, in Kraft getreten am 1. Juli 2008, geregelt.

Am 22. September 2009 bzw. 28. Januar 2010 erfolgte die Aussetzung beider Vorschriften.

Die neue Vorschrift

Eine einschneidende Änderung ist der Wechsel vom Regelbeurteilungssystem hin zu einem Anlassbeurteilungssystem.

Demnach sind Beurteilungen gemäß Ziffer 3 der BeurtVV aus Anlass der Probezeit, von Bewerbungen, Beförderung, des Aufstiegs, bei dienstherrenübergreifender Versetzung und des Laufbahnwechsels zu fertigen. Ziel der Anlassbeurteilungen ist es, den Verwaltungsaufwand für das Beurteilungswesen auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß zu verringern.

Durch Innenminister Dietmar Woidke wurde am 16. November 2010 diese neue Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern über die dienstliche Beurteilung der Beamten im Landesdienst (BeurtVV) schlussgezeichnet. Sie trat am 1. Januar 2011 in Kraft.

Die Beurteilungsmodalitäten anlässlich von Stellenbesetzungen im Rahmen der Polizeireform werden durch die Aufbaustäbe erarbeitet.

- FRANZISKA KRUSCHEL, MI, REF. IV/3

Nachgefragt:

Regelbeurteilungen weg. Was jetzt, Herr Zeeb?

Innenstaatssekretär Rudolf Zeeb hat sich seit längerem entscheidend dafür eingesetzt, dass die bisherige jährliche Regelbeurteilung abgeschafft wird. Am Ende mit Erfolg. Seit kurzem ist die Neuregelung des Beurteilungswesens in Kraft. **info110** sprach darüber mit dem Staatssekretär:



*Innenstaatssekretär
Rudolf Zeeb*

info110: Herr Zeeb, Sie haben die Abschaffung der Regelbeurteilung betrieben und sich für das neue Modell eingesetzt. Was waren Ihre Gründe dafür?

Rudolf Zeeb: Ich habe hier im Land in verschiedenen Funktionen die Auseinandersetzung um das richtige Beurteilungssystem schon jahrelang begleitet. Mit der jährlichen Regelbeurteilung gab es ein Instrument, das einerseits den Bedürfnissen, welche Mitarbeiter an „Führung“ haben, nicht mehr wirklich entsprach und zudem auch mit sehr viel Aufwand und Bürokratie verbunden war. Manche überzogene Hoffnung wurde geweckt und viele Enttäu-

Unterzeichnet Rahmendienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

schungen produziert. Das führte zu viel Kritik, auch im Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Meine Grundposition ist eine andere. Personalführung findet nicht vorrangig über Zeugnisse statt, sondern über das tägliche und das regelmäßig in größeren Abständen stattfindende Mitarbeitergespräch – ohne dass es gleich in der Akte erscheint. Vorgesetzter und Mitarbeiter tauschen sich offen über das aus, was den Dienst und die Führung ausmacht.

„Das Mitarbeitergespräch muss wieder eine größere Bedeutung bekommen.“

Auf der anderen Seite sollten sich die Beurteilungen im Beamtensystem konsequent darauf beschränken, worauf der Beamte einen Anspruch hat. Wenn er sich bewerben möchte, wenn er weiter kommen will oder wenn er in Beförderungsentscheidungen miteinbezogen wird, dann wird eine Beurteilung erstellt.

Insgesamt ist die neue Regelung also ein Zurück zu den wesentlichen Funktionen der Beurteilung und zugleich eine Rückbesinnung auf Führung durch tägliche Arbeit und regelmäßige Personalgespräche.

info110: Muss das Mitarbeitergespräch jetzt eine wichtigere Bedeutung bekommen?

Zeeb: Ja, unbedingt. Denn es ist, und auch das ist auch eine Kritik an diesem jährlichen System hier im Geschäftsbereich gewesen, leider ein bisschen in den Hintergrund geraten, weil die Vorgesetzten zu viel zu tun hatten, um jährlich förmliche Beurteilungen abzugeben. Ein riesiger und meines Erachtens unvermeidbarer Aufwand. Das Mitarbeitergespräch muss also in Zukunft wieder eine größere Bedeutung bekommen.

Das Gespräch mit Staatssekretär Rudolf Zeeb führten MI-Pressesprecher Ingo Decker und info110-Chefredakteurin Kathrin Ortlieb-Schern

Petra Schäuble, die Vorsitzende des Polizei-Hauptpersonalrates, und Innenminister Dietmar Woidke schlossen am 4. Januar 2011 die Rahmendienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ab.



In der Präambel der neuen Dienstvereinbarung heißt es:

„Erwerbstätigkeit, Elternschaft und Pflege gehen mit höchst vielfältigen und häufig inkompatiblen Anforderungen einher. Berufliche und familiäre Pflichten stehen dabei in einem permanenten Spannungsverhältnis, das den Betroffenen erhebliche Anstrengungen abverlangt, um erfolgreich im Beruf arbeiten und gleichzeitig Kinderbetreuung und / oder die Pflege von Angehörigen gewährleisten zu können. Um den damit verbundenen Belastungen der Bediensteten der Polizei gerecht zu werden, bedarf es der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge des Dienstherrn. Dabei besteht Einvernehmen darüber, dass mit der Vereinbarung von

Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur ein wirksamer Beitrag zur Gesundheitsförderung für die Bediensteten, sondern auch ein Beitrag zur Entlastung der Familien als gesellschaftspolitische Herausforderung geleistet wird.“

Die Vereinbarung gilt für alle Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg. Schwerpunkte bilden die erweiterten Regelungen zur Arbeitszeit- und Arbeitsortflexibilisierung, die Verbesserung der Führungskräftekompetenz, die Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

Die Rahmendienstanweisung ist im Intranet auf den Seiten des P-HPR abrufbar.



P-HPR

Die Seite des Polizei-Hauptpersonalrates

Der Personalrat hat das Wort

Polizeistrukturreform 2020

Auf einer Sondersitzung im Dezember 2010 billigte der P-HPR den Organisationserlass zur Errichtung eines Polizeipräsidiums. Mit der Bildung des Aufbaustabes geht jetzt die eigentliche Arbeit zur Umorganisation der Brandenburger Polizei los. Zur Wahrung der Beteiligungsrechte und zur Interessenvertretung der Beschäftigten insbesondere bei sozialen Belangen wird der P-HPR im Aufbaustab und in den Arbeitsgruppen vertreten sein. Im Aufbaustab

arbeiten Petra Schäuble (P-HPR) und Detlef Antonius (B II) mit.

Die Arbeitsgruppen werden wie folgt besetzt:

- **Kripo:** Jens Dreßler (B III)
- **Einsatz:** Dirk Huthmann (B IV)
- **Recht:** Ulrich Rätzel (P-HPR)
- **Org.:** Thomas Kühne (B II)
- **Personal:** Wolfgang Britz (B I)
- **Immo/Technik:** Jörg Göhring (P-HPR)

■ JÖRG GÖHRING,
POLIZEI-HAUPTPERSONALRAT (P-HPR)

Polizeiarbeit und Familie

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Männern und Frauen, die sich für Kinder und/oder die Pflege ihrer Angehörigen entscheiden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Dem öffentlichen Dienst kommt dabei eine besondere Verantwortung und eine Vorbildfunktion zu. Gerade in der Brandenburger Polizei ist der Dienstherr in einer besonderen Verpflichtung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern – denn der Beruf ist häufig genug mit großen psychischen und physischen Belastungen verbunden.

Mit der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung zur Vereinbarkeit von

Beruf und Familie durch die P-HPR-Vorsitzende Petra Schäuble und Innenminister Dietmar Woidke am 4. Januar 2011 wurde die Grundlage für bessere Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt geschaffen.

Die Vereinbarung gilt für Beamte und Tarifbeschäftigte gleichermaßen. In ihr werden verschiedene Handlungsfelder zur Verbesserung der Situation von Bediensteten mit Betreuungs- und Pflegeaufgaben beschrieben. Schwerpunkte der Vereinbarung sind die erweiterten Regelungen zur Arbeitszeit- und Arbeitsortflexibilisierung, die Verbesserung der Führungskräftekompetenz, die Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

Nun geht es darum, dass diese Rahmenvereinbarung in die tägliche Praxis umgesetzt und mit Leben erfüllt wird. Dies erfordert von allen Beteiligten viel Engagement und Zielstrebigkeit im Interesse aller Bediensteten in der Polizei.

Ziel muss es sein, dass die Familienfreundlichkeit in unserer Polizei auch aus demografischen Gründen ein „Erfolgsfaktor“ wird und als Gewinn für eine lebendige und offene Organisation mit einem verbesserten Betriebsklima bewertet wird.

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz

In Auswertung der im Frühjahr 2010 durchgeführten Untersuchung der psychophysischen Belastungen am Arbeitsplatz (Screening-Verfahren) ergibt sich für den P-HPR ein breiter Handlungsbedarf für die Umsetzung eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements in der Brandenburger Polizei.

Der P-HPR hat Handlungsfelder für die Gestaltung des Gesundheitsmanagements entwickelt, die in die Aktualisierung des Rahmenkonzeptes einfließen sollten.

Die Eckpunkte der Handlungsfelder sind:

- die Fortschreibung der Personalentwicklungskonzeption
- Entwicklung eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements
- Stärkung der sozialen Kompetenz der Führungskräfte
- die Erprobung von Mitarbeiterfeedbacks
- die Förderung der Teambildung
- die Rückführung des flexiblen Arbeitszeitmodells auf die ursprüngliche Idee
- die Verbesserung der Arbeitsmedizinischen Vorsorge und der baulichen und technischen Zustände an Arbeitsplätzen.

Der P-HPR wird sich aktiv für die Umsetzung der Handlungsfelder einsetzen.



Licht

Ein wichtiges Thema für das Einsatztraining?

Ein nicht unerheblicher Teil von Angriffen gegen Polizeibeamte geschieht in den Dämmerungs- bzw. Nachtstunden sowie in Räumlichkeiten mit schlechten Lichtverhältnissen. Also Umfelder in denen schlechte Sichtverhältnisse vorherrschen.

Es eigentlich sollte uns das nicht verwundern, denn ein Straftäter versucht seine kriminellen Handlungen möglichst verdeckt auszuführen, um dann im Schutze der Dunkelheit verschwinden zu können.

Etwa 80% der Informationen, die unser Gehirn täglich verarbeitet, werden mit den Augen aufgenommen. Das richtige Erkennen der Situation ist elementar für unser weiteres Handeln. Eine zusätzliche Lichtquelle in diesem Umfeld schafft daher einen erheblichen Vorteil. Licht kann jedoch falsch eingesetzt, den Verlauf einer Konfrontation negativ beeinflussen. Aus diesem Grund werden in Einsatztrainings die Teilnehmer auch zu diesem Thema weitergebildet.

info110 sprach mit PK Rupert Eisele, Einsatztrainer in Potsdam:

info110: Welche grundlegenden Fehler können im Umgang mit Licht gemacht werden?

Rupert Eisele: Da gibt es viele. Die meisten Kollegen müssen erst einmal lernen, in einer taktischen Situation aus der Sicht des Täters zu denken. In welchem Licht stehe ich und was kann man von mir sehen? Wo würde ich mich verstecken? Als häufigste Fehler sind hier exemplarisch Dauerlicht, Rückenlicht und die Selbstblendung zu nennen.

Der größte Fehler, den die Kollegen jedoch machen können ist, erst gar keine Lampe bei sich zu führen. Taktische Lampen sollten auch tagsüber im passenden Holster am Koppel mitgeführt werden. Eine Verfolgung bei besten Lichtverhältnissen kann im dunkelsten Keller oder stark schattierten Hinterhof enden.

„Richtig eingesetzt, kann eine Lampe entscheidend unterstützen“

Wichtig ist hierbei, dass die Lampe gut erreichbar immer an der gleichen Stelle getragen wird. Außerdem muss das Ziehen der Lampe aus dieser Position geübt werden. Idealerweise sollte man das Ziehen und Bedienen der Lampe mit der Nichtschießhand üben, da sonst bei einer plötzlich auftretenden bewaffneten Konfrontation ein Handwechsel erfolgen müsste, um die Waffe zu ergreifen. Die beste Lampe hilft nichts mit leeren Batterien. Vor jedem Einsatz sollte daher die Leuchtkraft der Lampe überprüft werden.

info110: Diese Hinweise sind mit einer großen Stablampe wie der „MAG-Lite“ bestimmt nicht so einfach umzusetzen, oder?

Eisele: Das ist sicherlich richtig. Bedingt durch ihre Größe und ihr Gewicht ist es den Kollegen nicht immer möglich, diese ständig bei sich zu führen. Einige Kollegen haben sich deshalb privat taktische Lampen gekauft, mit denen sie bei uns trainieren.

Zudem wurden Lampen zu Test- und Auswahlzwecken durch den ZDPol ausgegeben. Diese werden derzeit von Kollegen in verschiedenen Schutzbereichen erprobt. Vorrangig werden den Teilnehmern aber Techniken vermittelt, die den Umgang mit der „MAG-Lite“ erleichtern. Nicht zuletzt weil sie zur Grundausstattung eines Funkstreifenwagens gehört und die meisten Kollegen mit ihr arbeiten.

info110: Welche Möglichkeiten habe ich denn mit einer Lampe?

Eisele: Eine gute taktische Lampe kann man sehr facettenreich einsetzen. Leider wird sie im täglichen Dienstgebrauch meist nur als Such- und Identifizierungsmittel eingesetzt. Sie kann jedoch viel mehr. Unter anderem kann man mit ihr navigieren, das heißt sich im Dunkeln orientieren oder den Weg weisen, man kann kommunizieren z.B. Signal geben, warnen oder seinen Standort angeben. Mit einer Lampe kann man auch einen Bereich kontrollieren und dementsprechend die Bewegungsfreiheit des Delinquenten einschränken. Richtig eingesetzt kann man seine und die Position von Kollegen verschleiern. Auch tagsüber kann eine Lampe bei richtigem Einsatz Zwangsmaßnahmen entscheidend unterstützen.

Mit Rupert Eisele sprach
info110-Chefredakteurin
Kathrin Ortlieb-Schern



PK Rupert Eisele, 32, seit Oktober 2009 Einsatztrainer im ET-Stützpunkt Potsdam-Eiche

Häufig gemachte Fehler im Umgang mit Licht:

Dauerlicht hat bei einer Absuche nach einem Täter den Vorteil, dass wir das Umfeld ununterbrochen wahrnehmen können. Es birgt jedoch den Nachteil, dass wir dem Täter die ganze Zeit unseren Standort und unsere Bewegungsrichtung offenbaren, sodass er sich auf uns einstellen kann. Deshalb sollte man im Team versu-

chen, die Lichtquellen im wechselnden Einsatz zu verwenden und Dauerlicht vermeiden. Dies kann die Bewegung der Beamten verschleiern, Laufwege werden so schwer voraussehbar. Ein wichtiger Grundsatz ist es, dass Licht nur in kurzen Intervallen zu benutzen, um in der Zwischenzeit die weitere Laufrichtung zu lokalisieren. Der Beam-

te macht sich dadurch ein kurzes Bild der Situation, um sich danach im Schutze der Dunkelheit zu bewegen. Vermeiden sollte man hierbei, direkt in die Richtung zu leuchten, in die man geht. Besser kann man dem Täter seine eigene Laufrichtung nicht anzeigen. Hierbei ist das schwächere Licht der Corona (äußerer, größerer, schwächerer

Beim Auffinden eines Täters sollte konsequent Dauerlicht eingesetzt werden. Hier kann schon eine leichte Veränderung der Strahlrichtung dem Beamten einen enormen Vorteil verschaffen.



Direkte Konfrontation mit dem Täter.
Der Beamte richtet den Spot instinktiv auf die Brust des Delinquenten. Hände und Gesicht sind zu erkennen. Es tritt jedoch keine Blendwirkung ein.



Eine minimale Veränderung des Spots auf Gesichtshöhe verschlechtert die Position des Täters erheblich, da hierbei seine Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird. Der Beamte wird zum Handelnden.

Richtiges Einstellen des Leuchtkopfes

Eine Lampe im taktischen Einsatz sollte immer so eingestellt werden, dass sich der Lichtkegel aus dem Spot (innerer, kleiner, heller Kreis) und der Corona (äußerer, großer, weicher Kreis) zusammensetzt (vgl. Bild 1). Ein Lichtkegel ohne Spot sollte vermieden werden (vgl. Bild 2)



Richtige Einstellung: punktuelle Leuchtkraft auf ca. 5 Meter.



Falsche Einstellung: Es entsteht ein Lichtkreis ohne Spot.

Kreis des Lichtkegels) zur Orientierung zu nutzen.

Um die eigene Bewegung besser tarnen zu können, sollten wiederholende Muster beim Ein- und Ausschalten der Lampe vermieden werden. Klar erkennbare Muster kann der Verdächtige für seine eigenen Absichten nutzen.

Rückenlicht sollte man – sofern möglich – grundsätzlich vermeiden, da man sich selbst aus Sicht des Täters ununterbrochen sichtbar macht.



Beispiel für Rückenlicht: Die Silhouette des Beamten zeichnet sich klar ab.



Einsatz einer Lichtquelle: Die Silhouette des Beamten ist deutlich schlechter zu erkennen.



Gleiche Situation wie bei Bild 2, nur mit geschlossener Tür. Es ist nur noch die Lichtquelle zu erkennen.

Beim Vorgehen im Team sollten die Beamten auch darauf achten, sich nicht selbst ins Rückenlicht zu setzen. Grundsätzlich sollte der vordere im Team laufende Beamte das Licht unter Beachtung der aufgeführten Lichtprinzipien verwenden.



Negativbeispiel: Der im hinteren Bereich agierende Beamte leuchtet seinen Kollegen aus.



Negativbeispiel: Noch ungünstiger: Der hintere Beamte leuchtet seinem Kollegen in den Rücken. Durch die Reflektion leuchtet er beide aus.



Richtig: Nur der im Vordergrund agierende Beamte benutzt seine Lichtquelle.

Beim Vorgehen in unbeleuchteten Gebäuden sollte man darauf achten, sich nicht durch Wandreflektionen an Türrahmen oder an Ecken selbst zu blenden und dadurch sichtbar zu machen.



Negativbeispiel: Durch die Reflektion an der Wand leuchtet sich der Beamte selbst aus.



Richtig: Eine leichte Veränderung der Strahlrichtung – weg von der Wand bewirkt eine völlig andere Sicht auf den Beamten.

Ein Wintermärchen?

Neues Gesetz zur Winterreifenpflicht sorgt für Verwirrung

Seit Anfang Dezember 2010 gibt es in Deutschland eine gesetzliche „Winterreifenpflicht“. Tatsächlich sind die Vorgaben der neuen Regelungen aber weitaus weniger strikt, als man annehmen könnte.



Alte Regel verfassungswidrig

Bisher war in § 2 Abs. 3a der StVO vorgeschrieben, dass die Ausrüstung von Fahrzeugen „an die Wetterverhältnisse anzupassen“ ist. Hierzu zählte insbesondere die „geeignete Bereifung“. Nach einem Beschluss des Oberlandesgerichtes Oldenburg verstieß dieser Paragraph gegen das Bestimmtheitsgebot (Artikel 103 Absatz 2 GG) und die Verhängung von Bußgeldern war verfassungswidrig. Die Vorschrift musste präzisiert werden.

Mit der Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung und der Bußgeldkatalogverordnung wurde der § 2 Abs. 3a der StVO neu gefasst und trat am 4. Dezember 2010 in Kraft.

„Winterreifenpflicht“ für alle?

Bei Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch, Eis- oder Reifglätte darf ein Kraftfahrzeug nur mit Reifen gefahren werden, welche die in Anhang II Nr. 2.2 der Richtlinie 92/23/EWG des Rates beschriebenen Eigenschaften erfüllen (M+S Reifen). Kraftfahrzeuge der Klassen M2, M3, N2 und N3 dürfen bei solchen Wetterverhältnissen auch gefahren werden, wenn an den Rädern der Antriebsachsen M+S Reifen ange-

bracht sind. Die „Winterreifenpflicht“ gilt nicht für Nutzfahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft sowie Einsatzfahrzeuge der in § 35 Abs. 1 StVO genannten Organisationseinheiten, soweit für diese Fahrzeuge bauartbedingt keine M+S Reifen verfügbar sind.

Entsprechend des Anhangs II Nr. 2.2 der Richtlinie 92/23/EWG des Rates handelt es sich um Reifen, bei denen das Profil der Lauffläche und die Struktur so konzipiert sind, dass sie vor allem in Matsch und frischem oder schmelzendem Schnee bessere Fahreigenschaften gewährleisten als normale Reifen. Das Profil der Lauffläche der Reifen ist im Allgemeinen durch größere Profilrillen und/oder Stollen gekennzeichnet, die voneinander durch größere Zwischenräume getrennt sind, als dies bei normalen Reifen der Fall ist.

Bußgeld verdoppelt

Bei Verkehrskontrollen und Unfallaufnahmen ist nicht ausschließlich darauf abzustellen, dass Winterreifen durch M+S Symbol gekennzeichnet sein müssen. Auch Reifen mit lediglich Schneeflockensymbol oder Bergpiktogramm sowie Reifen ohne entsprechende Kennzeichnung, die dem oben genannten Profil entsprechen sind, als „Winterreifen“ zu betrachten.

Die Regelsätze der Bußgeldkatalog-Verordnung wurden verdoppelt. Ein Kraftfahrzeugführer, der ohne die beschriebenen Reifen unterwegs ist, muss künftig ein Bußgeld von 40 Euro entrichten, kommt es zur Behinderung sind es sogar 80 Euro.

Für die Erfassung in SC-OWI stehen ab die folgenden Tatbestände zur Verfügung:

- 910211 (Sie fuhren bei Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch, Eis- oder Reifglätte ohne Reifen, die die Eigenschaften von M+S-Reifen erfüllen.) = 40 Euro und
- 910311 (Sie fuhren bei Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch, Eis- oder Reifglätte ohne Reifen, die die Eigenschaften von M+S-Reifen erfüllen und behinderten dadurch Andere.) = 80 Euro

Fazit

Zumindest Reifglätte tritt überall in Deutschland auch außerhalb der Winterzeit im Frühling und im Herbst auf. Von einer auf den Winter begrenzten „Winterreifenpflicht“ kann daher keine Rede sein kann. Da trifft es sich gut, dass die Jahreszeit „Winter“ im neuen Verordnungstext gar nicht erst auftaucht.

■ CINDY KERSTING, MI, REF. IV/41.3

„Als die Polizei noch im Käfer kam“

Die sehenswerte Dokumentation zeigt die Entwicklung der Polizei in NRW von 1945 bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Am Anfang gab es noch keine richtigen Uniformen, dafür aber MG-Schießen und Handgranatenweitwurf in der Ausbildung. Damals, so erzählt ein Beamter, galt Köln noch als „das Chicago des Westens“. Mit vielen Zeitzeugenberichten wird die Entwicklung der Einsatzmittel illustriert. Erst kam der VW Käfer. Höchstgeschwindigkeit: 110 km/h. „Der zog keinen Hering vom Teller“, erinnert sich ein Streifenbeamter an manch verbegliche Verfolgung.

„Der Käfer zog keinen Hering vom Teller.“

Das sollte sich ändern, wenigstens zum Teil. Es kling heute zwar fast unglaublich, aber mit der Einrichtung der ersten Autobahnpolizeiwachen Mitte der 50er Jahre wurde die NRW-Autobahnpolizei mit weißen Porsches ausgerüstet. „Sieben Porsche hintereinander, da war Ruhe auf der A 3“, so ein Beamter

zufrieden. Interessant zu sehen sind auch die Anfänge der modernen Verkehrsüberwachung mit Messposten und Stoppuhr. Auch Funkgeräte waren anfangs im Streifendienst noch ganz unbekannt: „Wenn wir Hilfe brauchten, mussten wir erstmal ein Telefon suchen.“

Besonders beeindruckend ist die Geschichte der ersten Frauen bei der Polizei geschildert. Pionierinnen, die sich damals kaum als solche gefühlt haben dürften, aber die Türen für ihre heutigen Nachfolgerinnen weit aufgestoßen haben. Zunächst nur bei der WKP, der „Weiblichen Kriminalpolizei“, u.a. zuständig für Sittendelikte.

Es war ein weiter Weg: Als das Fernsehen in den 50ern Polizeischülerinnen bei der Schießausbildung zeigen wollte, wurde die zunächst erteilte Drehgenehmigung zurückgezogen. Gefilmt werden durften dann nur Schülerinnen bei der Gymnastik. Sie galten damals als „Exoten“. Ein Bürger, auf der Straße befragt nach seinen Vorstellungen von einer gu-

ten Polizistin, gibt völlig im Ernst an: „Jung, adrett und gutes Aussehen.“

Auch sonst ist diese Polizeigeschichte immer auch zugleich Sitten- und Zeitgeschichte. Mit Schmunzeln nimmt man etwa folgenden bedrohlichen Lagebericht aus den 60ern heute zur Kenntnis: „Meldungen von so genannten Partys und Orgien aus den Großstädten unseres Landes, die mit jugendlichen Mädchen gefeiert werden, reißen nicht ab.“ Der Ernst des Polizeialltags mit allen seinen schweren Belastungen

„Meldungen von Partys und Orgien mit Mädchen reißen nicht ab.“

aber ist kein neues Phänomen. Es stimmt schon nachdenklich, wenn eine alte Kriminalistin aus dem Sittendezernat erzählt: „Nachdem ich pensioniert wurde, habe ich angefangen, von Vergewaltigungen zu träumen. Vorher nie. Es gab furchtbare Fälle.“



DVD „Als die Polizei noch im Käfer kam“, ARD-Video, ca. 90 min, u.a. erhältlich über den ARD-Internetshop.

Militärwaffen vs. Kriegswaffenkontrollgesetz

Sprengstoff, Waffen, Kriegswaffen – wann findet welches Gesetz Anwendung?

Mit schöner Regelmäßigkeit kann man in den polizeilichen Tagesberichten „Verstoß gegen KWKG“ lesen, wenn im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen zufällig eine Patrone, Granate, ein Militärgewehr oder auch nur einige Bajonette aufgefunden wurden. Zumeist dürfte sich diese Aussage nicht halten lassen.

Militärrepetierer und Bajonette unterliegen ausnahmslos nicht dem KrWaffKontrG



Zunächst ein Hinweis auf die oft falsch gebrauchte Abkürzung. KWKG steht für „Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz“, das Kriegswaffenkontrollgesetz kürzt sich korrekt „KrWaffKontrG“ ab.

Der Blick ins Gesetz schafft Klarheit

Warum wird der Besitz von Militärwaffen und zugehöriger Munition in aller Regel nicht als Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verfolgt? Der Blick ins Gesetz, hier besonders in die Kriegswaffenliste, schafft, entsprechend einer alten Juristenweisheit, Klarheit. Die

Kriegswaffenliste erfasst bei Rohrwaffen nur halb- und vollautomatische Gewehre. Somit sind alle Repetierbüchsen, wie z.B. der Mauser K 98, und alle Blankwaffen, wie Säbel, Bajonette usw., nicht Gegenstand des Gesetzes. Maschinengewehre fallen nicht darunter, wenn sie wassergekühlt sind, Maschinenpistolen und Sturmgewehre nicht, wenn das Modell vor dem 2. September 1945 militärisch eingeführt worden ist.

Immer wieder ist zu hören, dass vollautomatische Rohrwaffen immer dem Gesetz unterlägen. Dem ist nicht so! Nur Waffen aus militärischer Fertigung können Gegenstand des Gesetzes sein. Was als zivile Jagd-, Sport-, oder

Verteidigungswaffe hergestellt wurde, unterliegt dieser Rechtsvorschrift nie.

Waffengesetz verbietet zivile Munition

In Bezug auf Handfeuerwaffenmunition erstreckt sich das Verbot auf Patronen mit Leucht-, Brand-, Spreng-, oder Hartkerngeschoss. Normale Infanteriemunition mit Bleikerngeschoss ist nicht erfasst, soweit das Kaliber auch bei Jagd- oder Sportwaffen verwendet wird.

Eine Unterscheidung, ob die Patrone aus ziviler oder militärischer Fertigung stammt, ist anhand des Bodenstempels leicht möglich. Zivile Munition trägt im

Bodenstempel die Kaliber- und Herstellerbezeichnung, militärische einen Fertigungscode.

Es ist keinesfalls so, dass die beschriebene Spezialmunition aus ziviler Fertigung nicht verboten wäre. Sie ist durch das Waffengesetz erfasst. Das gilt auch für alle Waffen und Munition, die durch Manipulation oder gesetzliche Änderungen aus dem Bereich des KrWaffKontrG herausfallen.

Bodenfunde: Strafrechtlich oft irrelevant

Noch einen Hinweis auf die häufig sichergestellten Bodenfunde von Granaten u.ä. aus den Weltkriegen. Nur in Ausnahmefällen findet man diese bei Militariasammlern in scharfem Zustand. Sie sind meist entschärft und damit strafrechtlich irrelevant.

Wer (Weltkriegs-) Munition zerlegt und Explosivstoffe entfernt, ohne im Besitz einer Erlaubnis zu sein, verstößt gegen das Sprengstoffgesetz. Es gibt eine Reihe von Urteilen, in denen der Besitz von „Bodenfunden“ als nicht dem KrWaffKontrG unterliegend qualifiziert wird. Das BKA weist darauf hin, dass tatsächliche Kriegswaffen nach einer Manipulation, beispielweise durch einen Umbau zur „Wildererwaffe“, den Regelungen des Waffengesetzes unterliegen.

Eher Wirtschafts- als Waffengesetz

Im Land Brandenburg gab es Jahr 2010 nur fünf Gerichtsverfahren mit Bezug zum Kriegswaffenkontrollgesetz. In keinem ist eine Freiheitsstrafe ausgesprochen worden.

Das Gesetz ist in erster Linie nicht als Waffen-, sondern eher als Wirtschaftsgesetz zu verstehen. Zuständige Genehmigungsbehörde ist die Bundesregierung, nicht die Polizei. Hauptziel ist nicht die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, sondern das Interesse der Bundesrepublik an guten Beziehungen zu anderen Ländern, völkerrechtliche Verpflichtungen und die Verhinderung eines Angriffskrieges. Insgesamt also eine differenziert zu betrachtende Materie.

■ MICHAEL GELLENBECK,
LANDESKRIMINALAMT



Sturmgewehre, die vor dem 02.09.1945 militärisch eingeführt wurden, unterliegen nicht dem KrWaffKontrG



Übungsraketen und -granaten ohne Spreng-/Zünd-/Treibladung unterliegen nicht dem KrWaffKontrG

Weichen für die Zukunft gestellt

Einführung des
Digitalfunks der BOS
in Brandenburg





Eines der derzeit größten technischen Modernisierungsvorhaben in Deutschland befindet sich in der Umsetzungsphase: Die Einführung des Digitalfunks für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Damit wird es ein bundesweit einheitliches Funknetz für alle Rettungs- und Sicherheitskräfte geben und die bestehenden, voneinander unabhängigen Analogfunknetze werden abgelöst.

Das Projekt

Für die Vorbereitung, Implementierung und Inbetriebnahme des Digitalfunks der BOS im Land Brandenburg wurde 2009 die „Operative Projektorganisation Digitalfunk BOS Brandenburg“ mit Dienstsitz in Potsdam-Pirschheide aufgebaut. Die Projektorganisation arbeitet in sieben fachlichen Teilprojekten unter der Federführung von Jörg Vogler (Operativer Projektleiter) an der Umsetzung des Projektauftrages.

Im Land Brandenburg werden für das neue Hochsicherheits-Kommunikationsnetz der BOS bis zu 170 Basisstationen errichtet. Die genaue Anzahl steht mit Abschluss der Funkfeinplanung fest.

Die bauliche Fertigstellung aller für das Land Brandenburg geplanten Funkstandorte erfolgt voraussichtlich bis Ende 2011. 57 Funkstandorte sind bereits baulich fertig gestellt. Mit der einsatztaktischen Notwendigkeit, dem Digitalfunk-Starterland Berlin zu folgen, befinden sich die Basisstationen im sogenannten „Berliner Kragennetz“ (Autobahnring A 10) bereits im Testbetrieb.

Meilensteine

Im Frühjahr wird das Baumblütenfest in Werder/Havel zum fünften Mal mit Digitalfunk abgesichert. Erfolgreiche Pilottests unter realen Einsatzbedingungen in besonderen Einsatzlagen wie dem Baumblütenfest, der ILA oder Castor-Transporten waren mit ihrer sehr guten Resonanz wiederholt positive Beispiele für die erhebliche Verbesserung der mobilen Kommunikation und Zusammenarbeit der Brandenburger BOS mit Digitalfunk.

Ein weiterer Meilenstein wird in diesem Jahr die Inbetriebnahme des Objektfunkversorgungssystems auf dem neuen Hauptstadt-Airport BBI sein. Der BBI verfügt über einen 6-gleisigen Bahnhof mit drei Bahnsteigen direkt unter dem Terminal. In Vorberei-



ung auf die Inbetriebnahme des Funksystems sind Ende 2010 erste Werktests auf dem Bahnhof durchgeführt worden – demnächst werden weitere Tests und Übungseinsätze folgen.

Neue Funkgeräte

Die erste Funkgeräteausschreibung des Landes wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2011 erfolgen. Um den Kommunen den finanziellen Einstieg in eine neue Funkgeräteausstattung zu erleichtern, wird das Land den Kommunen eine Beteiligung an den Funkgeräteausschreibungen (Rahmenverträge) des Landes – optional in Abgrenzung zu einer möglichen Eigenbeschaffung – anbieten. Das Land verfolgt damit auch die prioritäre Zielstellung einer landeseinheitlichen Funkgeräteausstattung, um die Zusammenarbeit der BOS im Land weiter zu stärken.

Weitere Informationen zur Einführung des Digitalfunks im Land Brandenburg sind auch im Intranet der Polizei (Webauftritte > Digitalfunk) abrufbar.

■ ANNETT LINDNER,
PROJEKTORGANISATION DIGITALFUNK
BOS BRANDENBURG

Vorteile BOS-Digitalfunk:

- Alle BOS kommunizieren in einem Netz
- Hohe Verfügbarkeit und bessere Flächenabdeckung
- Verschlüsselung und damit Abhörsicherheit des Funkverkehrs
- Optimale Ausnutzung des Netzes durch gemeinsame Verwendung der Frequenzen
- Optimierter Informationsfluss durch flexible Bildung effektiver, organisationsübergreifender Kommunikationsstrukturen
- Sehr gute Sprachübertragung ohne störende Nebengeräusche
- Möglichkeit der Übertragung von Daten/ Kurznachrichten
- Kürzere Reaktionszeiten durch automatische Positionsermittlung der Einsatzmittel (GPS)
- Notruffunktion (Notruftaste) mit höchster Priorität

Einsatz in Blau

Ausstattung aller rund 6.500 uniformierten Beamten mit neuer Uniform abgeschlossen

Seit Dezember 2010 sind Brandenburgs Polizistinnen und Polizisten nur noch „in Blau“ unterwegs. Mit den Angehörigen der Landeseinsatzeinheit erhielten die letzten der insgesamt rund 6.200 uniformierten Polizeibeamten die neue Uniform der Landespolizei. Damit wurde der dreijährige Wechsel vom jahrzehntelangen Grün-Beige erfolgreich abgeschlossen. **info110** wollte wissen, wie die Uniform bei den Kollegen ankommt und hat in der Polizeiwache Schönefeld, die schon im Jahr am Trageversuch beteiligt war, nachgefragt. Welche Eindrücke gibt es, was gefällt gut und was könnte verbessert werden?

*Blaue Uniform:
Klare Verbesserungen bei Funktionalität, Aussehen und Qualität*



Neue Uniform: Viel Lob und einige Kritik

Eindrücke aus der Praxis von POM'in Karina Köhler, Polizeiwache Schönefeld

Insgesamt ist die neue Uniform in den Punkten Funktionalität, Aussehen und Materialqualität kaum mit der alten Uniform vergleichbar ist und diese in allen Punkten weit übertrifft.

Es gibt viele positive Aspekte, die man hier hervorheben kann, wie beispielsweise die legeren Cargohosen, die deutlich leichteren und moderneren Jacken aber auch die komplett neuen und gut gelungenen Schuhvarianten.

Bei allem positiven Lob gibt es aber auch hier und da Nachteile im Tragekomfort oder bei der Qualität von einzelnen Bekleidungsstücken, die im Folgenden erläutert werden.

Kopfbedeckung:

Die **RECHTECKMÜTZE** wurde ja bereits einmal überarbeitet und ist grundsätzlich in Ordnung.

Die **STRICKMÜTZEN/STIRNBÄNDER** sind zwar als zusätzliche Tragevariante ein Zugewinn, aber vom Wärmegefühl als nicht komplett ausreichend zu bezeichnen. Als Vorschlag ist hier eventuell eine Art Fleecestoff angebracht.

Zu den **BASECAPS** kann gesagt werden, dass hier wahrscheinlich eher geschmackliche Unterschiede bei den Trägern ursächlich für viele Diskussionen sind. Kurzum: Die einen tragen sie ständig, die anderen gar nicht.

Oberbekleidung:

Die **HEMDEN/BLUSEN** sind von der Qualität recht gut und vom Stoff her nicht zu dünn. Zum viel diskutierten Pflegeaufwand der Oberhemden/Blusen muss man sagen, die Hemden/Blusen muss man waschen und bügeln wie jedes andere vergleichbare Bekleidungsstück eben auch. Hier wird ganz oft die Tatsache vergessen, dass es sich um ein klassisches Bekleidungsstück handelt, welches nun mal bestimmten Pflegebestimmungen unterworfen ist.

Ein Problem gab es bereits mehrfach mit den zu eng bemessenen Knopfleisten im Armabschluss bei den Langarmhemden/Blusen.

Die **POLOSHIRTS** kommen in Form und Optik ganz gut an. Zur Stoffqualität kann man sagen, dass sie knitterarm sind und im Bereich der Waffe nicht mehr so schnell aufscheuern und ein Pilling (kleine Knötchen) bilden. Jedoch haben viele Kollegen das Gefühl, durch diese Art von Stoff würde sich eher ein unangenehmes Körpergefühl/Geruchsproblem entwickeln als es bei den Poloshirts der 1. Generation der Fall war. Weiterhin wird der dunkle Rückeneinsatz mit der Aufschrift **POLIZEI** im Sommer als unangenehm erachtet, da der Stoff nicht atmungsaktiv ist.

Nun zum größten Problemstück der gesamten Kollektion, dem **STRICKROLLI**. Er ist, auch bei penibel beachteten Wasch- und Pflegehinweisen, weder formbeständig noch ist er wirklich warm. Auch fehlt ihm der doppelte Rollkragen, der wie beim Vorgänger bei Bedarf hochgerollt werden konnte. Hier wurde schon ganz oft der Vorschlag unterbreitet, den alten beigefarbenen Strickrolli in einem Blauton anzubieten.

Der **STRICKTROYER** und auch die **STRICKJACKE** kommen sehr gut an,



Der neue Strickrolli: „Größtes Problemstück der Kollektion“



Die Hose: Gern genommen, aber die Tasche für den Schlagstock fehlt

könnten aber um eine komplette Bündelänge verlängert werden.

Die **JACKEN** bieten auf jeden Fall eine bessere Auswahl als früher, sind mit sehr hochwertigen Materialien verarbeitet und sehen zudem noch recht modern aus. Als Nachteil bei der Fleece-Winter-Jacken-Kombination ist eindeutig zu sagen: wind- und wasserbeständig ja, aber kältebeständig nein. Auch beim Tragen beider Teile ist eine ausreichende Wärme nicht gewährleistet.

Die **SOFTSHELLJACKE** ist in Form und Funktionalität vollkommen in Ordnung.



Unsere Autorin Karina Köhler

Hosen:

Nachdem die ersten Hosen glücklicherweise noch mal überarbeitet wurden und auch nun meist Hosen ausgegeben werden, bei denen die Druckknöpfe außen liegend angebracht sind, hat sich die Optik (durchscheuerte Stellen) deutlich verbessert. Speziell die **WINTERHOSEN** mit dem Innenfutter werden an kalten Tagen gern genommen.

Ein großes Manko ist das Fehlen einer Tasche für den Schlagstock. Hier sollte nachgebessert werden, damit auch dieses Einsatzmittel künftig wieder mitgeführt werden kann.

Die **TUCHHOSEN** sind in Form und Tragekomfort in Ordnung, waschen sich aber im Vergleich mit den alten Hosen schneller aus. Beim Kauf über das Warenhaus sind sie, verglichen mit den Cargohosen mit ihren vielen Taschen, fast schon unerklärlich überteuert.

Viel diskutiert wurden auch das Fehlen des früher angebotenen Schals und die Notwendigkeit von langer Thermounterwäsche, um optional die nicht komplette Wärmeleistung der Jacken zu überbrücken.

■ KARINA KÖHLER,
POLIZEIWACHE SCHÖNEFELD

Unter der Lupe: Wie gelingt Veränderung?

EU-Projekt gestartet: FHPol-Forscher befragen
Brandenburger Polizisten

COMPOSITE - Comparative Police Studies in the EU
An international research project funded by the European Commission

Home Project Partners News Links Contact Partner Login

ERIM > Research > Centres > COMPOSITE Comparative Police Studies in the EU

COMPOSITE research project

COMPOSITE stands for 'Comparative Police Studies in the EU'. COMPOSITE is a research project that looks into large scale change processes in police forces all over Europe. Some of these change projects reach their goals, but some fail or face serious problems along the way. COMPOSITE attempts to find out what factors contribute to success or failure of these change processes. Our researchers will have a close look at organisational structures, organisational identities and cultures, leadership styles, and processes.

COMPOSITE is funded over a period of four years out of the FP 7 framework programme of the European Union. Its consortium consists of 16 partners from ten European countries. It cooperates with police forces in Belgium, the Czech Republic, France, Germany, Italy, the Republic of Macedonia, the Netherlands, Romania, Spain, and the United Kingdom. Official project start was August 1, 2010. The project coordinator is Dr. Gabriele Jacobs of Erasmus University Rotterdam.

News & Features

Police socialisation in France and England
New chapter published by Damien Cassan...

New Organizational Psychology Journal
Organizational Psychology Review – First issue due February 2011...

Official search COMPOSITE project
Funded by the EU with a 6.6 million € grant, the Comparative Police Studies in the EU (COMPOSITE) p...

SEVENTH FRAMEWORK PROGRAMME

Partners: RSM ERASMUS UNIVERSITY, Fraunhofer FIT, POLIZEI Land Brandenburg, Durham University, CNRS

Nichts ist so beständig wie der Wandel“ heißt ein mittlerweile geflügeltes Wort, das in keinem Buch über Veränderungsmanagement zu fehlen scheint. Die Polizei kann davon ein Lied singen, und wer die vergangenen zwei Jahrzehnte Revue passieren lässt, kommt auf eine beeindruckende Zahl von Projekten, durch welche die Art und Weise, wie die Polizei arbeitet, mehr oder weniger stark verändert wurde.

Dabei wurde kaum ein Bereich ausgelassen: die Allgemeine Aufbauorganisation, Standorte, Kommunikationswege, Zuständigkeiten, Verfahrensabläufe, die Aus- und Fortbildung, die IT-Ausstattung, polizeiliche Dienstvor-

schriften, Beurteilungsverfahren, die Farbe der Uniformen und vieles mehr.

Das meiste davon funktioniert recht gut, an vieles hat man sich gewöhnt, doch einiges stößt auf Widerstand, und über manche Veränderung spricht man auch noch Jahre später mit Frustration, Verbitterung und Unverständnis.

Doch woran genau liegt es, dass manche Veränderungsprozesse recht schnell akzeptiert werden und andere auch noch nach Jahren den Blutdruck des Gesprächspartners in die Höhe treiben? Gibt es Faktoren, an denen man die akzeptanzfähigen bereits im Voraus von den widerstandsfähigen Projekten unterscheiden kann? Gibt es Techniken, die Widerstände zu verrin-



gern? Sind die Faktoren, die zu Ablehnung führen, überall die gleichen, oder unterscheiden sie sich je nach Organisation, Region, Zielgruppe oder kulturellem Hintergrund? Gehen bestimmte Dinge in der Großstadt leichter als in einem Flächenland? In Bayern leichter als in Mecklenburg-Vorpommern? In Frankreich leichter als in Deutschland? Wenn ja, warum ist das so? Und kann man das beeinflussen?

Fachhochschule als Partner

Die Fachhochschule der Polizei in Oranienburg will helfen, diese Fragen zu beantworten. Sie ist einer von 15 Partnern im Konsortium des Forschungsprojekts COMPOSITE. Das Akronym COMPOSITE steht für „Comparative Police Studies in the EU“ und bezeichnet ein Projekt, das auf vier Jahre angelegt ist, von der EU-Kommission mit knapp 7 Millionen Euro gefördert wird und Veränderungsprozesse in den Polizeien von zehn europäischen Ländern untersucht: in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, in den Niederlanden, in Belgien, Spanien, Italien, in der Tschechischen Republik, in Rumänien und Makedonien.

Das Projekt begann im August letzten Jahres. Koordinator und Konsortialführer ist die Erasmus-Universität Rotterdam. Dr. Jochen Christe-Zeyse, Vizepräsident der FHPol, ist einer der Mitinitiatoren des Projekts und Mitglied im Leitungsteam. Außer der Universität Rotterdam und der Fachhochschule der Polizei Brandenburg nehmen noch dreizehn weitere wissenschaftliche Institutionen an dem Projekt teil und zwar die Fraunhofer Gesellschaft Deutschland, die spanische Managementerschule ESADE, die Unternehmensberatungsfirma Capgemini in Paris, die Universitäten Antwerpen, Sheffield, Utrecht, Durham, Babeş-Bolyai (Rumänien), St. Kliment Ohridski (Makedonien) und Brno (Tschechische Republik), das italienische Forschungsinstitut FORMIT und das französische Forschungsinstitut CNRS.

Das Forschungsprojekt bedient sich dabei einer ganzen Palette moderner empirischer Verfahren, mit denen aus allen verfügbaren Quellen Informationen darüber gewonnen werden sollen, welche gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und technologischen Veränderungsprozesse auf die Polizeien Europas einwirken, wie die Polizei-Organisationen auf diese Herausforderungen reagieren und welche Auswirkungen die dadurch ausgelösten Veränderungsprozesse auf die Organisationsmitglieder haben.

Vermittlung: Forschung für alle

Ein wesentliches Ziel des Forschungsprojektes, dem auch von der Europäischen Kommission eine große Bedeutung beigemessen wird, ist die Vermittlung der Forschungsergebnisse auch in die polizeiliche Fachwelt und die politische und allgemeine Öffentlichkeit hinein. Da Forschungsergebnisse häufig nur in wissenschaftlichen Fachzeitschriften publiziert werden, besteht die Gefahr, dass sich der Kreis derjenigen, die von diesen Ergebnissen erfahren, auf die wenigen Wissenschaftler beschränkt, die solche Zeitschriften lesen. Und dies sind aller Erfahrung nach nicht diejenigen, die Verantwortung tragen für die untersuchten Organisationen oder für die Umsetzung von Veränderungsprozessen.

Aus diesem Grund wurde die Verbreitung der Forschungsergebnisse als eigenes Teilprojekt gestaltet und mit den entsprechenden Ressourcen versehen. Verantwortlich für dieses Teilpro-

jekt ist die FHPol Brandenburg. Verbreitungskanäle sind in erster Linie die Internetseite des Projekts (www.composite-project.eu) wissenschaftliche und polizeiliche Publikationen, aber auch Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften. Hinzu kommen Konferenzen und Symposien, Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Referate und Vorträge in Behörden und Dienststellen, auf Seminaren der Europäischen Polizeiakademie CEPOL und anderen nationalen oder internationalen Institutionen.

Vom 12. bis 14. Januar 2011 fand an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg eine Konferenz der Forscherteams aus den beteiligten Ländern statt. Außerdem trafen sich hochrangige Vertreter der Polizeien aus den beteiligten zehn Ländern, die in einem so genannten „End User Board“ das Projekt fachlich beraten.

Das Forscherteam an der FHPol in Oranienburg wird bereits im Februar und März die ersten Interviews in den Dienststellen des Landes führen. Wir würden uns sehr freuen, hierbei Unterstützung zu bekommen.

■ DR. JOCHEN CHRISTE-ZEYSE,
VIZEPRÄSIDENT DER FHPOL



Ausgezeichnete Sicherheit

Landespräventionspreis vergeben – Schulpartnerschaften gewürdigt



Zum fünften Mal fand in Brandenburg die Vergabe des Landespräventionspreises statt. Innenminister Dietmar Woidke und der damalige Bildungsminister Holger Rupperecht verliehen am 21. Dezember 2010 in Potsdam den Landespräventionspreis Brandenburg 2009. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden zugleich die besten Partnerschaften zwischen Polizei und Schule für das Schuljahr 2009/2010 ausgezeichnet.



Verein ESTAruppin überzeugt

Mit dem Landespräventionspreis werden besondere Projekte in der kommunalen Kriminalitätsverhütung des Landes Brandenburg gewürdigt und mit einem Preisgeld von 5.000 Euro honoriert. Der Verein ESTAruppin e. V. hat mit seinem Projekt „Kinder stark machen – zu stark für sexuellen Missbrauch“ für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren die Fachjury und den Vorstand des Landespräventionsrates (LPR) überzeugt. Das Projekt hat es verstanden, Eltern, Erzieherinnen und Pädagogen für das Thema „Sexueller Missbrauch“ stärker zu sensibilisieren, die Präventionsarbeit zu diesem Thema in der pädagogischen Arbeit in Kitas und Grundschulen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin zu verankern sowie eine bessere Vernetzung von Akteuren des Kinderschutzes zu erreichen.

Beste Partnerschaften „Polizei und Schule“

Als beste Schulpartnerschaften wurden die Oberschule „Carl Friedrich Grabow“ Prenzlau und der SB Uckermark, PW Prenzlau, und die Förderschule „Schule an den Havelauen“ Hennigsdorf und der SB Oberhavel, PW Hennigsdorf, ausgezeichnet.

Die Oberschule „Carl Friedrich Grabow“ Prenzlau richtet ihr Augenmerk auf ein höfliches und von gegenseitiger Toleranz geprägtes Miteinander. In Zusammenarbeit mit der Polizei werden Schulungen von Streitschlichtern und Schülerordner durchgeführt sowie Schulprojekte initiiert. Intensiv gestaltet sich die Arbeit mit auffälligen Schülern und Schulverweigerern, um auch ihnen die Möglichkeit eines Schulabschlusses zu geben.



Schülersprechstunde der Polizei

Die „Schule an den Havelauen“ Hennigsdorf und die Polizei arbeiten seit acht Jahren engagiert und erfolgreich zusammen. Besonders bewährt hat sich die Einrichtung einer „Schülersprechstunde“ der Polizei, bei der Probleme

bekannt werden, die die Schüler den Lehrern nicht anvertrauen. Zudem unterstützt die Polizei auch verschiedene schulische Projekte wie Sportveranstaltungen, Verkehrserziehung, Wald- und Geländespiele sowie Schulungen von Ordnungsschülern.

■ HEIKE DAHLHELM, MI, REF. IV/42.3

Vorbildlich: Partnerschaft zwischen Polizei und Schule in der Uckermark

Die Carl-Friedrich-Grabow-Schule in Prenzlau und die Polizei der Uckermark erhielten Ende des vergangenen Jahres eine Auszeichnung für „vorbildliche Verwirklichung der Partnerschaft zwischen Polizei und Schule“. Nur zwei Schulen des Landes Brandenburg wurden auf diese Weise geehrt und für ihre stetigen Bemühungen belohnt.

Persönlich nahmen die Direktorin, Konstanze Schlopsnies, die Schulsozialarbeiterin, Kerstin Tamms, Polizeidirektor Sven Brandau, Leiter der Polizei im Schutzbereich Uckermark, sowie Polizeihauptmeister Gerald Pillkuhn, Mitarbeiter der Prävention der Polizei im Schutzbereich Uckermark, die Auszeichnung von Innenminister Dietmar Woidke und dem damaligen Bildungsminister Holger Rupprecht entgegen.

Schon seit Jahren steht die Polizei in der Uckermark im engen Kontakt zu den Schulen ihrer Region. Eine sehr en-

ge und aktive Zusammenarbeit wird seit langer Zeit auch zwischen der Polizei und der Prenzlauer Grabow-Schule gepflegt. Gemeinsam hat man sich die Sicherheit im Bereich der Schule besonders auf die Fahnen geschrieben und konnte so einem doch recht negativen Image in der Vergangenheit nicht unerheblich entgegenwirken.

Was diese Auszeichnung vor allem der Schulleiterin und ihren Mitarbeitern bedeutet, können nur wenige nachvollziehen. Nicht nur die Lehrer sondern auch die Schüler sind stolz auf das, was sie gemeinsam in mühseliger Arbeit an ihrer Schule erreicht haben – und das zu recht.

Wir sprachen darüber mit Schulleiterin, Konstanze Schlopsnies.

■ SANDRA URLAND,
PRESSESPRECHERIN
SCHUTZBEREICH UCKERMARK

„Das Klima ist bedeutend besser geworden“

info110-Gespräch mit Schulleiterin Konstanze Schlopsnies zur Partnerschaft mit der Polizei Uckermark

Sandra Urland: Ihre Schule hat in den vergangenen Jahren sehr eng mit der hiesigen Polizei zusammengearbeitet. Was war der Grund dafür?

Konstanze Schlopsnies: Vor einigen Jahren wurden rund um Prenzlau viele ländliche Schulen geschlossen. Als die Grabow-Schule dann auch noch die Anbindung der gymnasialen Oberstufe verlor und zur Gesamt- und schließlich zur Oberschule wurde, litt das Image sehr. Für viele Schüler war das ein Grund, diese Schule bei der Schulwahl gar nicht erst in Betracht zu ziehen.

Zu uns kamen vermehrt Schüler der untersten Bildungsebenen, aus sozial schwachen Familien oder aus sozialen Brennpunkten. Jugendgruppen, die durch ihre Gewalt auffielen, bestimmten immer mehr den schulischen Alltag. Lehrer und Schüler wurden mehr und mehr mit Verhaltensweisen konfrontiert, durch

die ein Miteinander immer schwieriger wurde.

Immer wieder hatte man mit Bedrohungen, Nötigung, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Mobbing zu kämpfen.

Irgendwann war der Leidensdruck bei den Lehrern wie auch bei den Schü-

„Fakt ist, der Ruf unserer Schule war so gut wie ruiniert.“

lern so groß, dass wir zu der Erkenntnis kamen, hier muss sich unbedingt was ändern. Doch wir wussten auch, dass wir das nicht allein schaffen würden. Dieser Erkenntnis folgten dann auch Taten. Gemeinsam mit dem Schulamt entschlossen wir uns, die Polizei als Partner mit ins Boot zu holen.

Das sahen wir als große Chance für uns alle. Wir haben die Probleme nie unter den Teppich gekehrt und sie jederzeit offen angesprochen. Gemeinsam mit der Polizei wurde dann ein ganzes Maßnahmenpaket geschnürt und jeder Einzelne in seine Verantwortung genommen.

Urland: Welche Maßnahmen folgten nun?

Schlopsnies: Das Hauptaugenmerk aller Bemühungen legten wir auf einen menschlichen, von gegenseitiger Toleranz, Verständnis und Respekt geprägten Umgang miteinander.

So wurden die Hausordnung überarbeitet, klare Regeln sowie Sanktionen für die Nichteinhaltung aufgestellt. Die Lehrer wurden speziell geschult, um den Umgang mit gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen zu lernen. Zu →



Die Carl-Friedrich-Grabow-Schule in Prenzlau

dem gab es zusätzliche Schulungen wie Konfliktmanagement, Erkennen von Mobbing und Verhalten im Mobbingfall und Anti-Bias-Training (Toleranz – wie gehe ich mit Vorurteilen um).

„Mittlerweile kann sich die Schule wieder sehen lassen.“

Aber nicht nur mit den Lehrern wurde gearbeitet, sondern auch mit den Schülern. Vor allem sie standen im Mittelpunkt aller Bemühungen um ein besseres „zwischenmenschliches Klima“ in der Schule. So wurde die Arbeit mit auffälligen Schülern und Schülerverweigerern intensiviert, um auch diesen Schülern die Möglichkeit eines Schulabschlusses zu geben und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sie auch ein wichtiger Teil der Gemeinschaft sind. Zudem wurden Streitschlichter und Schülerordner ausgebildet und gemeinsame Schulprojekte initiiert. In diesen Projekten lernten die Schüler den respektvollen Umgang miteinander sowie die Fähigkeiten, Konflikte selbst zu bewältigen. Wir haben das Konzept unserer Klassenfahrten umgestellt. Sie sind nicht mehr nur reine „Vergnügungsfahrten“, sondern werden bewusst unter dem Aspekt „Miteinander statt Gegeneinander“ – unter Zuhilfenahme

teambildender Maßnahmen – organisiert.

Auch ein Schul-Club wurde ins Leben gerufen. Hier nutzen die Schüler unter anderem die Möglichkeit, Probleme untereinander im Gespräch miteinander zu klären. Für dieses Projekt erhielten wir im Jahr 2009 den „Fair bringt mehr“ – Preis.

Urland: Was hat sich seitdem an der Schule geändert?

Schlopsnies: Es ist natürlich nicht so, dass wir für alles und jeden ein Erfolgsrezept haben. Den einen oder anderen erreichen wir vielleicht auch mit unseren Bemühungen nicht. Dennoch es hat sich eine Menge getan. Das Klima an unserer Schule ist bedeutend besser geworden.

Es gab zum Beispiel Zeiten, wo Schüler, wenn es zu einer Prügelei kam, die Streithähne noch anfeuerten, aber niemand dazwischen gegangen ist. Mittlerweile ist es so, dass zum Beispiel die ausgebildeten Streitschlichter in einer brenzligen Situation dazwischen gehen. Und wenn sie nicht weiterkommen, dann holen sie wenigstens Hilfe. Das war vor zwei Jahren noch nicht so. Mittlerweile kann sich die Schule wieder sehen lassen. Das Image, was sie mal hatte, hat sie abgestreift und die meisten Schüler kommen auch wieder gern hierher. Das zeigt auch der Trend

bei den Erstwünschen bei der Schulauswahl, denn diese Zahlen steigen.

Urland: Mit welchen Schwierigkeiten hatten sie zu kämpfen und was lief besonders gut?

Schlopsnies: Klar, es gibt immer wieder Schwierigkeiten. Der Weg, den wir gegangen sind und auch immer noch gehen, ist ja auch kein einfacher. Für uns ist es immer wieder ein Nackenschlag, wenn was passiert, was entgegen unseren gesamten Bemühungen ist. Dann stellen wir uns natürlich die Frage, ob das alles, was man tut, auch ausreichend ist oder überhaupt Sinn macht.

Fakt ist, der Ruf unserer Schule war so gut wie von einem auf den anderen Tag ruiniert. Diesen wieder aufzubauen hat sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Um das, was wir erreicht haben, nicht wieder einzureißen, arbeiten wir kontinuierlich und passen unsere Maßnahmen ständig an die veränderten Situationen an.

„Es gab zum Beispiel Zeiten, wo Schüler, wenn es zu einer Prügelei kam, die Streithähne noch anfeuerten, aber niemand dazwischen gegangen ist.“

Unsere Kraft schöpfen wir immer wieder aus unseren Erfolgen und da meine ich nicht nur die Auszeichnung. Es ist schön zu sehen, wie sich die Schüler begeistern können und wie sie in den ihnen gestellten Aufgaben aufblühen. Das beste Beispiel ist die Ausstellung „Gratwanderung“, die wir mit Unterstützung der Polizei durchführen konnten. Mehrere Schüler wurden geschult, diese Ausstellung selbst zu moderieren. Das gab ihnen Selbstvertrauen und steigerte ihr Selbstwertgefühl. Auch hatten wir das Gefühl, dass sich alle anderen Schüler nun ganz anders mit diesem Thema auseinandersetzen. Von Schüler für Schüler – das kam offensichtlich sehr gut an. Und nicht nur unsere Schüler erlebten diese Ausstellung, sondern auch Schüler anderer Schulen kamen und ließen sich durch die Ausstellung führen. Das Feedback war durchweg positiv.

Polizeisportkalender 2011

Vorbereitung DPM Fußball Männer	18.04.	20.04.	Oranienburg
Landespolizeimeisterschaft Schießen	27.04.	28.04.	Frankfurt (Oder)
Vorbereitung DPM Marathon	11.04.	15.04.	Oranienburg
Vorbereitung DPM Triathlon	02.05.	05.05.	Oranienburg
Vorrunde DPM Fußball Männer HB - BB	02.05.	06.05.	Oranienburg
Vorbereitung DPM Volleyball Frauen	16.05.	17.05.	Oranienburg
Vorbereitung DPM Volleyball Männer	16.05.	17.05.	Oranienburg
Deutsche Polizeimeisterschaften Marathon	20.05.	23.05.	Hamburg
Landespolizeimeisterschaft Radsport Einzelzeitfahren	18.06.		Eisenhüttenstadt
Vorrunde DPM Fußball Männer BB - HE	10.05.	12.05.	Oranienburg
Deutsche Polizeimeisterschaften Fußball Männer	06.06.	10.06.	Baden-Württemberg
Beach-Volleyballturnier 40+	08.06.		Oranienburg
Fußballtennis 40+	16.06.		Oranienburg
Vorbereitung DPM Schießen	21.06.	24.06.	Frankfurt (Oder)
Deutsche Polizeimeisterschaften Triathlon	24.06.	27.06.	Saarlouis
Halbmarathon in Polen	27.05.		Slupsk
Landespolizeimeisterschaft Ju-Jutsu	Juni		Oranienburg
Vorbereitung DPM Ju-Jutsu	14.06.	17.06.	Oranienburg
Strandlauf in Polen	03.07.		Slupsk
Deutsche Polizeimeisterschaften Schießen	01.08.	05.08.	München
Landesoffener Wettbewerb Badminton Doppel	Aug.		Berlin
Deutsche Polizeimeisterschaften Leichtathletik	16.08.	19.08.	Niedersachsen
Landespolizeimeisterschaft Inlineskaten	17.08.		Jüterbog
Landespolizeimeisterschaft Triathlon	28.08.		Kallinchen
Deutsche Polizeimeisterschaften Ju-Jutsu	20.09.	23.09.	Niedersachsen
Fußball Freundschaftsspiel D-F / Frauen	19.09.	23.09.	Oranienburg
Landespolizeimeisterschaft Crosslauf	14.09.		Oranienburg
Vorbereitung DPM Crosslauf	26.09.	28.09.	Oranienburg
Landesoffener Wettbewerb Badminton Einzel	Okt.		Berlin
Deutsche Polizeimeisterschaften Crosslauf	Nov.		NN
Vorbereitung DPM Handball Männer	21.11.	24.11.	Oranienburg
Landespolizeimeisterschaft Volleyball	07.12.		Oranienburg
Landesoffener Wettbewerb Radsport Straßenrennen	NN		Berlin





Hackentrick und Vollspann

Frauen stürmen die letzte Männerbastion im Polizeisport

Der Frauenfußball hat noch keine allzu lange Geschichte. Die Popularität in Deutschland stieg vor allem mit den Erfolgen der Nationalmannschaft. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis die ersten Europäischen Polizeimeisterschaften im Fußball der Frauen stattfinden würden.

Historie

Auch in Deutschland war Frauenfußball lange keine Selbstverständlichkeit. Jedoch schreibt er in Deutschland eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Erst seit 1970 wurde die Förderung des Frauenfußballs in die Satzung des Deutschen Fußball-Bundes aufgenommen. Damit war der Weg für die Entwicklung frei.

1982 fand das erste Länderspiel einer Frauennationalmannschaft statt. Seitdem ging es stetig bergauf. Mit dem Gewinn der Weltmeisterschaft 2003 in den USA wurde der bis da-

hin größte Triumph für die deutsche Auswahl erzielt. Als amtierender Weltmeister haben sie 2007 den Titel, ohne ein einziges Gegentor verteidigt. Und das darf nicht unerwähnt bleiben: Diesem Team gehörten auch Polizeibeamtinnen an.

2005 wurde das deutsche Team Europameister und bei den Olympischen Spielen gewannen die Frauen 2000 in Sydney und 2004 in Athen jeweils Bronze.



Weltmeisterschaft 2011 in Deutschland

In diesem Jahr bietet Deutschland ein Highlight im Frauenfußball. Vom 26. Juni bis zum 17. Juli 2011 finden die Weltmeisterschaften im Frauenfußball statt. Das Eröffnungsspiel findet im Berliner Olympiastadion statt. Das wird ein großer Sportevent. Auch für die Polizeien der Länder und des Bundes wird die WM eine Herausforderung darstellen, denn Deutschland will wie schon 2006 ein toller Gastgeber sein.

Frauenfußball im Europäischen Polzeisport

Dänemark richtet vom 10. bis 17. Juni 2012 in Kopenhagen die erste Europäische Polzeimeisterschaft (EPM) im Fußball der Frauen aus. Damit finden in allen 16 Wettkampfsportarten der Europäischen Polzeisportunion (USPE) Frauenwettbewerbe statt.

Die Durchführung von EPM in allen Wettkampfsportarten der USPE ist ein Teil der Frauenförderung im Europäischen Polzeisport. Der Anteil der Frauen in der Polizei steigt nicht nur in un-

seren Polizeien der Länder und der Bundespolizei, sondern in allen Polizeien in Europa. Für einige der 40 Mitgliedsländer der USPE ist die Teilnahme von Frauen in allen Wettkampfsportarten der USPE noch nicht eine Selbstverständlichkeit. Die USPE will zur Entwicklung des Frauensports in der Polizei einen Beitrag leisten und hat mit der Durchführung der Wettkämpfe für die Frauen in allen Wettkampfsportarten der USPE einen wichtigen Schritt getan.

Im Deutschen Polzeisport hat der Frauenfußball bereits einen festen Platz. Bisher fanden vier Deutsche Polzeimeisterschaften (2002 in Schleswig-Holstein, 2004 in Hessen, 2007 Nordrhein-Westfalen und 2010 in Niedersachsen) statt. Die nächsten Deutschen Polzeimeisterschaften finden 2013 in Hessen statt.

Nun hat der Bundesfachwart Fußball, Michael Hirschfeld aus Niedersachsen mit seinem Trainerteam eine schwere Aufgabe: Er muss die Deutsche Frauenmannschaft für die EPM in Kopenhagen formieren und zur EPM vorbereiten. Es ist ein ehrgeiziges Ziel der Frauen, bei den ersten EPM im Fußball der Frauen den Titel zu holen. Doch es ist erreichbar.

Trainingscamp in Brandenburg

Die Fachhochschule der Polizei (FHPol) ist vom 19. bis 23. September 2011 Gastgeber der Frauenpolizeinationalmannschaft. Diese wird dort ein Trainingscamp durchführen und sich für die EPM vorbereiten. Dabei wollen die Frauen den Elan und die Begeisterung der Fußball-WM 2011 mit zur EPM nach Kopenhagen nehmen. Zu diesem Trainingscamp hat das Deutsche Polzeisportkuratorium (DPSK) die Frauennationalmannschaft der Polizei aus Frankreich zu einem Freundschaftsspiel eingeladen. Das Spiel wird am 22. September 2011 abends beim Oranienburger Fußballclub „Eintracht“ in der Toleranz-Arena stattfinden. Alle Fußballfans in der Polizei sind eingeladen, sich das Spiel anzusehen. Die Vorbereitung ist für die FHPol, neben der Vorbereitung und Durchführung der Landespolzeimeisterschaften Brandenburg/Berlin und der Vorbereitung der Brandenburger Polzeisportler auf die Deutschen Polzeimeisterschaften ein sportliches Highlight 2011.

■ HEINZ LIESSKE,
POLZEISPORTBEAUFTRAGTER

Kopfball: Qualifikationsspiel zur DPM 2010



Polizei im Land der Tulpen



Räumliche Nähe, polizeiliche Zusammenarbeit, Dinge die einem nicht spontan einfallen, wenn man an das Königreich der Niederlande und das Bundesland Brandenburg denkt.

Klar, als Urlaubsland kommen die Niederlande in Frage, aber eine Hospitation von Brandenburger Polizeibeamten dort ist wohl doch eher etwas exotisch, nicht zuletzt sind wir hier ein Flächenland und die Niederlande das genaue Gegenteil, nämlich eines der dichtbevölkerten Länder der Erde. Was soll die Hospitation für die Organisation Polizei bringen?

Um es vorwegzunehmen, viel mehr als gedacht.

Es gibt bei näherer Betrachtung einige Gemeinsamkeiten zwischen Brandenburg und Holland, wie man auch sagt. Denken wir nur an Oranienburg, das seinen Namen dem Schloss Oranienburg verdankt. Der leitet sich von der Herkunft der Gattin des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, Louise Henriette, ab, die eine Tochter des niederländischen Fürsten Friedrich Heinrich von Oranien war.

Auch das Holländische Viertel in Potsdam ist bekannt und ebenso gibt es das Örtchen Neuholland im Landkreis Oberhavel.

Touristenhochburg Zandvoort

Die Initiative war von Seiten der Niederländer ausgegangen. In einigen niederländischen Polizeikorps, die unseren Präsidien entsprechen, gibt es schon länger mit deutschen Polizeibehörden eine mehr oder weniger enge Zusammenarbeit, insbesondere im Grenzbereich der beiden Staaten.

Der Leiter der Polizeistation Zandvoort, einem weithin bekannten Urlaubsort an der Nordsee, etwa 25 Kilometer von der Hauptstadt Amsterdam entfernt, wandte sich an das Innenministerium in Brandenburg und bat für die Sommermonate um Unterstützung

von Brandenburger Polizeibeamten. Der Hintergrund: Zandvoort, eine Gemeinde mit etwa 17.000 Einwohnern, ist in den Sommermonaten eine Touristenhochburg. In Spitzenzeiten schwillt der Ort auf über 85.000 Bewohner an. Die überwiegende Mehrzahl der Touristen kommt aus Deutschland.

Aufgrund dessen kommt es natürlich polizeilich gesehen zu häufigen Kontakten zwischen den deutschen Urlaubern und den niederländischen Polizisten. Sei es auf der Wache bei der Anzeigenerstattung, sei es bei Verkehrs-/Unfällen oder wenn die eine oder andere Feier auf den Campingplätzen „aus dem Ruder läuft“. Die Anwesenheit eines deutschen Beamten, der zum Beispiel die Verfahrensabläufe des fremden Landes erläutern kann, gibt den Betroffenen Sicherheit und trägt dazu bei, dass sich ein großer Teil der Aufregung schnell wieder legt.

Deutsch-niederländische Hospitationen



*Touristenhochburg
Zandvoort*

Martin Werner und Kristin Schubert

Offene, freundliche und spontane Art imponiert

PM'in Steffi Kristin Schubert war im Juli vier Wochen in Zandvoort, ich war im August dort. Uns hat die offene, freundliche und spontane Art der Niederländer imponiert. Ich hatte es dabei besonders einfach, da ich niederländisch sprechen und, leider nur mit Fehlern, auch schreiben kann.

Vom ersten Tag an wurde uns das Gefühl vermittelt, dass wir willkommen sind und als Verstärkung angesehen werden. Wir haben in der Hospitationszeit das gesamte Spektrum der polizeilichen Arbeit in den Niederlanden kennen gelernt. Über die normale Streifenfahrt in der Stadt, die Strandstreife, den Innendienst, den Revierdienst, die Arbeit der Hundeführer, Sonderveranstaltungen wie Musikfestivals. Auch die

interne Fortbildung und der Besuch einer Polizeischule gehörten zum Hospitationsumfang.

Eins war uns schnell klar. Die polizeiliche Arbeit vor Ort mit dem Bürger, zum Beispiel bei Verkehrsunfällen, Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Aufnahme von Straftaten, sprich: das alltägliche Einsatzgeschehen, unterscheidet sich nur in kleineren Dingen von der Arbeit in Brandenburg.

Es gibt aber auch grundsätzliche Unterschiede. Da sind zum Einen die Unterstellungsverhältnisse. Behördenleiter ist in der Regel der Bürgermeister der einwohnerstärksten Gemeinde des Korpsgebietes (Polizeipräsidium). Er bildet zusammen mit dem Korpschef der Polizei und einem Oberstaatsanwalt die Behördenleitung; ein Verantwortungsdreieck. Der Bürgermeister trägt die Verantwortung für alle Maß-

nahmen im Rahmen des Polizei- und Ordnungsrechtes und untersteht dem Innenminister der Niederlande. Der Oberstaatsanwalt hat die Verantwortung in Bezug auf die Strafverfolgung und untersteht dem Justizminister der Niederlande. Der Korpschef der Polizei berät beide, sie sind ihm gegenüber jedoch weisungsbefugt. Diese Organisationsform findet sich im Kleinen auch auf den Polizeistationsebenen wieder, wo der Bürgermeister in Verantwortung steht und eng mit dem Stationsleiter zusammenarbeitet.

Auffallend war der offene, lockere Umgang miteinander sowie die Aufgeschlossenheit für Neues. Dies von der Spitze der Korpsleitung angefangen bis zu den Kollegen/innen in den Basisdienststeinheiten. Es ist nicht unüblich, wenn höhere Polizeibeamte (z.B. Leiter eines Stabes) unregelmäßig im →



Eingangsbereich
der Polizeiwache



Fahrzeuge
der Bereit-
schaftspolizei

normalen Dienstbetrieb auf Fußstreife oder auf dem Fustkw zu sehen sind. Auf Nachfrage gaben die Kollegen an, dass sie dies nicht als Kontrolle sehen, sondern als Anerkennung ihrer Arbeit werten.

Konstruktive Kritik zu äußern, auf Missstände hinzuweisen, Verbesserungsvorschläge machen, wird auf allen Ebenen gefördert. Es gab außerdem viele Beratungen auf allen Ebenen zu allen Themen, wo man sich doch ab und zu fragte, ob denn die eine oder andere Diskussion nicht doch zuviel des Guten gewesen ist. Wenn man überhaupt verallgemeinern will, dann steht die niederländische Mentalität der rheinländischen näher als der preußischen. Alles etwas entspannter, lockerer, gelassener und mehr Platz für Improvisation und Individualismus. Aber der Umgang der Bürger mit den Beamten, nicht nur von der Polizei, ist im Vergleich zu Deutschland, nach unserer Wahrnehmung, doch etwas respektloser.

Ein weiterer Unterschied ist, dass für die Polizeibeamten kein Strafverfolgungszwang wie in Deutschland besteht. Zur

Kriminalität ist zu sagen, dass im Jahr 2009 in den Niederlanden einem niederländischen Polizeireport zufolge etwa 1,2 Millionen Straftaten registriert worden sind. Jede Straftat durchläuft ein sogenanntes Screening. Sind keine Täterhinweise oder verwertbare Spuren, die einen Aufklärungserfolg versprechen, vorhanden, bzw. handelt es sich um Straftaten geringer Priorität, dann findet eine statistische Erfassung, aber keine weitere Bearbeitung statt. Dies trifft auf etwa 720.000 bis 790.000 Straftaten zu.

Von den jetzt noch verbliebenen Straftaten werden nochmals etwa 150.000 bis 180.000 Straftaten aufgrund von zu geringer Kapazität an Personal oder technischen Möglichkeiten nicht abschließend bearbeitet. Der Anzeigenerstatte bekommt, z.B. bei einem abgetretenen Autospiegel ohne Täterhinweis, nur noch eine kurze Bestätigung, dass er bei der Polizei war und dies bekannt gemacht hat. Die Straftat selbst wird nicht weiter bearbeitet.

Ebenso ungewöhnlich war für uns der Umgang mit Drogen. Der Besitz bestimmter Mengen wird toleriert und

ist straffrei. So kann man z.B. in einem Coffeeshop sanfte Drogen kaufen und dort oder zu Hause konsumieren. Aber auch auf Techno-Veranstaltungen haben wir mit eigenen Augen gesehen, dass sich Besucher von der Polizei beobachtet einen Joint drehen, ihn rauchen und dann herumreichen. Strafrechtliche Konsequenzen hat das keine, solange dies im bestimmten Rahmen bleibt.

Zu Verkehrsunfällen ohne Personenschaden fahren die Beamten hin, kontrollieren zum Beispiel, ob die Fahrer eine Fahrerlaubnis haben und die Fahrzeuge zugelassen sind. Ist dies der Fall, wird der Unfallort wieder verlassen, ohne dass eine Verkehrsunfallaufnahme erfolgt. Die Schadensregulierung bleibt den beteiligten Parteien überlassen.

Bei Großveranstaltungen fiel auf, dass im Vergleich zu Deutschland nur eine geringe Anzahl von Polizeibeamten/innen eingesetzt war. Dies ist möglich, da es zum Beispiel Firmen gibt, die professionell im öffentlichen Verkehrsraum den Verkehr regeln, also hoheitlich tätig werden. Auch der Schutz von Veranstaltungen wird von privaten Firmen übernommen. Für die Kosten der Verkehrsregler und des Sicherheitsdienstes muss der Veranstalter aufkommen. Interessant ist auch, dass die Mitarbeiter von Sicherheitsunternehmen ein Diplom vorweisen und eine Sicherheitsüberprüfung durch die Polizei durchlaufen müssen. Ein wegen Körperverletzungsdelikten Vorbestrafter hat keine Chance beispielsweise als Türsteher zu arbeiten.

Hohe Flexibilität wird erwartet

Eine weitere Besonderheit ist, dass es eine LESE/Bereitschaftspolizei so in den Niederlanden nicht gibt. Jedes Korps muss eine bestimmte Anzahl von Beamten/innen aus dem Wachendienst für geschlossene Einsätze in der „mobile eenheid“ ausbilden lassen. Diese werden dann bei entsprechenden Lagen auch aus mehreren Korps angefordert, bilden z.B. einen Zug oder eine Hundertschaft und werden dann entsprechend eingesetzt.

Die Einsatzmittel und Ausrüstungsgegenstände sind zu einem großen Teil auf dem neuesten Stand. So verfügt im Korps Kennemerland jede/r Beamte/in über ein ihm zugeteiltes digitales Funkgerät mit Ohrhörer. Auch hat jeder ein Diensthandy zur Verfügung, was er bis zu einem bestimmten Geldbetrag privat nutzen kann. Es gibt nur gemeinsame Einsatzleitzentralen (Polizei/Feuerwehr/Rettung/Krankenwagen).



Jeder Beamte muss mit dem Hund trainieren



Einsatz im Coffeeshop

Die Kollegen des Distrikts (Schutzbereich) „Kennemerland Midden“ mit fünf Wachenstandorten arbeiten in einem flexiblen Arbeitszeitmodell. Es ist gesetzlich geregelt, dass eine Tagschicht nicht mehr als 12 Stunden und eine Nachtschicht nicht länger als 10 Stunden dauern darf. Nach drei Nachtdiensten hintereinander müssen minimal 48 Stunden dienstfrei sein. 13 Sonntage im Jahr müssen mindestens frei sein.

Von den Beamten wird innerhalb des Korps aber insbesondere innerhalb des Distrikts eine große dienstliche Flexibilität erwartet. Es ist obligatorisch, dass bei Personalknappheit in einer Wache diese von den anderen Wachen personell unterstützt wird. Dies entschied sich vielfach erst bei Dienstantritt. Es gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden, wobei auch kürzere Arbeitszeiten mit entsprechenden Gehaltseinbußen vereinbart werden können.

In den Niederlanden gibt es eine unterschiedliche Polizeidichte, die sich unter anderem am Arbeitsaufkommen orientiert. So kommt in der Metropole Amsterdam ein Beamter auf etwa 180 Einwohner. Im Kennemerland mit der Großstadt Haarlem (über 150.000 Einwohnern) und mehreren kleineren Gemeinden kommen etwa 320 Einwohner auf einen Beamten. In vorwiegend ländlichen Gegenden liegt der Schlüssel bei etwa 400 bis 510 Einwohner auf einen Beamten.

Unser Fazit

Insgesamt hat sich, aus Sicht von PM'in Schubert und mir, die Zusammenarbeit bewährt. Diese Einschätzung teilten auch die Verantwortlichen der niederländischen Seite.

Es fand ein reger Austausch von Erfahrungen statt, der PM'in Schubert und mir Denkanstöße für neue Arbeits- und

Vorgehensweisen in der täglichen polizeilichen Arbeit und auch Hinweise zur Optimierung der Organisation Polizei brachte. Inwieweit diese Erfahrungen in den nun begonnenen Reformprozess der brandenburgischen Polizei eingebracht und von Nutzen sein können, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Anfang Dezember 2010 war eine kleine Abordnung des Korps Kennemerland für drei Tage in Brandenburg. Sie bekamen einen Einblick in die Struktur und Arbeitsweise der brandenburgischen Polizei. Es wurde angeregt, die begonnene Zusammenarbeit auch im Jahr 2011 fortzusetzen, dies schriftlich zu fixieren und nunmehr auch niederländischen Polizeibeamten/innen vom Korps Kennemerland im Jahr 2011 eine Hospitation in Brandenburg zu ermöglichen.

■ MARTIN WERNER,
SCHUTZBEREICH OBERHAVEL

„Es ist unser Ziel, die BRD abzuwickeln“

Die NPD im Strudel der Nazifizierung

Unter dem Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ (fdGo) fasst das Bundesverfassungsgericht grundlegende Prinzipien zusammen. Sie gewährleisten unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung. Grundlagen sind die Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die Freiheit und die Gleichheit.

Die Verfassungswidrigkeit von Parteien kann nur vom Bundesverfassungsgericht festgestellt werden. Voraussetzung dafür ist ein aggressiv-kämpferisches Vorgehen gegen die fdGo. Antragsberechtigt sind Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. In der Bundesrepublik Deutschland wurden bisher die „Sozialistische Reichspartei“ (1952) und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (1956) verboten. In den Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht die fdGo ausformuliert: Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Regierung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit aller politischen Parteien und Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Historie der NPD

Die 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist verfassungsfeindlich. Sie entwickelte sich rasch zum ersten großen rechtsextremistischen Sammelbecken seit dem Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“. Studentenproteste, Große Koalition und wirtschaftliche Rezession prägten damals die Bundesrepublik. In diesem Fahrwasser zog die NPD von 1966 bis 1968 in sieben Landesparlamente ein und zählte im Jahr darauf fast 28.000 Mitglieder.

Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte sie mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Parallel dazu nahmen Zivilgesellschaft und der freiheitliche demokratische Rechtsstaat die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten auf. Erfolgreiche Mittel waren hier-

bei unter anderem die strikte Anwendung des Radikalenerlasses und die Verdrängung der NPD aus dem öffentlichen Raum. Infolgedessen und aufgrund zunehmender interner Konflikte stürzte die NPD in die Bedeutungslosigkeit und kam zeitweise auf nur noch 3.500 Mitglieder. In Westdeutschland konnte sie bis heute nie wieder an die Ergebnisse der 1960er Jahre anknüpfen.

Situation in Ostdeutschland

Anders liegen die Dinge in Ostdeutschland. 2004 erklomm die NPD in Sachsen mit 9,2 Prozent erstmals seit 1968 wieder Sitze in einem Landesparlament und konnte 2009 einige davon mit 5,6 Prozent verteidigen. 2006 gelang ihr mit 7,3 Prozent der Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Mittlerwei-

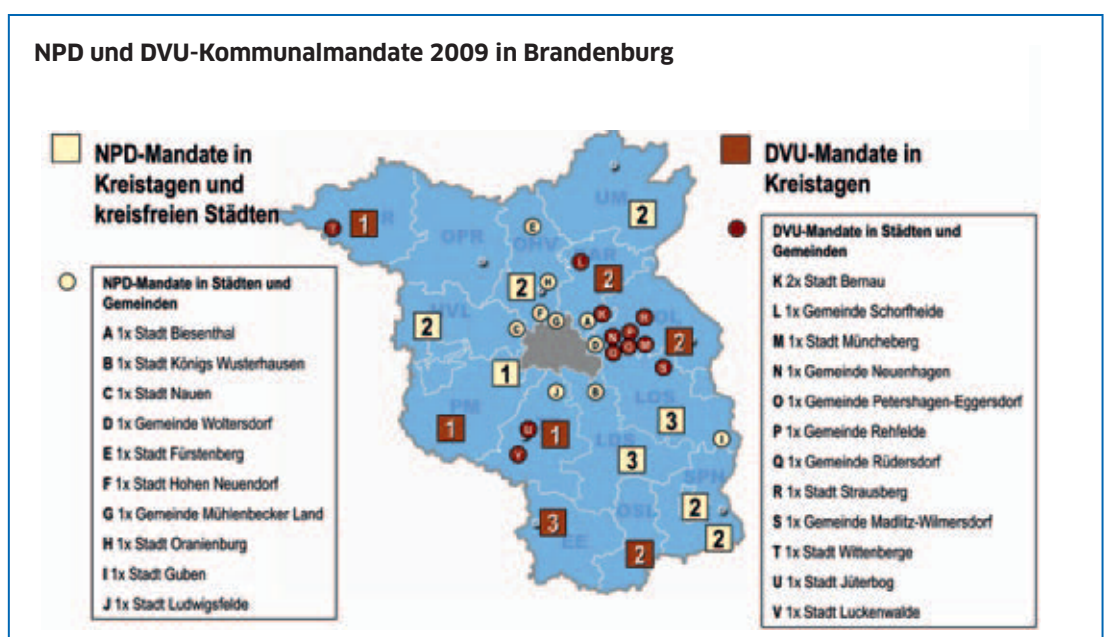


Abb. 1:
NPD und DVU-Kommunalmandate 2009 in Brandenburg

le hat die Bundespartei ihre Geschäftsstelle nach Berlin und den Sitz ihrer Monatszeitung „Deutsche Stimme“ ins sächsische Riesa verlagert. So versucht die wegen krimineller Machenschaften finanziell erheblich angeschlagene Partei, ihr Überleben in Ostdeutschland zu sichern. Den Westen hat sie praktisch aufgegeben. Das zeigte sich 2010 insbesondere bei einer Zählung ihrer kommunalen Mandate. Bundesweit kam sie auf rund

340. Mehr als Dreiviertel davon – nämlich 265 – hielt sie in den neuen Bundesländern. Davon 114 in Sachsen und 61 in Mecklenburg-Vorpommern. In Brandenburg waren es Mitte 2010 noch 27, wobei die Grafik (Abb. 1) im Zuge der Fusion von NPD und „Deutscher Volksunion“ (DVU) in Bewegung ist. Was der NPD bei den Kommunalwahlen 2008 in Sachsen gelang, ging in Brandenburg wenige Wochen später gründlich schief: Sie erhielt nirgends genug Stimmen für einen Fraktionsstatus. Für die DVU gilt dasselbe.

Bundesweit bewegten sich die NPD-Mitgliederzahlen Ende 2009 um die 7.000. Im Jahr 2010 hat sie einige Hundert verloren und setzt nun auf einen Zuwachs über die aktuell laufende Fusion mit der völlig abgewirtschafteten und zu erheblichen Teilen aus Karteileichen bestehenden DVU. Am 20. März 2011 will sie erstmals den Sprung in den Landtag von Sachsen-Anhalt schaffen und am 4. September 2011 er-

neut in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einziehen. Ihre Strukturen auf den Ebenen der Länder und der Kommunen versucht sie dafür weiter auszubauen. Das gilt insbesondere auch für Brandenburg, wo sie bei der Landtagswahl im Jahr 2014 ins Parla-

ment gewinnen will. Hier zählt die Partei zurzeit etwa 370 Mitglieder, davon gehören rund 40 der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ an. Knapp 40

Personen – und damit deutlich weniger als NPD-intern erhofft – sind Ende 2010 von der DVU hinzugekommen. (Abb. 2)

Ideologisch tritt bei der NPD immer offener nationalsozialistisches Gedankengut hervor – auch in Brandenburg. Triebkraft dieser Nazifizierung ist die vom Parteivorsitzenden Voigt ausgerufene „Viersäulenstrategie“: „Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente – Kampf um die Straße – Kampf um den organisierten Willen“. Angelehnt an die NSDAP wird damit die Führungsrolle in der rechtsextremistischen Szene angestrebt. Seit einiger Zeit erweist sich diese „Viersäulenstrategie“ als Einfalltor für neonationalsozialistische „Freie Kräfte“. Solche formen die Partei nach ihren Ansprüchen um. Dadurch wird die NPD mehr zur Getriebenen „Freier Kräfte“, anstatt diese selbst zu führen. Besonders deutlich zeigt sich das bei der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, die von Neonationalsozialisten

regelrecht übernommen wurde.

Eine Partei, die sich solchen und anderen Kreisen öffnet, muss einiges in Kauf nehmen. In der Vergangenheit wurde sie von Vorgängen im Zusammenhang mit Kinderpornografie und anderen Sexualdelikten erschüttert. Darüber hinaus ergab eine Auswertung in Thüringen, dass dort 2008 mehr als die Hälfte der Landesvorstandsmitglieder und über 40 Prozent der leitenden Vorstandsmitglieder in den Kreisverbänden vorbestraft sind. Das Spektrum reicht von Trunkenheit im Straßenverkehr, Steuerdelikten, Erschleichung von Leistungen, gefährliche Körperverletzung, Urkundenfälschung und Betrug bis hin zu Delikten wie Verunglimpfung, Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sowie Hausfriedensbruch und Vergehen gegen das Waffengesetz.

Prozess der Nazifizierung

Die Nazifizierung der NPD ist ein unumkehrbarer Prozess und spiegelt sich selbst in der Parteispitze wieder. Bereits 2004 erklärte der Parteivorsitzende Voigt: „Es ist unser Ziel, die BRD ... abzuwickeln ... Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“ Demokratische Parteien bezeichnet die NPD im NSDAP-Jargon als „Systemparteien“. Denen wird im neuen Parteiprogramm unterstellt, sich durch den „Austausch des Volkes an der Macht [zu] halten“. Im Gegensatz dazu strebe die NPD „den Austausch der Herrschenden“ an. Ganz offen spricht die NPD vom „Ge- →

„Zuwachs über Fusion mit der völlig abgewirtschafteten und zu erheblichen Teilen aus Karteileichen bestehenden DVU“

Mitgliederzahlen der NPD/JN und der DVU in Brandenburg

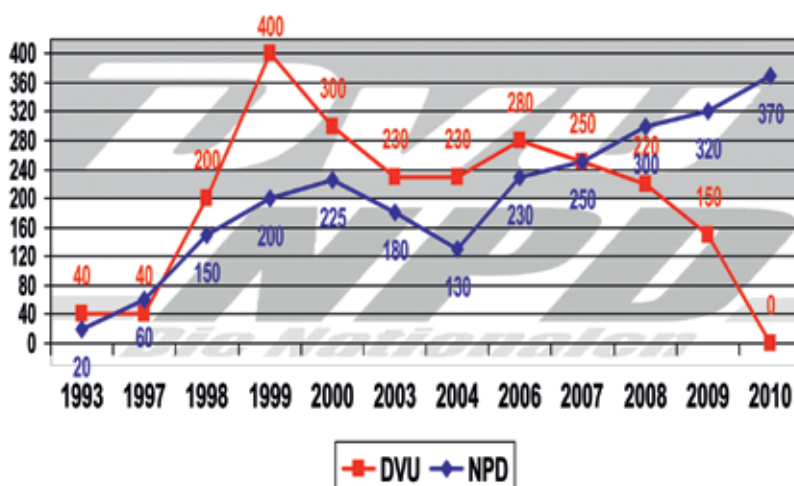


Abb. 2:
Mitgliederzahlen
der NPD/JN
und der DVU
in Brandenburg

gensatz von Gesellschaft und Volksgemeinschaft“ und behauptet: „Integration ist Völkermord“. Laut Voigt strebt die NPD mit dem Programm einen „nationalen und sozialen Volksstaat“ an. Hinzu kommt die regelmäßige NPD-Forderung eines „nationalen Sozialismus“. Woran sich das alles orientiert, zeigt ein symptomatischer Vorfall vom 26. Juli 2008. Bei der Beerdigung des ehemaligen Vorsitzenden der 1995 verbotenen Vereinigung „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, Friedhelm Busse, entfaltete das heutige Mitglied im erweiterten NPD-Bundesvorstand, der Hamburger Neonationalsozialist Thomas Wulff, eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz und legte sie auf den Sarg. Direkt davor stand der NPD-Bundvorsitzende Voigt.

Die NPD in Brandenburg

Auch in Brandenburg fachen Neonationalsozialisten die Nazifizierung der NPD immer weiter an. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe, Michael Müller, entstammt der 2004 verbotenen neonationalsozialistischen Kameradschaft „Hauptvolk“ aus Rathenow (Landkreis Havelland). Wegen einer rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftat hat er eine Freiheitsstrafe abgebußt. Für Alexander Bode gilt das ebenso. Er saß im Zusammenhang mit dem Tod von Omar Ben Noui (Guben, 1999) im Gefängnis und trat 2008 als NPD-Kandidat zur Kommunalwahl an. Eifriger Neonationalsozialist ist der stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lausitz, Ronny Zasowk. Der 24-Jährige

Cottbuser Stadtverordnete publiziert Beiträge auf der Homepage des NPD-Bundesverbandes und in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Antisemitismus ist ihm nicht fremd. Am 15. Februar 2009 sprach er in Cottbus anlässlich der Bombardierung ostdeutscher Städte im Zweiten Weltkrieg von der „judäo-amerikanischen Idee des Marktradikalismus“. Später führte er in einem Interview aus: „Das System, welches uns momentan das Leben in der BRD schwer macht, kann unmöglich heute noch Demokratie genannt werden.“

(...) Uns geht es nicht um kleine Reförmchen, uns geht es um radikale Veränderungen am System der BRD. (...) Wir sind eine nationalistische und soziale Partei, ob darin eine Wesensverwandtschaft mit der NSDAP zu sehen ist, kann ich nicht sagen.“ 2009 ist der Potsdamer Stadtverordnete Marcel Guse von der DVU zur NPD übergelaufen. Seine im Internet verfassten Texte sind teilweise wortwörtlich beim NSDAP-Ideologen Harry Griebel (,Unsere Weltanschauung“, 1941) abgeschrieben. (Abb.3)

„Freie Kräfte“

2009 wurde das neonationalsozialistische Personenpotenzial „Freie Kräfte“ in Brandenburg mit 320 angegeben. Im Jahr 2010 war eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Neonationalsozialisten streben einen autoritär-rassistischen

Führerstaat wie im Dritten Reich an und arbeiten mit Mitteln der Konspiration. In acht Regionen des Landes sind Zusammenschlüsse aktiv und bemüht, ohne vereinsrechtliche Strukturen zu arbeiten. Teile der „Freien Kräfte“ unterstützen die NPD, andere lehnen sie als „Systempartei“ ab. Ihre Aktivitäten nehmen vom Norden des Landes Richtung Süden zu. Auf vielfältige Art und

Weise treten dabei die „Nationalen Sozialisten in Südbrandenburg“ in Erscheinung. Zentrum ihrer Aktivitäten sind die auch außerhalb Brandenburgs aufgegriffene „Volkstod“-Kampagne, diverse Darstellungsformen im Internet („Spreelichter“) und ideologisch ausgerichtete Freizeitaktivitäten. Neben Liederabenden zählen hierzu neuerdings auch Kampfsportveranstaltungen. Die Aktivitäten der „Nationalen Sozialisten in Südbrandenburg“ strahlen immer stärker in den Berliner Speckgürtel und dienen dortigen Neonationalsozialisten als Vorlage. Sogar die NPD versucht, sich die „Volkstod“-Kampagne zu Eigen zu machen.

Musik als Einstieg

Im Bereich zwischen NPD und Neonationalsozialisten bewegt sich die rechts-extremistische Hass-Musikszene. Nach wie vor verfügt Brandenburg über mehr als zwanzig solcher Bands. Kein anderes Bundesland hat mehr. Doch konnte

Nationalsozialistische „Freie Kräfte“ in Brandenburg



1. „Nationale Sozialisten in Südbrandenburg“ (Cottbus, Lübben, Lübbenau, Spremberg, Vetschau, Senftenberg, Finsterwalde, Guben)
2. „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ (Zossen, Blankenfelde-Mahlow) und „Freie Kräfte Königs Wusterhausen“
3. „Nationale Sozialisten Premnitz“ (Premnitz, Rathenow)
4. „Freie Kräfte Neuruppin“ (Neuruppin)
5. „Freundeskreis Nationale Sozialisten Oder-Spree“ (Eisenhüttenstadt)
6. „Direkte Aktion Prignitz“ (Perleberg, Wittenberge)
7. „Alternative Jugend Potsdam“, „JN-Stützpunkt Potsdam“ (Potsdam)
8. „Freie Nationalisten Uckermark“, „Heimatschutz Germania“, „Nationale Aktivisten Prenzlau/Uckermark“ (Prenzlau)

Abb. 3:
Nationalsozialistische „Freie Kräfte“ in Brandenburg

das Konzertgeschehen in den letzten Jahren weitestgehend aus Brandenburg verdrängt werden. Zu groß ist der Druck der Strafverfolgungsbehörden und damit zu groß die Gefahr einer finanziell verlustreichen Konzertauflösung. Trotz alledem dient diese Musik samt Konzertereignissen für Jugendliche als Einstiegstor in den Rechtsextremismus. Konzerte sind für die Szene ebenso ein Event und damit ein stabilisierender Faktor zur Pflege und für den Ausbau von Kontakten. Auch deshalb sucht die NPD Kontakt zu solchen Bands und bietet ihnen eine Bühne. Zuletzt bei ihrem „Preußentag der nationalen Opposition“ am 2. Oktober 2010 in Finowfurt (Landkreis Barnim). (Abb.4)

Eine besondere Scharnierfunktion fällt der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) zu. Für viele NPD-kritische „Freie Kräfte“ sind sie das kleinere Übel. So gelingt es der NPD über die JN, „Freie Kräfte“ an die Partei heranzuführen und teilweise einzubinden. Darauf ist sie auch angewiesen, denn mit ihren geringen Mitgliederzahlen ist sie aus eigener Kraft niemals in der Lage, Wahlkämpfe in einem Flächenland zu führen. Teilweise scheidet die NPD ohne „Freie Kräfte“ schon daran, einen Info-Stand zu unterhalten. Die NPD ist sich dieser Schwäche bewusst. Deswegen will sie ihre Strukturen auf kommunaler Ebene aus-

bauen. Darin sieht sie die strategische Grundlage für den Landtagswahlkampf 2014. Bei der Suche nach einer dafür nutzbaren Immobilie ist sie in Brandenburg jedoch regelmäßig gescheitert.

Gegenwind in Brandenburg

In der NPD heißt es über Brandenburg, dort wehe ihr der Wind der Zivilgesellschaft am härtesten ins Gesicht. Diese Einschätzung ist zutreffend. Was immer die NPD in Brandenburg auch anfasst, es klappt eigentlich nicht. Das liegt wesentlich an der wehrhaften und streitbaren Demokratie, die seit Einrichtung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Jahre 1998 enorme Fortschritte gemacht hat. Vom damaligen Innenminister Ziel (SPD) begonnen, unter Innenminister Schönbohm (CDU) weiter vorangetrieben und unter

den Innenministern Speer sowie Woidke (beide SPD) fortgeführt, entwickelt die Polizei ihre speziellen Methoden zur Verhinderung sowie konsequenten Verfol-

gung politisch motivierter Straftaten ständig weiter. Am selben Strang ziehen Staatsanwaltschaften und Gerichte, damit Strafen den Taten auf dem Fuße folgen. Wichtige gesellschaftliche Großorganisationen wie die Feuerwehren stellen sich dem Thema und binden notwendige Aufklärungsarbeit mittlerweile aktiv in die Weiterbildungspläne

ihrer Jugendwarte ein. In Brandenburg kooperieren Spitzenverbände wie Landkreistag und Städte- und Gemeindebund zusammen mit Landesjugendamt, Polizei, Verfassungsschutz und weiteren Partnern wie der Landesintegrationsbeauftragten selbstverständlich zusammen. Besonderes Augenmerk gilt der Polizeifachhochschule. Gemeinsam werden dort jährlich besondere Informationsveranstaltungen für Polizisten, Ordnungsamtsbedienstete, Mitarbeiter von Verwaltungen und andere angeboten. Ziel ist, die Instrumente des Rechtsstaates im Umgang mit Extremismus gemeinsam noch besser einzusetzen. Etwa 700 Personen haben daran seit 2008 teilgenommen. Einen weiteren sehr wichtigen Part erfüllt das „Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos“ mit seinen über die Landesgrenzen hinaus anerkannten „Mobilen Beratungsteams“. Die haben sich in schwierigen Situationen vielfach bewährt und werden von den Kommunen außerordentlich geschätzt.

Fazit:

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss und wird unvermindert weitergehen. 2009 wurden in Brandenburg 480 gewaltbereite Rechtsextremisten gezählt. 2010 ist diese Zahl leicht zurückgegangen. Damit bewegt sich das Land knapp unterhalb der ersten Zählung aus dem Jahr 1993 (500). Jedoch wird die NPD keine Ruhe geben und ihre Niederlage gegen die wehrhafte Demokratie suchen. Eine solche hat sie bereits einmal in Westdeutschland, etwa 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, gefunden. Heute, rund zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit, findet derselbe Prozess erneut im Osten statt. Dieser Prozess ist schwierig, aber notwendig und wird in Brandenburg besonders auf der kommunalen Ebene geführt werden müssen. Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung haben uns die Väter und Mütter des Grundgesetzes ein wirksames Instrument für diese Auseinandersetzung an die Hand gegeben.

■ HEIKO HOMBURG
UND DR. SILKE WOLF,
VERFASSUNGSSCHUTZ BRANDENBURG

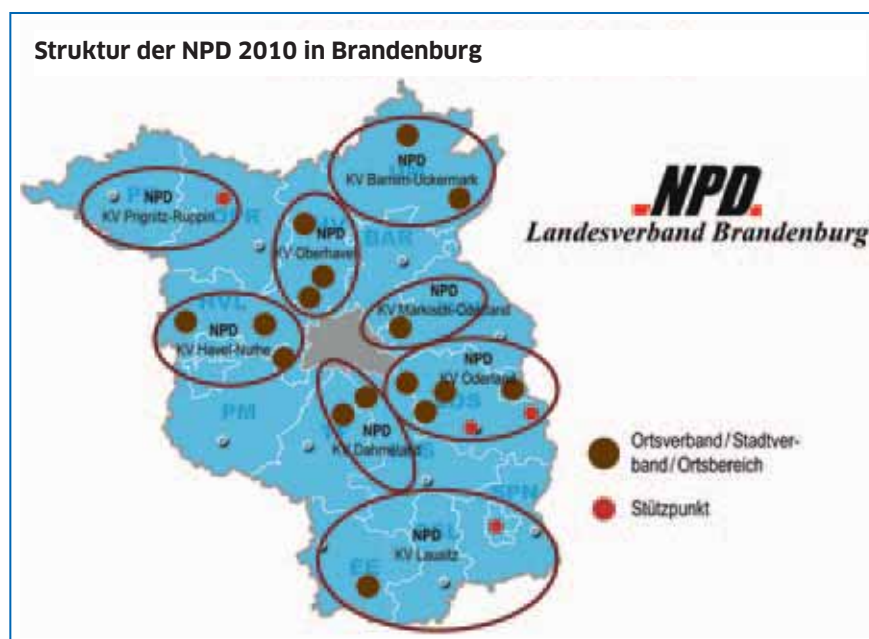


Abb. 4:
Struktur der NPD
2010 in
Brandenburg

20 Jahre Polizei Brandenburg

info110 bereitet Ausgabe zur Geschichte der Brandenburger Polizei vor

Das Erinnerungsjahr an 20 Jahre deutsche Einheit liegt gerade hinter uns. Das entscheidende Datum 3. Oktober 1990 ist eindeutig. Auch Brandenburg hat im letzten Jahr seinen 20-jährigen Geburtstag gefeiert. Aber wann eigentlich wurde die Brandenburger Polizei gegründet? Was meinen Sie? Auch mit dem Tag des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes? Oder vielleicht etwas später, mit der Bildung der fünf Länder in Ostdeutschland durch das Ländereinführungsgesetz am 14. Oktober 1990?

Vieles spricht indes dafür, die eigentliche Gründung der Polizei des Landes Brandenburg noch etwas später anzusetzen, nämlich etwa ein Jahr danach. Am 11. Oktober 1991 erließ das Ministerium des Innern die Verordnung über die Bildung der Polizeipräsidien, die dann am 1. November 1991 in Kraft trat. Damit nahm die organisatorische Struktur der neuen demokratischen Polizei des Landes tatsächlich Gestalt an. Sechs Polizeipräsidien wurden gegründet, eine Struktur, die bis zur Polizeireform im Jahr 2002 Bestand haben sollte. Deshalb entscheiden wir uns für das Jahr 1991 als offizielles Gründungsjahr der brandenburgischen Polizei. Übrigens: Ein eigenständiges Polizeigesetz erhielt das Land erst viel später, am 19. März 1996.

Zur Geschichte gehört die Vorgeschichte: Ohne den Umbruch 1989/90 wäre das Bild der Geschichte der Polizei in Brandenburg nicht vollständig zu zeichnen. Wie war das damals? Erinnern Sie sich noch daran, als die Deutsche Volkspolizei noch im Lada oder Wartburg kam?

Die info110 wird in diesem Jahr eine Ausgabe der Geschichte der brandenburgischen Polizei in den letzten 20 Jahren widmen. Vieles ist in diesen Jahren passiert. Manches vielleicht schon (fast) vergessen. Wir denken, es gibt vieles, das zu erzählen sich lohnt. Für jene, die damals schon dabei gewesen sind. Und für die Jüngeren, die dies alles nicht selbst erlebt haben, aber heute

in der Polizei Brandenburg ihren Dienst tun. Was für die einen noch gelebtes Leben ist, ist für die anderen heute schon Stoff aus den Geschichtsbüchern.

Wir werden Informationen zur Entwicklung der Polizei in Brandenburg aufbereiten, mit Zeitzeugen vom ehemaligen Minister bis zum Polizeianwärter sprechen und tief in den Archiven nach Dokumenten und Fotos wühlen.

Und wir sind auf Ihre Mithilfe angewiesen! Alles kann dabei von Interesse sein.

- Wie haben sich Organisation und Struktur der Polizei in den letzten 20 Jahren verändert? Wie haben Sie das persönlich erlebt?
- Wie war es, als damals die ersten Aufbauhelfer aus dem Westen auftauchten? Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit?
- Wie haben sich Technik, Ausrüstung und Bekleidung im Laufe der Zeit verändert?
- Wie verhält es sich mit der Ausbildung der jungen Anwärterinnen und Anwärter? Was wurde damals gelehrt, was heute?
- Erinnern Sie sich noch an besondere Einsätze der Landespolizei in den letzten 20 Jahren? An besonders schwerwiegende Straftaten und an herausgehobene polizeiliche Ermittlungserfolge?
- Wie hat sich das Verhältnis von Gesellschaft, Bürgern und Polizei gewandelt? Wie das Ansehen der Polizistinnen und Polizisten, wie ihr



Dienst damals und heute?

- Als die Polizei Brandenburg gegründet wurde, gab es noch kein Internet. Der Einzug der modernen Informationstechnik in den Polizeialltag hat vieles verändert, von der Möglichkeit der Telekommunikations-Überwachung bis zu ComVor oder POLAS. Wie haben Sie das erlebt?
- Unter welchen Bedingungen arbeiten wir heute? Viel Geld hat das Land in die Dienststellen investiert, alte Militärgebäude wurden mancherorts zu Polizeidienststellen wie z.B. in Neuruppin, woanders entstanden moderne Neubauten wie etwa in Bernau. Andernorts sieht es dagegen heute noch baulich nicht wesentlich besser aus als vor 20 Jahren.
- Rund ein Viertel der Polizeibediensteten in Brandenburg sind heute Frauen. Das sah von 20 Jahren noch



ganz anders aus. Wie hat dieser Trend den Polizeidienst geprägt?

Vieles andere wäre wert, angesprochen zu werden. Jetzt sind Sie gefordert. Wenn Sie Hinweise oder Anregungen haben, wenden Sie sich gerne an uns.

Kennen Sie interessante Geschichten oder Anekdoten aus 20 Jahren Polizei? Haben Sie Fotos oder sonstige Erinnerungsstücke? Was hat sich zum Vorteil gewandelt – und was vielleicht nicht?

Beteiligen Sie sich mit eigenen Vorschlägen oder Beiträgen.

Wir finden: Das ist die Sache wert. Es wird bestimmt – mit Ihrer Hilfe – ein spannendes Heft.

Die Redaktion

Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an:

Ministerium des Innern
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Redaktion **info110**
 Henning-von-Tresckow-Str. 9-13
 14467 Potsdam

Tel.: (0331) 866-2069
 Fax: (0331) 866-2666

e-mail: kathrin.ortlieb-schern
 @mi.brandenburg.de

Die **info110**-Ausgabe „20 Jahre Polizei Brandenburg“ soll im Herbst 2011 erscheinen.

In eigener Sache

**Fenster auf,
frischer Wind rein**

Zum neuen Konzept der **info110**



info110

ZEITUNG DER POLIZEI BRANDENBURG

Reine Routine: Kurz vor Cottbus hat's mal wieder gekracht. Zum Glück nur geringer Sachschaden. POM'in Fleißig und PK Flink ließen es sich *trotz zahlreicher anderer Verpflichtungen* nicht nehmen, *persönlich* an der Unfallaufnahme teilzunehmen. *Eigens* fuhren sie mit ihrem Streifenwagen zum Ort des Geschehens. Aufmerksam lauschten die Unfallbeteiligten *den grundlegenden Ausführungen* der Beamten, bevor sie diese *mit viel Beifall wieder verabschiedeten*. Ein ganz *besonderer Höhepunkt!* Moment mal, werden Sie jetzt sagen! Sind wir hier im falschen Film? Was ist denn das für ein verquastest Geschwurbel? So redet bzw. schreibt man doch nicht!

Da haben Sie ganz recht. Das finden wir auch. Aber nun ersetzen Sie einfach mal den Unfall durch einen beliebigen offiziellen Termin und die beiden Polizisten durch einen beliebigen Minister – dann haben Sie ungefähr die typische Lesart eines Beitrags über einen Minister- oder Behördenleiterbesuch, wie er in vielen offiziellen Hauspostillen der Innenministerien in Deutschland heute noch üblich ist. (Und übrigens, leider, gelegentlich auch bei uns im Polizei-Intranet.) Die kursiven Formulierungen sind tatsächliche Zitate aus solchen Berichten. Für diesen Stil gibt es einen wenig schmeichelhaften Begriff: Hofberichterstattung. Sie wirkt zumeist nicht nur auf die Leser leicht befremdlich. Genau genommen ist sie auch für denjenigen, über den – wenn auch in bester Absicht – so gestelzt berichtet wird, entwürdigend.

„Ehrliche Kommunikation. Kein Jubelblatt.“

Damit sind wir beim Thema. Seit 20 Jahren gibt es die **info110**. Aber welche **info110** darf's denn sein? Wie stellen wir uns die Zeitung der Polizei Brandenburg vor? Die Debatte darüber ist so alt wie die Zeitung selbst. Über ein repräsentatives Bild der Lesermeinungen verfügen wir nicht. Eine Leserbefragung brachte 2009 nur einen recht überschaubaren Rücklauf. Was wir aber wissen ist: Wenn die neue Ausgabe erscheint, sind die Hefte immer schnell vergriffen. Das deckt sich mit den Ergebnissen der damaligen Evaluierung der Kommunikation des Innenministeriums durch die FHPol: „Die Mitarbeiter scheinen in der Gesamtheit dieses Medium zu wollen“, heißt es da. Aber auch: Der Nutzwert lässt sich sehr wohl verbessern. Dabei spielen verschiedene Stichpunkte eine besondere Rolle: Ge-

fordert wird „eine ehrliche Kommunikation“; als Problem wird „eine zu unkritische Darstellung“ gesehen, manche Beiträge wirkten „verordnet“. Man solle die Zeitung „nicht als Jubelblatt anlegen“, schreibt ein **info110**-Leser. Und ein anderer fühlte sich sogar „an das ND vor 1989 erinnert“.

Auch wenn der letzte Eindruck überzogen erscheint, zeigen diese Meinungen tatsächliche Probleme und Defizite auf, die ganz typisch sind für offizielle Publikationen von Ministerien oder Behörden. Anderen Polizeien geht es übrigens genauso. Als die – heute sehr ansprechende – Zeitschrift der Bundespolizei „BUNDESPOLIZEI kompakt“ vor einiger Zeit einen mutigen Relaunch wagte, wünschten sich auch die dortigen Kollegen ebenfalls „mehr Selbstkritisches anstatt ‚Hurra Bundespolizei!‘“. Die Zeitung dürfte „nicht zu einem Flugblatt für Erfolgsmeldungen werden“, schrieb ein Bundespolizist. Und: Bitte „keine Depeschenpost für und über den höheren Dienst“.

Ganz ähnlich sieht es aus bei der auflagenstarken „Streife“, der Zeitschrift der Polizei NRW. Dort gab es 2006 eine Leserumfrage. Ergebnis: Ihrer Zeitung stehen die NRW-Kollegen zwar „tendenziell positiv“ gegenüber. Aber: Kritisch vermerkt wird die Wahrnehmung der „Streife“ als „Verkündungsblatt des Ministeriums“. Und: Es gebe eine „mangelnde Berichterstattung über negative Entwicklungen“ in der Polizei. Überall also dasselbe Leiden.

Hofberichterstattung unerwünscht

Wir verfügen nicht wirklich über repräsentative Erhebungen über die Leserzufriedenheit. Aber aus dem, was wir aus der eigenen Evaluation wissen, aus Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen und aus anderen Ländern, ergibt

sich doch ein ziemlich klares Bild der Erwartungen der Polizei an ihre Zeitschriften. Das Fazit lässt sich unserer Meinung nach recht gut mit einer Geschichte von Bertolt Brecht illustrieren: Herr Keuner begegnete Herrn Wirt, dem Kämpfer gegen die Zeitungen. „Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen“, sagte Herr Wirt, „ich will keine Zeitungen.“ Herr Keuner sagte: „Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: ich will andere Zeitungen.“

Das scheint uns den Nagel so ziemlich auf den Kopf zu treffen. Immerhin leisten sich fast alle Bundesländer eine eigene Zeitschrift für ihre Polizei – nur das kleine Saarland hat keine. Aber die Kollegen wollen keine unkritische Hofberichterstattung und kein sprödes Mitteilungsblatt mit Erlasscharakter. Sie wünschen sich, so unser Eindruck, eine vielfältige, ehrliche und glaubwürdige Berichterstattung über alles, was für die Polizei von Interesse sein kann. Und wir meinen: Das ist ein vollkommen berechtigter Anspruch. Dazu gehören selbstverständlich auch die Positionen des Innenministeriums und der Polizeiführung. Denn fehlt es daran, erhebt sich ebenfalls sofort der Chor der Kritik an „mangelnder Transparenz“ und „fehlender Kommunikation“. Wie so oft im Leben gilt: Auf die Mischung kommt es an! Auf die richtige Balance.

Deshalb: Fenster auf und frischer Wind rein. Wir haben damit schon in der letzten Ausgabe begonnen und sie werden auch im vorliegenden Heft einige Neuerungen feststellen. Zum vollständigen und damit glaubwürdigen Bild der Polizei gehören alle – vom jüngsten Anwärter in Oranienburg über den Chef eines Schutzbereiches bis hin zum Inspekteur oder den Minister. Sie alle haben mit ihren Meinungen und unterschiedlichen Erfahrungen etwas beizutragen zum Gesamtbild der Polizei Brandenburg. Deshalb sollen sie sich auch in der **info110** wiederfinden. →

Leben in die Bude bringen!

Personalräte und Dienststelle sind zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet. Es ist für uns daher selbstverständlich, dass seit der letzten Ausgabe der P-HPR eine feste Seite zur eigenen Verfügung in der Zeitung erhält. Das Innenministerium ist vor allem wegen der Polizeireform im intensiven Kontakt mit den Polizeigewerkschaften, was diese ausdrücklich anerkennen. Dieser kritische Dialog soll sich durchaus widerspiegeln in unserer **info110**. So war es schon in der letzten Ausgabe. Auch in der Zukunft wollen wir themen- und anlassbezogen den Polizeigewerkschaften Gelegenheit zur Stellungnahme in der **info110** geben. Das wird nicht immer der Fall sein können, denn schließlich ist die **info110** keine Verbandszeitschrift. Aber wir werden oft nach der Meinung anderer fragen. Denn seit jeher gehört zu den Grundsätzen eines seriösen Journalismus: „Auch die andere Seite ist zu hören!“ Kontroverse Debatten bringen Leben in die Bude. Sie machen ein Magazin interessant und lesenswert. Sie führen dazu, ein Problem von ganz verschiedenen Seiten zu betrachten. Und wo sich dieser Meinungsstreit an der Sache orientiert, bringt er uns, davon sind wir überzeugt, gemeinsam voran. Kein Fortschritt ohne Debatte!

Mit diesem Konzept geht die **info110** sehr weit. Dass Personalräte sich in Polizeizeitungen äußern können, ist durchaus nicht überall in Deutschland üblich. Dass Gewerkschaften dazu ungefiltert die Möglichkeit haben, ist nach unserer Kenntnis bislang nirgendwo der Fall. Ein solches Konzept hat Voraussetzungen: Die Wichtigste ist, dass die Hausleitung des Innenministeriums es trägt und aktiv unterstützt. Man muss es eben auch aushalten können, Kritisches in seiner eigenen Zeitung zu lesen. Man muss die Haltung haben:

Öde Propaganda brauchen und wollen wir nicht, wir wollen stattdessen wissen und lesen, wie es in der Polizei wirklich ist. Ungeschminkt und in aller Offenheit.

Minister unterstützt kritischen Dialog

Wir sind daher sehr froh, dass Innenminister Dietmar Woidke dieses Konzept des kritischen Dialogs in der **info110** unterstützt. Genau genommen handelt es sich auf der Ebene unserer Polizeizeitschrift um die entsprechende Begleitung der Strategie der offenen Kommunikation des Innenministers, für die er – soviel darf ohne zuviel Eigenlob sicher gesagt werden – viel Anerkennung bekommen hat. Wir sind davon überzeugt: Wenn Meinungen aus der ganzen Polizei ernst genommen werden, wenn über vorhandene Probleme offen diskutiert wird, wenn sich an der Sache orientiert streitbar ausgetauscht wird, dann wird das im Ergebnis die Polizei des Landes und ihr „Image“ nicht schwächen, sondern ganz im Gegenteil stärken.

Die Türen stehen also weit offen. Nun kommt es darauf an, die neuen Chancen auch zu nutzen. Dazu möchten wir Sie ermuntern. Der Dienstweg zur **info110** ist dabei denkbar einfach: Er führt direkt von den Kolleginnen und Kollegen zur Redaktion der Zeitung selbst. Um ihn zu beschreiten, braucht niemand das Platzet eines Vorgesetzten. Meinungsfreiheit gilt für alle, selbstverständlich auch für Polizisten. Sprechen Sie Ihre Redaktion auf mögliche Themen an, sagen Sie uns, was Sie gern lesen würden oder worüber Sie selbst vielleicht einmal schreiben möchten. Wir werden das dann in der Redaktion besprechen und schauen, ob es ins Blatt passt. Natürlich: Einen An-

spruch auf Veröffentlichung gibt es nicht, aber sehr vieles ist denkbar und möglich. Allerdings: Der POM Müller, der in seinem Beitrag kräftig vom Leder zieht, darf dann umgekehrt auch nicht gleich vor Schreck vom Stuhl fallen, wenn ihm dann in der folgenden Ausgabe – sagen wir mal – der Inspekteur antwortet, der Beitrag sei zwar flott geschrieben, der Kollege habe aber in der Sache – leider, leider – trotzdem völlig unrecht. Das gehört dann zur offenen Debatte auch dazu! (Und wie Sie in dieser Ausgabe nachlesen können, gilt das auch umgekehrt: Der Repo-Koordinator hat ganz recht, so der IdP zur Tuchuniform.)

Was die info110 kann – und was nicht

Was kann man also in Zukunft von der **info110** erwarten – und auch: was nicht? Ein Thema ist immer wieder die Frage der „Aktualität“. Hier hat die **info110** als Periodikum zwangsläufig schlechte Karten. Nichts ist so schnell wie der „Flurfunk“. Er ist in der Polizei sehr ausgeprägt – aber nicht immer verlässlich. Auch mit Intranet und Internet kann ein gedrucktes Medium in Sachen Schnelligkeit nicht konkurrieren. Die Stärken einer Polizeizeitung liegen woanders: Sie kann Themenschwerpunkte kompakt, strukturiert und zugleich vielseitig aufbereiten. So, wie in diesem Heft zu den Repos oder zur Polizeireform. Die neue Struktur im Überblick, die Landtagsdebatte, wichtige Dokumente im Wortlaut, der Chef des Aufbaustabes PP im Interview, Positionen der Gewerkschaften u.a. – das bietet in dieser Form niemand außer der





info110. Ähnlich breit ist der RepoSchwerpunkt angelegt: Berichte aus der Praxis, neue Technik, Ergebnisse der Forschung, Statements und Perspektiven – auch das finden Sie in dieser Kompaktheit in keiner sonstigen Zeitung oder im Internet. Das bringen nur wir.

Zu einer lesbaren Zeitung gehören aber nicht nur schwergängige polizeifachliche Themen. Deshalb haben wir einen Magazinteil mit kurzen Meldungen ebenso ausgebaut wie das **info110-**

„Feuilleton“ – mit einem gewissen Qualitätsanspruch und stets mit Polizeibezug. Denn wie die Polizei in Büchern, Filmen und im Internet dargestellt wird, ist durchaus ein Thema für die Polizei selbst – denn es prägt ihr Bild in der Gesellschaft (mit). Übrigens: In der Evaluation der FHPol wurde auch deutlich, dass das Thema „Polizei, Politik und Gesellschaft“ stärker gewichtet werden sollte. Das finden wir vernünftig und wollen dem auf verschiedene Weise versuchen gerecht zu werden.

Lesbar, offen, kontrovers

Das also sind unsere Überlegungen und das ist das Angebot an Sie: Eine lesbare Zeitung mit breitem Themenspektrum. Das ganze Bild der Polizei soll es sein! Ein offenes Konzept, das Kontroversen und Kritik nicht unter den Teppich kehrt, sondern aufnimmt und fördert. Ein direkter Draht zwischen Polizei und **info110**, Ihrer Zeitung. Informieren über Licht und Schatten, über Gutes und Schlechtes, keine Schönfärberei betreiben, sondern Klartext reden. Das ist nicht ganz

einfach. Und das geht letztlich nur mit Ihnen zusammen. Und so ganz nebenbei: Finden Sie nicht auch, dass die Frage, wie stellen wir uns die **info110** vor, einige auffällige Parallelen aufweist zu einem anderen, viel umfassenderen Thema, nämlich: Wie stellen wir uns eigentlich unsere Polizei Brandenburg vor? Wir finden das schon.

Was meinen Sie dazu? In diesem Fall würden wir in der Tat sehr freuen, wenn Sie *trotz zahlreicher anderer Verpflichtungen* einmal *eigens* ihren Rechner anschalten würden, und uns *persönlich* ihre Meinung oder Kommentare per Leserbrief zukommen lassen könnten. Das würde bei uns *auf viel Beifall stoßen* – und könnte außerdem dazu beitragen, unsere neue und noch recht kleine Leserbriefecke etwas größer werden zu lassen. So kommt doch ein Vorteil zum anderen! Denken Sie einmal drüber nach.

In diesem Sinne!

Kathrin Ortlieb-Schern,
info110-Chefredakteurin
Ingo Decker,
Pressesprecher MI

CARTOON



info110 dankt Stephan Rürup für die freundliche Genehmigung zum kostenfreien Abdruck seines Cartoons.



Film ab!

info110 sucht die besten Polizeifilme aller Zeiten

Ab sofort geht die **info110** auch ins Kino! Wenigstens im übertragenen Sinn. Beginnend mit dieser Ausgabe stellen wir künftig jeweils einen der „besten Polizeifilme aller Zeiten“ vor. „Warum denn das?“, werden Sie jetzt vielleicht fragen. Ist es denn nicht so, dass auf vielen TV-Sendern praktisch jeden Abend „Crime Time“ bis in die Puppen ist? Krimis – kennt doch jeder!

Einerseits schon. Andererseits: Fragen Sie sich manchmal nicht auch, was die meisten TV- und Kino-Kriminalfilme eigentlich mit Ihrer tatsächlichen Arbeit im Polizeialltag zu tun haben? Mit dem richtigen Leben? Sie finden: wenig? Wir auch!

Der typische Krimi kommt ohne Mord und Totschlag, Vergewaltigung und Geiselnahme selten aus. Was übrigens beim DDR-Kriminalfilm anders war. Polizeiarbeit heute fängt, so scheint es, erst beim möglichst grausigen Kapitalverbrechen an. Keine Frage, auch das gibt es im richtigen Polizeialltag. Aber es sind nicht die Straftaten, mit denen sich die meisten Polizisten den Großteil ihrer Arbeit beschäftigen. Auch so können schiefe, mindestens aber unvollständige Bilder über einen Beruf entstehen. Für das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit ist das nicht ganz unproblematisch. Denn wesentliche, für die tägliche Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ebenso unverzichtbare Teile der Polizeiarbeit kommen so in Film und Fernsehen praktisch nicht vor. Und damit auch nicht die Polizistinnen und Polizisten, die diese Arbeit leisten. Durch die Fokussierung auf besonders schwere Straftaten dominiert im Kriminalfilm die Kriminalpolizei. Bei der das Leben scheinbar auch erst mit dem Hauptkommissarsdienstgrad anfängt.

Schutzpolizei als Deko?

Dieses Phänomen ist gar nicht neu, es war schon so beim „Alten“ und bei „Derrick“. Typisch dafür ist heute das Flaggschiff der ARD, der „Tatort“. Keine Frage: Oft hervorragend gemacht und zu Recht mit hohen Einschaltquoten belohnt. Aber: Die Aufgabe der Schutzpolizei beschränkt sich dort wie in vielen anderen Serien darauf, mehr oder weniger dekorativ in der Gegend herumzustehen. Gewiss, mit Polizeihauptmeister Krause gibt es im brandenburgischen „Polizeiruf 110“ auch die – nicht eben realistische – Edelvariante des Schupo im TV-Krimi. Aber das ist eine Ausnahme, die die Regel bestätigt. Was bedeutet das eigentlich für das Bild der Polizei in der Gesellschaft? Diese Frage stellen wir uns.

Das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit speist sich aus vielen Quellen: Zeitungen und Internet, Nachrichten und „Achtung Kontrolle“, Kriminalliteratur und persönlichen Erfahrungen. Auch Filme spielen eine wichtige Rolle. Fiktion und Fakten, Gerüchte und Geschichten. Das alles geht in das Bild ein, das andere sich von uns machen. Damit wird auch das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft ein Stück weit geprägt – nicht zufällig kommt „Anse-

hen“ von „ansehen“. Wie viel aber hat das, was über die Polizei in den Medien zu sehen ist, wirklich mit dem zu tun, was Polizei heute im täglichen Dienst ausmacht?

Deshalb wollen wir uns gemeinsam mit Ihnen auf die Suche nach den „besten Polizeifilmen aller Zeiten“ begeben. Der Maßstab ist dabei zugleich weiter und enger als üblich. Weiter, weil sich die Polizei in ihrer ganzen Aufgabenspanne wiederfinden soll. Polizei ist mehr als die Ermittlertätigkeit der Kripo. „Tatort“ allein reicht nicht. Enger, weil wir Filme vorstellen möchten, die Polizeiarbeit besonders realistisch, eindrucksvoll oder ungewöhnlich abbilden. Oder die in irgendeiner Weise prägend gewesen sind. Dabei könnte es sich auch um Dokumentationen handeln. Es kann sich um neuere Filme handeln oder um solche aus der Frühzeit des Fernsehens oder Kinos. Egal ob aus Deutschland oder dem Ausland, es muss aber immer um Polizei gehen.

„Cobra11“, nein, danke!

Für den sicher verdienstvollen Hercule Poirot ist also kein Platz. Spektakulär aufgemachte Hollywood-Blockbuster, in denen Sensation und Unterhaltung im Mittelpunkt stehen, gehen ebenfalls



Die Polizistin

Vater, Mutter, Bratpfanne:
Einsatz in Lütten Klein



leer aus. Wenn Supercops nach entwendeten Atomwaffen fahnden, mag das spannend sein, ein Fall für uns ist es nicht. Mit unserer Arbeit wenig zu tun haben auch „Miami Vice“, „Cobra11“ oder „CSI: Irgendwo“. Und anderslautenden Gerüchten zum Trotz: Nein, auch die „Police Academy“-Reihe ist kein Polizeifilm! Jedenfalls keiner, den wir meinen.

Wir finden: Es gibt gute Gründe für die Vorstellung von beeindruckenden, spannenden oder ungewöhnlichen Filmen über die Polizei. Filme über Sie, über Ihre Arbeit und Ihr Leben. Wenn Sie einen solchen Film kennen, vorschlagen oder selbst vorstellen möchten, wenden Sie sich an die **info110**-Redaktion. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen.

Einen der besten Gründe für die neue Rubrik haben wir uns natürlich für den Schluss aufgehoben: Wir alle gucken gerne Filme! Sie auch? Dann wünschen wir Ihnen viel Spaß mit den besten Polizeifilmen aller Zeiten in der **info110**, der Zeitschrift der Polizei Brandenburg. Film ab!

■ INGO DECKER /
KATHRIN ORTLIEB-SCHERN,
PRESSESTELLE MI

Nach ihrer Ausbildung verschlägt es die junge Polizistin Anne Küster nach Lütten Klein, einem Rostocker Plattenbauviertel. Polizeihauptmeister Mike Jansen nimmt die Neue unter seine Fittiche. Von ihm erhält die gebürtige Brandenburgerin auch gleich einen instruktiven Überblick über die Lage in seinem Revier: „Das ist hier unsere Hauptbeschäftigung: Schwachsinn!“ Der Alltag auf der Polizeistation ist von Vorkommnissen geprägt, die jeder Polizist kennt: Einbrüche, Diebstahl, ruhestörender Lärm, Unfälle. Und von Familienstreitigkeiten in dem schwierigen Milieu: „Vater, Mutter, Bratpfanne“, so Mike in seiner anschaulichen Art.

Auch für die praxistaugliche Sozialanalyse des Ortes braucht Annes Bärenführer keine umfangreichen wissenschaftlichen Expertisen. Die Verhältnisse sprechen für sich: „Wer Geld hat, zieht weg. Wer keins hat, bleibt hier.“ Beim Döner-Laden, der hier vom Vietnamesen betrieben wird, ist schon wie-

der die Scheibe eingeworfen worden. „Musst Du Glas über die Sache wachsen lassen“, rät Mike dem Betreiber im Scherz. Willkommen in der Wirklichkeit.

Von Kritikern wurde Andreas Dresens Film „Die Polizistin“ hoch gelobt. Er wirke wie ein „packender, hyperrealistischer Dokumentarfilm“, schrieb die

Presse. „Vielleicht der beste Film, der in den letzten zehn Jahren in Deutschland über den Polizeialltag gedreht wurde“, urteilte die

„Brigitte“. Trotzdem ist der Film, ganz anders als Dresens spätere Kassenerfolge „Halbe Treppe“ und „Sommer vorm Balkon“, fast unbekannt. Im Kino soll er 2001 gerade einmal 23.000 Zuschauer erreicht haben, ein Jahr zuvor lief er im Fernsehen.

Fragt man Polizisten nach dem Film, ist die häufigste Antwort: „Nie gehört.“ Dabei ist mir kein anderer Film bekannt, der sich so nah und glaubwürdig an den Polizeialltag im Streifendienst herangetraut hat. „So ähnlich sah es bei uns auch aus“, meinte eine Branden- →

„Das ist hier unsere Hauptbeschäftigung: Schwachsinn!“



burger Polizistin zu dem im Film gezeigten Aufenthaltsraum der Polizeistation – eine Milieustudie in Sprelacart: abgenutzte Plastikstühle, blubbernde Kaffeemaschine, ein Aquarium. Das ist kein schlechtes Zeugnis in Sachen Authentizität.

Erstklassig ist auch die Besetzung: Gabriela M. Schmeide in der Hauptrolle, immer im Spagat zwischen dienstlicher Pflicht und persönlicher Anteilnahme. Axel Prahl, heute vor allem als Teil des kongenialen Ermittlerduos im Münsteraner „Tatort“ bekannt, spielt den abgebrühten Mike. Horst Krause – der Hauptmeister Krause aus dem brandenburgischen „Polizeiruf 110“ – seinen Kollegen Albert, der auch schon mal die etwas robustere Variante der Einsatzbewältigung bevorzugt: „Die haben es doch nicht anders verdient, die Brüder! Eins rüber mit dem Schlagstock!“ Und Katrin Saß („Good Bye Lenin“) balanciert als völlig überforderte Mutter des kleinen Benni zwischen Familienstreit, Schulden und Alltagsmalaise ohnehin ständig am Abgrund.

In der Klappe gibt's nur noch Katzenfutter

Was den Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit ausmacht, ist in Lütten Klein selten eindeutig zu entscheiden. Es sind besonders diese Szenen aus dem Polizeialltag, die die Stärke des Films ausmachen – weniger die Handlung selbst, die sich um Mike, Anne und den russischen Kleinkriminellen Jegor

rankt, eine durchaus eindrucksvolle Tragikomödie der Irrungen und Wirrungen aus der ostdeutschen Provinz.

Da ist die altersverwirrte Frau Seemann, die von den Kollegen regelmäßig wieder in das Heim zurückgebracht werden muss. Das Argument der Pflegedienstleiterin, es herrsche eben Personalnot, lässt Mike nicht gelten: „Wir sind auch nur sechs und müssen die halbe Stadt bewachen!“ Ein Mitbewohner gibt Frau Seemann jedoch den guten Rat, besser nicht mehr abhanden zu kommen: „In der Klappe gibt's nur noch Katzenfutter!“

Der zehnjährige Benni klagt in der Kaufhalle – und wird erwischt. „Tschüss, bis morgen“, verabschieden sich die Polizisten vom Marktleiter. Man wird sich wiedersehen. Auch die Verpflegung während des Streifendienstes orientiert sich noch an den polizeilichen Realitäten und nicht an der Müsli-Philosophie des modernen Gesundheitsmanagements: „Döner mit Sauce oder ohne Sauce?“, das ist hier die entscheidende Frage auf der Polizeistation Lütten Klein. Kleine Notlügen im Trinkermilieu durchschaut Mike sofort: „Seit wann kaufst Du bei Edeka?!“ Und wer die Nacht im Gewahrsam verbracht hat, wird ebenso freundlich wie illusionslos verabschiedet: „Tschüss Moni, schau mal wieder rein.“

Anne ist allein, Mike verheiratet. Aber der „Diätwahn“ seiner Frau geht dem Streifenpolizisten auf die Nerven: „Das schärfste war die Sektdiät, da war sie dauernd besoffen.“ So kommt man sich näher, im Bulli vor dem Graffiti: „Bullen = SS = Schweine“. „Das sind wir, was? Die Schweine“, meint Anne. „Ich bin aber kein Schwein...“ Aber Mike, harte Schale, weicher Kern, weiß Rat: „Nee, die meinen mich, nicht Dich.“ So kommt es, wie es kommen muss. Und es kann kein gutes Ende nehmen.

Am Schluss bleiben zwei universelle Erkenntnisse aus der Alltagsphilosophie. „Ist das eine Scheiße! Man will immer das haben, was man nicht kriegen kann“, stöhnt Mike. Und als im letzten Einsatz für Anne alles schiefgeht, woran niemand schuld ist außer sie selbst, gibt es die fällige Standpauke vom Chef: „Du musst Dir einfach ein dickeres Fell zulegen, Mädchen!“ Selten war der deutsche Polizeialltag auf der Leinwand realistischer zu sehen als in „Die Polizistin“. Ein Film ohne Illusionen, aber nicht ohne Hoffnung.

Ein großartiger Film.

■ INGO DECKER,
MI, PRESSESPRECHER





„Polizeinotruf!“

Das Blog „VS-Geheim: Aus dem Alltag eines Polizisten“. Eigentlich ist alles ganz einfach: Der Polizeinotruf 110 ist eben, nun ja, für Notfälle da. Aber was ist eigentlich ein Notfall? Bürger und Polizei haben da manchmal recht unterschiedliche Ansichten.

Darüber berichtet dieses Blog, das von einem Polizisten betrieben wird, der in NRW in einer Leitstelle arbeitet. Schon interessant, was man da zu hören bekommt. Zum Beispiel: Die ruhige Stimme einer Frau mittleren Alters. „Guten Tag. Hören Sie mal, ich habe da mal eine Frage: Meine Tochter ist im Urlaub. Soll ich in ihrer Wohnung die Jalousien ganz runter machen oder ein Stückchen auflassen ...?“ Oder diese schöne Szene: „Polizeinotruf.“ Die Stimme einer alten Dame. Sehr entrüstet. „Na, das ist doch verrückt. Ich wähle die Nummer, die Carmen Nebel gerade angegeben hat und lande bei Ihnen. Entschuldigen Sie bitte!“

Auch andere Zweifelsfälle verlangen nach dringender Klärung: Auszug aus dem Gespräch eines Kollegen: „Wo wohnen Sie denn?“ Grübelnd. „Moment, ich schaue mal eben auf meinen Personalausweis ...“ – Manche Anrufe geben selbst Rätsel auf: „Polizeinotruf.“ Eine weibliche

Stimme, erzürnt. „Haben Sie das nötig? Haben Sie DAS nötig? Hm? Scheinbar ja, ne!? Na, super. Schönen Dank auch!“ Klick. „Äh ...!?“

Andere vermeintliche Notrufe entpuppen sich als eher skurril: „Polizeinotruf.“ „Hä? Ich verstehe ja gar nichts.“ „Po-li-zei-not-ruf.“ „Nein, so geht das nicht. Können Sie bitte eine Oktave höher sprechen!?“

Witzige und groteske, aber auch ernste Notrufbeispiele aus seiner täglichen Arbeit hat der Kollege über Jahre gesammelt und anonymisiert im Internet veröffentlicht. Wir finden: Lohnt einen Blick! Und fragen uns: Wie sieht es eigentlich auf unseren Leitstellen in Brandenburg aus?

Link: <http://steel.twoday.net>

Und wenn Sie Interessantes zum Thema Polizei im Internet gefunden haben, wenden Sie sich an uns. Für zweckdienliche Hinweise immer dankbar: die Redaktion.



DIE POLIZISTIN,
Deutschland 2000.
Regie: Andreas Dresen.
Darsteller: Gabriela M. Schmeide,
Axel Prahl, Horst Krause,
Katrin Saß, Christel Peters u. a.
(Film erhältlich auf DVD).





Dennis Gräf / Hans Krah
SEX & CRIME,
 Ein Streifzug durch die
 „Sittengeschichte“ des TATORT
 Verlag Bertz + Fischer
 ISBN: 978-3-86505-7068
 Preis: 9,90 Euro



Der Mord am Sonntag

Für viele gehört der TATORT im Ersten als festes Ritual zum gemütlichen Ausklingen des Sonntags. Inzwischen haben 101 Kommissare in Sachen Mord und Totschlag ermittelt – 30 davon sind derzeit aktuell im Dienst. Nun feiert die zum Kult avancierte Krimiserie mit acht Millionen Zuschauern ihren 40. Geburtstag.

Zwei Passauer Wissenschaftler haben jetzt den Band „Sex & Crime“ (Bertz + Fischer, 127 Seiten, 9,90 Euro) in der Reihe „Ermittlungen in Sachen Tatort“ herausgebracht: Prof. Dr. Hans Krah, seit 2002 Lehrstuhlinhaber des Lehrstuhls für Neuere Deutsche Literatur an der Uni Passau und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Dr. Dennis Gräf, der in diesem

Jahr mit der Arbeit „Tatort. Ein populäres Medium als kultureller Speicher“ promoviert hat.

Das Morden im TATORT hat sehr häufig etwas mit Sex zu tun – so die These der beiden Autoren. Es geht um Kriminalfilme, die von Ordnungsverletzungen handeln und von Ordnungen und Werten, nach denen sich jeder richten muss. Der Band gliedert sich nach 4 Dekaden und zeigt, wie die Normen und Moralvorstellungen der Gesellschaft dieser Zeit aussahen, wer im TATORT davon abweicht und dafür wie sanktioniert wird.

Während der **70er Jahre** waren Ehebruch und Fremdgehen gängige Motive für ein aus Eifersucht motiviertes Verbrechen. Der Täter, meist ein gutsituierter Mann, agiert nach bürgerlich-kon-

servativen Werten. Anfällig sind auch gesellschaftlich nicht akzeptierte Messallianzen, z.B. zwischen Lehrer und Schülerin. Wie nicht anders zu erwarten, sind die Kommissare dieser Jahre meist geschlechtslose, altväterliche Herren.

In den **80er Jahren** erweitert sich das Tatort-Repertoire. Die Kommissare bekommen es immer öfter mit Vertretern zwielichtiger Milieus zu tun. Im Kampf gegen Zuhälter, Dealer und Drogenabhängige muss ein neuer Ermittlertypus her. Die Figur des Schimanski (Götz

George) wird geboren und revolutioniert die Sittengeschichte des TATORT: Eben einer, der aus dem Milieu kommt

Sado-Maso-Praktiken oder Inzest stellen das „Normal-Gängige“ in Frage.

und körperlich im Einsatz ist. Zusätzlich erhalten die Ermittler mehr und mehr ein eigenes Privatleben – auch Sex spielt hierbei eine Rolle und wird in Ausnahmefällen visualisiert. Als Motiv reicht Sexualität jedoch längst nicht mehr aus, ergänzt wird es nun durch eine international angesiedelte organisierte Kriminalität.

Im Übergang zu den **90er Jahren** treiben zunehmend Triebtäter, Lust- und Serienmörder ihr Unwesen. Ermittlerin Lena Odenthal (Ulrike Folkerts) muss sich bereits in ihrem ersten Fall auf die Suche nach einem Vergewaltiger begeben. Auch bei ihren späteren Fällen bekommt sie es immer wieder mit starken, männlichen Gegnern zu tun.

Selbst Tabuthemen wie Homosexualität werden in diversen Folgen aufge-

griffen. Schwule und Lesben fungieren als Mordopfer oder als Täter teilweise nur als „Gag“. Die jeweiligen TATOR-Te kommen hier nur selten ohne altbewährte Klischees aus. Eine andere interessante Beobachtung ist die, dass gerade Nacktheit für Männer oftmals zum programmatischen Todesurteil wird: Wenn nackte Männer zu sehen sind, sind sie wenige Szenen darauf meist tot.

Im 21. Jahrhundert schließlich tritt Sex häufig in der pervertierten Form auf – Sado-Maso-Praktiken oder Inzest stellen das „Normal-Gängige“ in Frage. Aber auch das Fehlen von Sex kann leicht zum Motiv werden.

Das Fazit der Autoren überrascht kaum: Sexualität hat eine Zeichenfunktion und wird als erotische Ordnung inszeniert, die vor gibt, was geht und was nicht. Der TATORT ist eine eher konservative Sendung, die beabsichtigt, Konsens herzustellen, indem aktuelle gesellschaftliche Positionen integriert und Extrempositionen außen vor gelassen werden. Kompromissbildung als „gemeinsamer gesellschaftlicher Nenner“ bzw. das, was von den Machern dafür gehalten wird, ist scheinbar das Erfolgsrezept der Serie!

Der Band „Sex & Crime“ liefert einen knappen Streifzug durch die TATORT-Geschichte. Zahlreiche Beispiele verweisen auf Zusammenhänge auf moralischer Ebene. Der angenehm zu lesende Schreibstil ist weniger wissenschaftlich und macht das Buch zu einer kurzweiligen, sich aber lohnenden Lektüre für alle interessierten Fans. Empfehlenswert!

■ EDDA NEUMANN,
ZENTRALDIENST DER POLIZEI



tator[®]

Kompakter Überblick

Polizei- und Ordnungsrecht in Brandenburg



Lars Steinhorst, unter
Mitarbeit von Gordon von Miller
**Polizei- und Ordnungsrecht
in Brandenburg**
Grundstrukturen,
Übersichten, Fälle und Lösungen
Verlag: Frank & Timme
ISBN: 978-3-86596-213-3
Preis: 24,80 Euro



Bereits Frank Niehörster versuchte 1996 über den Richard-Boorberg-Verlag mit „Brandenburgisches Polizeigesetz. Erläuterung für Praxis und Ausbildung“, eine erste systematische Darstellung vorzunehmen. Das Ergebnis ging nicht wesentlich über den Inhalt der Verwaltungsvorschriften zum Brandenburgischen Polizeigesetz hinaus. Die aktuelle Befassung mit dem Brandenburgischen Polizeigesetz kommt nun jedoch nicht aus ministeriellen Kreisen, Niehörster wechselte aus dem Innenministerium des Landes Brandenburg in das des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sondern aus der „rechtswissenschaftlichen Ecke“.

Der 1974 geborene Autor Lars Steinhorst studierte Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam, absolvierte ein Referendariat im Land Brandenburg und war von 2002 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Dr. Heidrun Pohl-Zahn an der Universität Potsdam (Lehrstuhl für Allgemeines Verwaltungsrecht, Bau- und Raumordnungsrecht und Verwaltungslehre), wobei sein Tätigkeitsbereich vor allem auf das Polizei- und Ordnungsrecht ausgerichtet war. Seit 2007 ist er zugelassener und in Potsdam niedergelassener Rechtsanwalt, seit 2008 ist er promoviert.

In der Reihe „Rechtswissenschaft“ veröffentlichte der Frank&Timme-Verlag als Band 2 im Jahr 2010 die Publikation „Polizei- und Ordnungsrecht in Brandenburg. Grundstrukturen, Übersichten, Fälle und Lösungen“.

Lars Steinhorst hat damit unter Mitarbeit von Gordon von Miller begonnen, die hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem Brandenburgischen Polizeirecht leider weiterhin klaffende Lücke in der rechtswissenschaftlichen Literatur zu schließen. Nunmehr gibt es die erste ernsthafte publizistische Beschäftigung mit dem Brandenburgischen Polizeigesetz.

Die Publikation versteht sich selbst als Lehr-, Fall- und Übungsbuch. Dies wird vor allem dadurch deutlich, dass sich inhaltlich eben nicht nur auf die systematische Darstellung und Erläuterung rechtlicher Regelungen beschränkt wird, sondern vielmehr immer wieder Lernhinweise mit Blick auf Klausurlösungen eingearbeitet sind, die durch umfassende Fälle einschließlich Lösungen ergänzt werden.

Die Publikation gibt auch einen aktuellen und kompakten Überblick über die doch in den letzten Jahren rasanten Rechtsentwicklungen und -fortschreibungen im Brandenburgischen Polizei- und Ordnungsrecht.

Historische Vielfalt auf engstem Raum

Mit Blick auf die polizeilichen Bedürfnisse in Ausbildung, Prüfung und Praxis ist der Wert der Publikation allerdings eingeschränkt. So ist der Fokus recht stark auf ordnungsbehördliche und verwaltungsrechtliche Probleme gerichtet. Zu kurz und knapp werden andererseits einzelne präventivpolizeiliche Befugnisnormen behandelt. Allerdings will die Publikation in ihrem Selbstverständnis eben tatsächlich nur kompakt in die Grundstrukturen des Polizei- sowie des Ordnungsrechts einführen. Dies gelingt jedenfalls unstrittig sehr gut. Für die durchaus hohen Anforderungen in Studium und Ausbildung an der Fachhochschule der Polizei kann die Publikation allerdings nur Grundlagenwissen vermitteln, denn viele Standardbefugnisnormen (siehe z.B. Identitätsfeststellungsmaßnahmen) sind inhaltlich nur in einem Maße bearbeitet, welches nicht ausreichend für die Herausbildung prüfungs- und praxisrelevantes Wissen ist. Das wesentliche Manko der Publikation liegt aus meiner Sicht aber in der zu kurzen Behandlung der polizeilichen Zwangsbefugnisse.

Deutlich wird damit wiederum das aus der polizeilichen Theorie- und Praxis resultierende Bedürfnis, endlich auf ein umfassenderes Kompendium zum Brandenburgischen Polizeigesetz zurückgreifen zu können. Insofern bleibt also auch nach dieser wichtigen Publikation von Lars Steinhorst genügend Spielraum für die auf das polizeiliche Eingriffsrecht ausgerichteten Lehrkräfte der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, die unter Beteiligung von Praktikern bereits begonnenen Arbeiten zu einem Polizeirechtskommentar einerseits und einem Polizeirechtslehrbuch andererseits möglichst zügig zu einem publizierten Ergebnis zu führen.

Bis dahin ist die Anschaffung „des Steinhorst“ jedoch sehr empfehlenswert.

■ KARSTEN SCHIEWE,
FACHHOCHSCHULE DER POLIZEI



*Dr. Rainer Lambrecht
Von der Kaserne
zum Behördensitz
Knotenpunkt Verlag Potsdam,
ISBN 978-3-939090-07-6
Preis: 16,30 Euro*



Zum ersten Mal gibt es nun ein Buch, das sich mit der Geschichte der Polizei-Liegenschaft in Potsdam-Eiche befasst.

Zugegeben, ein bisschen stolz bin ich schon, da ich dieses Buch mit auf den Weg gebracht habe. Anfangs als Broschüre geplant, ist eine 151 Seiten umfassende Abhandlung über den jetzigen Polizei-Standort Potsdam-Eiche entstanden.

Mit einem sehr ansprechenden und attraktiven Layout versehen, sieht man bereits auf den ersten Blick, dass auf 151 Seiten eine sehr gediegene Publikation entstanden ist, die mit historischen Bildern und Kartenausschnitten und auch mit manchen Nebeninformationen, wie dem biografischen Anhang, versehen, einen sehr plastischen Eindruck von der Historie der Liegenschaft in der Kaiser-Friedrich Straße 143 vermittelt. Der Verfasser der Schrift ist ein erfahrener Historiker und Autor.

Der historische Abriss greift bis auf das Jahr 1820 zurück, in welchem das Lehr-Infanteriebataillon aufgestellt wurde. Kaiser Wilhelm der II. ließ für die Truppe 1890/91 an der Straße nach Eiche eine neue Unterkunft bauen. Alle Kasernengebäude waren flach gehalten und traten weder zum Neuen Palais noch zu Schloss Lindstedt in eine störende optische Konkurrenz. Anlässlich →

des jährlichen Stiftungsfestes, später im Volksmund auch „Schrippenfest“ genannt, wurden damals ein Gottesdienst, ein Parademarsch des Bataillons vor dem König und der Potsdamer Garnison, ein Mittagsmahl und auch Tanzvergnügungen veranstaltet. Nach dem Ende des I. Weltkrieges löste sich das Lehr-Infanterieregiment, zu dem das Bataillon seit Kriegsbeginn gehörte, auf dem Truppenübungsplatz Zossen auf.

Der Polizei in der Weimarer Republik fiel eine erhebliche Verantwortung für die Bewahrung der inneren Sicherheit zu. Daraus erwuchs das Erfordernis, die Polizeibeamten nicht nur polizeifachlich, sondern auch nach demokratischen Leitbildern auszubilden. Wesentliche Voraussetzung dafür war eine fundierte Aus- und Fortbildung der Polizeioffiziere.

Um in Preußen über geeignetes Führungspersonal bei der Polizei zu verfügen, wurde die „Höhere Polizeischule“ in Potsdam-Eiche gegründet. An dieser Einrichtung, dem direkten Vorläufer der heutigen Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, begann im Übrigen im Jahre 1920 der erste offizielle Polizeioffiziersanwärterlehrgang.

Die „Höhere Polizeischule“ war damals für Preußen zuständig, nahm aber auch außerpreußische und sogar ausländische Polizeibeamte auf. Sie widmete sich aber nicht nur der Aus- und Fortbildung von Polizeioffiziersanwärtern und Polizeioffizieren, sondern ihr wurde in den zwanziger Jahren auch eine Forschungsabteilung angegliedert. Carl Severing, damals Leiter des preußischen Innenressorts, trug für diese Entwicklung wesentliche Verantwortung.

Da über die Eichener Polizeischule bislang nur äußerst spärliche Informationen vorlagen, enthalten die ihr gewidmeten 27 Seiten der Publikation einen erheblichen Erkenntnisgewinn für die Polizeigeschichte überhaupt.

In dem dunkelsten Kapitel der Deutschen Geschichte, während des Dritten Reiches, wurde die Kaserne zu einer Unteroffizierschule des Heeres umgebaut. In den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges waren dort Teile des Oberkommandos der Wehrmacht und selbst Teile der damaligen Abwehr in Potsdam-Eiche untergebracht. Der Standort Potsdam-Eiche war Ende des II. Weltkrieges übrigens hart umkämpft.

Auch über die Nutzung der Liegenschaft nach Kriegsende finden sich in dem Buch spannende Passagen mit vielen neuen Informationen.

Beginnend mit der „Wachbereitschaft Potsdam“, der späteren 3. Bereitschaft (KVP) in Regimentsstärke, der erneuten Umbildung in die 3. und 20. Volkspolizei-Bereitschaft in Bataillonsstärke, einer kurzen Darstellung der 9. Volkspolizei-Kompanie bis zur heutigen Nutzung durch die LESE, das PP Potsdam, den SB Potsdam und den Zentraldienst der Polizei.

Das Buch „Von der Kaserne zum Behördenitz“ ist nicht nur für jeden zu empfehlen, der an der Geschichte dieses Polizei-Standortes Interesse hat. Es ist auch wichtig für die Polizeigeschichte überhaupt und für militärhistorisch Interessierte.

■ RUDI SONNTAG,
POLIZEIPRÄSIDIUM
BEREICH POTSDAM



Kräfte der Volkspolizei-Bereitschaft trainieren am Panzerabwehrgeschütz SPG-9



*Jussi Adler-Olsen
Schändung
Thriller
München 2010 (Deutscher
Taschenbuchverlag),
14,90 Euro,
ISBN: 978-3423247870*





Slaughterhouse Skandinavien

Morden im Norden: Darf's noch etwas mehr sein? Nein, danke, jetzt reicht's!

Kaufen Sie dieses Buch. Nicht. Sparen Sie sich die Zeit. Gehen Sie besser in die Kneipe. Oder ins Kino. Oder spielen Sie mit dem Hund. Aber tun Sie was Vernünftiges.

Es war klar: Auch der neue Thriller des dänischen Autors Jussi Adler-Olsen würde zum Bestseller werden. Kriminalromane aus Skandinavien verkaufen sich seit einigen Jahren wie geschnitten Brot. Allein Henning Mankell und Stieg Larsson sollen zusammen über 60 Millionen Bücher verkauft haben. Und die Lawine rollt unaufhaltsam weiter.

Adler-Olsen aus Allerød bei Kopenhagen gilt nun als neueste Bereicherung dieses Genres. 2009 erschien „Erbarmen“ auf Deutsch, im letzten Jahr folgte „Schändung“. Es kam, wie es kommen musste: SPIEGEL-Bestsellerliste, euphorische Kritik, Stapelware beim Bahnhofsbuchladen. „Brilliant“ (WDR), „hart, bewegend, packend“ (TV Movie), „ein echter Page-Turner“ (NDR).

Nun ist die Krimi-Hausse aus dem hohen Norden nicht ganz einfach zu er-

klären. Denn die skandinavischen Länder galten lange Zeit als vergleichsweise sicher, mit niedriger bis bestenfalls mittlerer Kriminalitätsrate und hohem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Skandinavier hatten im EU-Vergleich wenig Angst, bei Dunkelheit auf die Straße zu gehen. Mit der Polizei war man überdurchschnittlich zufrieden. Die Länder im Norden galten als sozial gerecht, beschaulich und stets ein wenig langweilig – ein bevorzugtes Reiseziel für robuste Naturfreunde und entspannungsbedürftige deutsche Oberstudienräte.

Volkshem ist abgebrannt

Im skandinavischen Krimi aber ist alles anders: Nirgendwo wird derzeit hingebungsvoller und gründlicher gemordet, vergewaltigt, gefoltert, missbraucht und gemetzelt als im Slaughterhouse Skandinavien. Nicht selten alles zusammen in einem Buch. Volkshem ist abgebrannt.

Die dänische Literaturagentin Anneli Høier erklärt sich auf SPIEGEL ON-

LINE die Gewaltszenarien mit der diffusen Angst der Leser vor Bedrohung: „Die skandinavische Gesellschaft kennt relativ wenig Gewalt. Aber es gibt, gerade in kleinen, geschlossenen Systemen wie denen bei uns im Norden, die Angst davor.“ Die Kriminal-schriftsteller aus dem Norden bedienen diese Ängste zuverlässig und in stets steigender Dosis wie der Dealer den Drogenbedarf des Junkies. Es ist ein florierender Wachstumsmarkt, auf dem gute Geschäfte zu machen sind. Zugleich aber ist es das Geschäft der Genaufklärung.

So verhält es sich auch mit Adler-Ol-sens „Schändung“: Der Plot ist – durch-aus im Gegensatz zu Stieg Larssons vielschichtigen Vexierspielen etwa in „Verblendung“ – simpel, ja primitiv. Die Charakterzeichnungen farblos und flach. Eine Gang aus den höheren Kreisen der dänischen Gesellschaft verübt seit den Internatszeiten brutale Gewalt-taten bis hin zum Mord. Einfluss und Geld der Familien decken die Täter, korrupte leitende Beamte behindern die Ermittlungen.

Armbrust, Hyäne, Handgranate

Als die Täter, mittlerweile erwachsen, selbst zu erfolgreichen und angesehenen Mitgliedern der Gesellschaft ge-worden sind, holt sie die Vergangenheit ein. Kommissar Carl Morck und das Sonderdezernat Q“ rollen die alten Fälle wieder auf. Nach gut 400 Seiten spielen im grotesken Finale eine Rolle: eine Armbrust, ein Käfig, eine Treib-jagd, eine Hyäne, eine Handgranate und ein mumifizierter Fötus. Sie meinen, dass hört sich aber reichlich wirr an? Da haben Sie verdammt recht.

Eigenartigerweise gelten skandina-vische Krimis heute als modern und so-zialkritisch. Aber das ist ein Missver-ständnis, auch wenn auffällig viele Ver-treter des Genres im linksalternativen Milieu aktiv waren. So wie Adler-Ol-sen, der früher als Koordinator der dä-nischen Friedensbewegung tätig war, oder Henning Mankell, den es in den 70er Jahren zu den Maoisten verschlug und der heute manch Dümmlisches zum Palästina-konflikt von sich gibt.

Die angeblich deutliche Gesell-schaftskritik des skandinavischen Kri-minalromans schnurrt sich häufig zu-sammen auf populäre Versatzstücke wie →



Fröhliche Elche, tote Menschen: Im skandinavischen Krimi ist der Teufel los

„Die da oben haben Dreck an Stecken“, „Es ist alles eine große Verschwörung“, „Finstere Mächte sind am Werk“ und „Wenn du arm bist, musst du früher sterben“ – bei Larsson auch schon mal in der privaten Folterkammer des Vorstandsvorsitzenden. Es ist das armselige Reflektionsniveau einer trashigen „Sozialkritik“, die man an jedem Kneipenstammtisch findet – nur dass der dafür keinen Literaturpreis bekommt.

„Als-ob-Realität“ voller Gewalt

Ganz richtig hat der SPIEGEL zum gegenwärtigen skandinavischen Krimi bemerkt: „Seine Szenarien sind Übersteigerungen der Wirklichkeit, eine komprimierte Als-ob-Realität voller Gewalt“. Daher der Overkill an Scheußlichkeiten in einem Band und der Eindruck, dass alles immer so arg dick aufgetragen daherkommt.

Selbst im Island-Krimi – mittlerweile ebenfalls ein florierendes Unternehmen – ist das so. Noch 1995 waren die isländischen Verleger der Meinung, dass einheimische Krimis keinen Markt fänden, da ihr Land zu friedlich ist, um einen Hintergrund für eine realistische

Geschichte zu bieten. Dazu muss man wissen: In Island gibt es jährlich durchschnittlich gerade mal vier Morde. Diese Skepsis hielt nicht lange vor. So findet sich nun auch in Arnaldur Indridasons Erfolgsromanen um Kommissar Erlendur das ganze Elend dieser Welt in einer Art Mikrokosmos versammelt, bis hin zu seiner Tochter, die – natürlich – drogenabhängig ist.

Köttbullar und IKEA

Hinzu kommt die mittlerweile notorische Fixierung des skandinavischen Krimis auf Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Frauen – für Kinder und den weiblichen Teil der Menschheit hat die Hölle heute einen geografischen Ort: Es ist das Reich von Köttbullar und IKEA. Inspiriert werden diese Überzeichnungen neben einem gehörigen Maß an ganz ordinärem Voyeurismus durch einen anbietenden Populärfeinismus und steile Thesen der modernen Gender-Studies, die Stieg Larsson in „Verblendung“ beispielsweise so referiert: „46 Prozent aller schwedischen Frauen über fünfzehn sind schon einmal Opfer männlicher Gewalt geworden.“ 46 Prozent? Zu diesen angeblichen empirischen Forschungsergebnis-

sen würde man gern etwas Genaueres wissen.

Von da ist es jedenfalls nicht mehr weit zu der besorgten Seniorin aus Brandenburg, die zur anstehenden Polizeireform unlängst in der „Lausitzer Rundschau“ äußerte, sie traue sich heute in Guben ab 18 Uhr nicht mehr auf die Straße. Nicht, dass tatsächliche Ängste von Bürgern nicht ernst zu nehmen seien. Im Gegenteil. Aber die „Als-ob-Realität“ kann auch zur fixen Idee werden. Anders gesagt: Man kann sich auch etwas einreden.

So wundert es nicht, dass die angebliche Sozialkritik in Adler-Olsens Thriller ohne jede analytische Tiefe ist. Es gibt böse Menschen auf der Welt, teilt uns der Autor so nebenbei als Subtext mit. Wer hätte das gedacht! Zu den Gründen der Gewaltextesse nur so viel: Die Kindererziehung bestand darin, „Kimmie in dunkle Schränke einzusperren und mit harten Worten abzukanzeln“. Nicht zu vergessen: der „Schatten der kalten Mutter“. Das hat man irgendwie alles schon tausendmal gehört. Es ist auch egal, denn darauf kommt es Adler-Olsen wie schon bei seinem gleichermaßen abwegigen Erstling auch gar nicht an.

Fürchtet Euch!

Dieser Roman ist daher wie leider viele – aber nicht alle! – zeitgenössischen skandinavischen Krimis entgegen dem selbstgefälligen Credo nichts weniger als aufklärerisch und sozialkritisch, sondern vielmehr trivial und im eigentlichen Wortsinn reaktionär. Seine Botschaft: Fürchtet Euch! Habt Angst! Im Zweifel hinter jeden Busch ein schwarzer Mann!

Irgendwie scheint mir der überwältigende Erfolg des Krimis aus dem Norden nur die andere Seite der Medaille zu sein, die für die Krise des vormaligen „skandinavischen Modells“ steht. Dafür wäre jetzt aber doch ein wenig Gesellschaftsanalyse nötig, die allerdings aus der Mode gekommen ist. Wir sparen uns das.

Deshalb nur so viel: Irgendwann ist es denn auch mal wirklich gut. Irgendwann ist alles zu viel. In diesem Fall ist irgendwann jetzt. Daher: Erbarmen! Schluss mit den ganzen Schweden-Krimis. Auch wenn sie aus Dänemark kommen. Oder sonst woher.

Haben Sie sich eigentlich heute schon um Ihren Hund gekümmert?

■ INGO DECKER,
PRESSESPRECHER MI

Leserbriefe



LGG beachten

Ich habe mit Interesse die neue Ausgabe der 110 gelesen. Vielen Dank an die Redaktion für die inhaltliche Auswahl und Gestaltung. Aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten des PP Potsdam möchte ich für die künftigen Ausgaben bitten, dass sich der Gedanke des Landesgleichstellungsgesetz (LGG) stärker wiederfindet. Im Schriftverkehr ist, wie im § 13 LGG aufgeführt, besonders auf die Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu achten. Auch und gerade bei Presseveröffentlichungen ist es wünschenswert, geschlechtergerecht zu kommunizieren.

Silke Woithe, Gleichstellungsbeauftragte des PP Potsdam

Freude

Als ich gestern aus dem Weihnachtsurlaub kam, habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, dass eine **info110** auf meinem Tisch lag. Aus dem Kollegenkreis waren bisher überwiegend positive Äußerungen zu hören. Insbesondere die Einbeziehung der Gewerkschaften und Personalvertretungen wird ausdrücklich positiv bewertet. Ich hoffe bald die Zeit zu finden, auch einen längeren Blick in die Zeitung zu werfen.

André Noack, Schutzbereich Oder-Spree/Frankfurt (Oder)

Richtig klasse

Die Ausgabe **info110** ist Euch gut gelungen. Auch Euer neues Konzept verdient Respekt. Richtig klasse.

Carol Wunderlich, SMI Sachsen

Polizeifan

Liebes **info110**-Team, die letzte Ausgabe der **info110** ist Euch sehr gut gelungen! Mein Sohn Albert (5) schaut mit mir zusammen immer die **info110** an. Als großer Polizeifan hat er für die Redaktion dieses Bild gemalt.

André Paulig, Zollbeamter aus Brandenburg



Liebe Kolleginnen und Kollegen, oft gibt es ebenso viele Meinungen wie Mitarbeiter. Das ist auch gut so! Sie möchten der Redaktion Ihre Meinung mitteilen? Schicken Sie uns einen Leserbrief an unsere E-Mail-Adresse: info110@mi.brandenburg.de oder schreiben Sie an:

Ministerium des Innern,
Redaktion info110,
Henning-von-Tresckow-
Straße 9-13
14467 Potsdam

Liebe Leserinnen und Leser,
 Sie wollen eines der Bücher aus der Buchvorstellung oder die DVD „Die Polizistin“ gewinnen?
 So geht's: Wir zeigen Ihnen einen Gegenstand – Sie sagen uns, was es ist. Einfach? Klar! Allerdings haben wir richtig dicht herangezoomt. Sie sehen einen stark vergrößerten Ausschnitt eines Bildes. Also, Augen auf, denn aufs Detail kommt's an!



Zur Auswahl stehen: „Die Polizistin“ (DVD), „Sex & Crime“, „Polizei- und Ordnungsrecht in Brandenburg“ sowie die Titel aus der Ausgabe 1/2010 „Die Feinde des Imperators“ (aus der SPQR-Reihe) und „Der heitere Polizeireport“.

Außerdem stehen zur Auswahl: „Verkehrslehre“ (2009), „Englisch für die Polizei“ (2010), „Pädokriminalität weltweit“ (2009), „Verkehrsunfallaufnahme“ (2009) und „Vernehmungen“ (2010) – alle VDP-Verlag.

Das Lösungswort schicken Sie bitte zusammen mit dem bevorzugtem Buchtitel, per Brief, e-mail oder Fax an die Redaktion:

Ministerium des Innern
 Redaktion **info110**
 Henning-von-Tresckow-
 Straße 9–13
 14467 Potsdam
 info110@mi.brandenburg.de

Mit ein wenig Glück gehört eins der Werke bald Ihnen. Einsendeschluss ist der 30. April 2011.

2	3	8			7		
				2			
			9			8	
		1				5	
7				8		2	
	5		3	7	4		9
4		9				1	5
	8	7					
			1				6

8			9	5	1		
		3					5
		2	8				
		1	5			7	3
	9	6		8	3		5
			4				
3			7				
	2	7				8	6
	6	8		4			7

5							2	
	9			2			3	8
1			7				5	
			2					
		9	1				6	4
7	3			4	9	5		
	5		3				4	
								8
		4		6		2		

8			9	5	1		
		3					5
		2	8				
		1	5			7	3
	9	6		8	3		5
			4				
3			7				
	2	7				8	6
	6	8		4			7

5							2	
	9			2			3	8
1			7				5	
			2					
		9	1				6	4
7	3			4	9	5		
	5		3				4	
							8	
		4		6		2		

9								6	
	6	2		1					
3		8	5						
								2	
1			4	9					
			3				8	4	5
						6	7		4
	7						5		
				2					1

Hier spielt die Musik!

Das Landespolizeiorchester im 1. Halbjahr 2011



März 2011

19.03.2011	19.30 Uhr	Frühlingskonzert des LPO Brandenburg an den Uckermärkischen Bühnen	Schwedt/Oder, Berliner Straße 46/48
------------	-----------	---------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------

April 2011

16.04.2011	18.00 Uhr	Frühlingskonzert des LPO Brandenburg in Frankfurt (Oder)	Frankfurt (Oder), Konzerthalle C. Ph. Emanuel Bach
------------	-----------	-----------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------

17.04.2011	18.00 Uhr	Frühlingskonzert des LPO Brandenburg im Nikolaisaal Potsdam	Potsdam, W.-Staab-Str. 10/11
------------	-----------	--------------------------------------------------------------------	------------------------------

Mai 2011

01.05.2011	14.00 Uhr	Auftritt des LPO Brandenburg zur Saisonöffnung der SG Fanfarenzug Potsdam e. V. im Luftschiffhafen	Potsdam, Zeppelinstr., Stadion „Am Luftschiffhafen“
------------	-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------

07.05.2011	17.00 Uhr	Frühlingskonzert des Potsdamer Männerchors und des LPO im Nikolaisaal Potsdam	Potsdam, W.-Staab-Str. 10/11
------------	-----------	--------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------

12.05.2011	19.30 Uhr	Frühlingskonzert des LPO Brandenburg auf der Festbühne im Kloster Chorin	Kloster Chorin
------------	-----------	---------------------------------------------------------------------------------	----------------

29.05.2011	11.00 Uhr	Unterhaltungskonzert des LPO Brandenburg in der Gemeinde Hoppegarten	Hoppegarten, Lindenallee 14
------------	-----------	-----------------------------------------------------------------------------	-----------------------------

Juni 2011

12.06.2011	10.00 Uhr	Pfingstkonzert des LPO in Potsdam	Potsdam, Restaurant Mövenpick, Zur Historischen Mühle 2
------------	-----------	------------------------------------------	------------------------------------------------------------

13.06.2011	10.00 Uhr	Unterhaltungskonzert des LPO Brandenburg im Tierpark Berlin	Berlin, Am Tierpark 125
------------	-----------	--------------------------------------------------------------------	-------------------------

18.06.2011	15.30 Uhr	Jubiläumskonzert des LPO Brandenburg in der Gemeinde Letschin	Letschin, Bahnhofstr. 30 a
------------	-----------	----------------------------------------------------------------------	----------------------------

Änderungen vorbehalten!